

Bundesrat

Drucksache 61/95

02. 02. 95

Wi

**Unterrichtung
durch die Bundesregierung**

Jahreswirtschaftsbericht 1995 der Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (421) – 600 01 – Ja 1/95

Bonn, den 2. Februar 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I, S. 582) den

Jahreswirtschaftsbericht 1995 der Bundesregierung.

Der Bericht wird gleichzeitig der Präsidentin des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft.

Dr. Helmut Kohl

Jahreswirtschaftsbericht 1995 der Bundesregierung**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
A. Politik für den Standort Deutschland fortsetzen	5
I. Kräftiger Konjunkturaufschwung in Westdeutschland, zügige Struktur- anpassung in den neuen Ländern	5
II. Nachhaltiges Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung am Standort Deutschland gewährleisten	13
B. Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovationen und mehr wett- bewerbsfähige Arbeitsplätze verbessern	17
I. Durch Fortsetzung des finanz-, tarif- und geldpolitischen Kurses Ver- trauen festigen	17
1. Mit Ausgabendisziplin mehr Freiraum für privatwirtschaftliche Leistung erarbeiten	17
2. In der Steuerpolitik für kalkulierbare Entlastungsschritte sorgen ..	19
3. Tarifpolitik auf Beschäftigungszuwachs ausrichten	20
4. Mit klarer Stabilitätsorientierung die Verlässlichkeit der Geld- politik unterstreichen	21
II. Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven durch eine marktwirt- schaftliche Strukturpolitik verbessern	21
1. Die erfolgreiche Politik des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Ländern mittelfristig fortführen	21
2. Auf den Leistungen der Treuhandanstalt aufbauen	22
3. Durch Privatisierung Wachstumskräfte mobilisieren	23

	Seite
4. Durch Deregulierung Freiräume für Kreativität und Eigeninitiative eröffnen	24
5. Verstärkt auf die Antriebskräfte des Wettbewerbs setzen	25
6. Mittelstand stärken	26
7. Durch Forschung, Technologie und Innovation Beschäftigung erhöhen	27
8. Bildung und Ausbildung entschlossen modernisieren	28
9. Weichen für die Entwicklung von Informationsinfrastrukturen und multimedialen Diensten stellen	29
10. Wohnungsangebot ausweiten und familienfreundlicher gestalten	30
11. Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems verbessern	31
12. Arbeitsmarktstrukturen flexibler gestalten	32
13. Soziale Sicherung mit der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Einklang halten	34
14. Regionalpolitik auf neue Herausforderungen einstellen	35
15. Energiepolitische Rahmenbedingungen weiterentwickeln	35
16. Marktkräfte für einen effizienten Umweltschutz nutzen	36
C. Die Europäische Union festlegen und voranbringen	38
1. Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa durch strukturelle Verbesserungen steigern	38
2. Dem Konvergenzprozeß in Richtung Europäische Wirtschafts- und Währungsunion weitere Impulse verleihen	39
3. Die Europäische Union auf stabiler Grundlage fortentwickeln	40
D. Die Chancen für einen weiteren Ausbau der internationalen Arbeitsteilung nutzen	42
1. Die neuen weltwirtschaftlichen Herausforderungen offensiv annehmen	42
2. Die Zusammenarbeit mit den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa und den Entwicklungsländern verstärken	43
E. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1995	45
1. Festigung des Aufschwungs	45
2. Besserung am Arbeitsmarkt	47
3. Weitere Beruhigung der Preisentwicklung	48
4. Ein weiterer Schritt in Richtung außenwirtschaftliches Gleichgewicht	49
 Anlage	
A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1994 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	51
B. Jahresprojektion 1995	58

Verzeichnis der Schaubilder, Übersichten und Tabellen

	Seite
Schaubild 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den alten Ländern .	6
Schaubild 2: Konjunkturlage in den alten Ländern	7
Schaubild 3: Konjunkturlage in den neuen Ländern	8
Schaubild 4: Arbeitsmarkt	10
Schaubild 5: Entwicklung der Erwerbspersonenzahl	11
Schaubild 6: Preise	12
Schaubild 7: Steuern, Abgaben und Staatsausgaben	18
Schaubild 8: Lohnstückkosten, Produktivität und Einkommen	53
Übersicht 1: Privatisierungsergebnisse der Treuhandanstalt/Abbau des THA-Unternehmensbestandes	23
Übersicht 2: Privatisierungsvorhaben des Bundes	24
Tabelle 1: Eckwerte der Jahresprojektion 1995 in der Bundesrepublik Deutschland	50
Tabelle 2: Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten	56
Tabelle 3: Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1994 mit der Jahresprojektion der Bundesregierung	57
Tabelle 4: Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1994 . . .	58
Tabelle 5: Eckwerte der Jahresprojektion 1995 in der Bundesrepublik Deutschland	67
Tabelle 6: Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors	68

Jahreswirtschaftsbericht 1995 der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) den Jahreswirtschaftsbericht 1995 vor. Dieser Bericht enthält eine Projektion für Gesamtdeutschland und erläutert die für das laufende Jahr von der Bundesregierung geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Bundesregierung gedenkt des ehemaligen Bundesministers Professor Dr. Karl Schiller, der am 26. Dezember 1994 im Alter von 83 Jahren verstorben ist. Professor Schiller war ein überzeugter Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft. Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ist am 8. Juni 1967 in der Amtszeit von Professor Dr. Karl Schiller verabschiedet worden. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurde der erste Jahreswirtschaftsbericht für das Jahr 1968 vorgelegt. Die Bundesregierung baut auf seinen Ideen auf, wenn sie heute für weniger Staat, mehr Wettbewerb und Marktwirtschaft am Standort Deutschland eintritt.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat am 17. November 1994 sein Jahresgutachten 1994/95 (JG) vorgelegt. Es trägt den Titel „Den Aufschwung sichern – Arbeitsplätze schaffen“. Die Bundesregierung dankt dem Sachverständigenrat für seine umfassende Untersuchung der wirtschaftlichen Situation im abgelaufenen Jahr und der Aussichten für 1995 ebenso wie für seine ausführliche Stellungnahme zu zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik. Sie nimmt zum Jahresgutachten wiederum jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1995 zur Verfügung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung im Konjunkturrat für die öffentliche Hand mit den Ländern und Gemeinden erörtert; darüber hinaus wurde sie mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft besprochen.

A. Politik für den Standort Deutschland fortsetzen

I. Kräftiger Konjunkturaufschwung in Westdeutschland, zügige Struktur- anpassung in den neuen Ländern

1. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich zu Beginn des Jahres 1995 auf einem **klaren Expansionskurs**, der mit einem sich verlangsamenden Anstieg des Verbraucherpreisniveaus einhergeht. Ungeachtet vieler verbleibender und erst auf lange Sicht zu beseitigender Unterschiede wachsen alte und neue Länder zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammen (Ziffer 243 JG).

Im *früheren Bundesgebiet* haben sich die konjunkturellen Auftriebskräfte, die seit dem Frühjahr 1993 allmählich wieder die Oberhand gewonnen haben, im Verlaufe des Jahres 1994 sichtbar gefestigt und verbreitert. Zudem hat sich die Konstitution der Wirtschaft deutlich verbessert. Insbesondere ist durch eine maßvolle Lohnpolitik und durch erhebliche Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmen das Verhältnis von Kosten zu Erlösen wieder besser ins Lot gebracht worden. Auch die Wirtschaftspolitik hat einen wichtigen Beitrag zur Konjunkturerholung beigetragen (vgl. Ziffer 188 JG). Die positiven Konjunkturperspektiven dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß wichtige strukturelle Anpassungen noch nicht bewältigt sind (vgl. Ziffer 241 ff JG).

In den *neuen Ländern* kommt gleichzeitig der Aufbau der durch vierzig Jahre Sozialismus schwer geschädigten Wirtschaft zügig voran. Nirgendwo in Europa dürfte das Wirtschaftswachstum derzeit so ausgeprägt sein wie hier.

Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hat zwar seit dem vergangenen Jahr – sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern – auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls eine Wende zum Besseren eingeleitet, die Arbeitslosigkeit bewegt sich aber weiterhin auf einem besorgniserregend hohen Niveau. Mit der zu erwartenden Fortsetzung der konjunkturellen Expansion werden die in Gang gekommenen Entspannungstendenzen am Arbeitsmarkt zweifellos verstärkt sichtbar werden. Dies wird jedoch nicht ausreichen, Vollbeschäftigung auch nur annähernd zu verwirklichen (vgl. Ziffer 422 ff JG).

Es kommt jetzt darauf an, daß in Westdeutschland der gegenwärtige Konjunkturaufschwung – ähnlich wie in den achtziger Jahren – in einen langgezogenen Wachstumsprozeß mit kräftigen Investitionssteigerungen und hohen Beschäftigungsgewinnen übergeht. Mit den Vereinbarungen der Regierungskoalition für die neue Legislaturperiode sind hierfür wichtige Grundlagen geschaffen. Vor allem muß die **Politik zur Verbesserung der Angebots- und Standortbedingungen** in der Bundesrepublik Deutschland kon-

sequent, mit hoher Priorität und auch gegen den Widerstand von Interessengruppen fortgeführt werden. Entscheidend ist dabei, daß die Finanzpolitik den Kurs der Solidität, der Konsolidierung und Ausgabendisziplin fortsetzt, daß aber auch in der Lohnpolitik der Weg der Vernunft der vergangenen zwei Jahre fortgesetzt wird. In den neuen Ländern kommt es darauf an, die Umstellung der Wirtschaft auf marktwirtschaftliche Strukturen weiter zügig voranzubringen.

2. Nachdem sich die *westdeutsche Wirtschaft* bereits im Frühjahr 1993 von der konjunkturellen Talsohle gelöst hatte, kam die Aufwärtsentwicklung im abgelaufenen Jahr stärker als allgemein erwartet voran. Dazu hat die zügige Belebung der **Weltkonjunktur** nicht unwesentlich beigetragen. Zum einen hat sie nun auch Europa, das Hauptabsatzgebiet deutscher Exporteure, zunehmend erfaßt, zum anderen nimmt inzwischen auch die Nachfrage nach Investitionsgütern, die an den westdeutschen Ausfuhren einen besonders hohen Anteil haben, beschleunigt zu. Dabei konnten die Unternehmen des früheren Bundesgebietes ihre Lieferungen ins Ausland kräftiger ausweiten, als dies aufgrund der Expansion ihrer dortigen Märkte zu erwarten gewesen wäre. Dies zeigt, daß die umfangreichen Anpassungsmaßnahmen der Firmen, mit denen diese auf die erheblichen Strukturveränderungen im Inland und auf den ausländischen Märkten reagierten, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gefestigt haben.

Neben der Auslandsnachfrage gewannen im Laufe des Jahres auch die **innenwirtschaftlichen Auftriebskräfte** an Bedeutung. Hatten sich zunächst vor allem eine sehr dynamische Wohnungsbautätigkeit und eine lebhafte Nachfrage aus den neuen Ländern als Hauptimpulsgeber erwiesen, so stockten in der Folgezeit die Unternehmen auch zunehmend ihre Lager auf. Hinzu kam, daß die Tarifpartner weiterhin einen moderaten Kurs in der Lohnpolitik verfolgten, der zusammen mit einem deutlichen Produktivitätsanstieg 1994 zu einem bisher nicht gekannten Rückgang der Lohnstückkosten führte (vgl. Ziffer 9 der Anlage) und zu einer kräftigen Erhöhung der zuvor geschrumpften Unternehmenserträge beigetragen hat. Dies verbesserte auch die Gewinnerwartungen, was zusammen mit gestiegenen Absatzchancen auch einen Umschwung in der Investitionstätigkeit einleitete. Der Private Verbrauch blieb zwar insgesamt verhalten, trotz sinkender Realeinkommen haben die privaten Haushalte aber ihre Nachfrage leicht gesteigert, indem sie ihre Sparquote merklich zurücknahmen. Insgesamt stieg das **Bruttoinlandsprodukt**, der umfassendste Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung, von 1993 auf 1994 real um 2,3 %. Die jüngsten Konjunkturindikatoren sprechen dafür, daß sich die Aufschwungtendenzen in den letzten Monaten fortgesetzt haben.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den alten Ländern

Vierteljährlicher Verlauf in Preisen von 1991
von Saisoneinflüssen und Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

MRD DM

MRD DM

JD = JAHRESDURCHSCHNITT

QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT, DEUTSCHE BUNDESBANK UND EIGENE BERECHNUNGEN

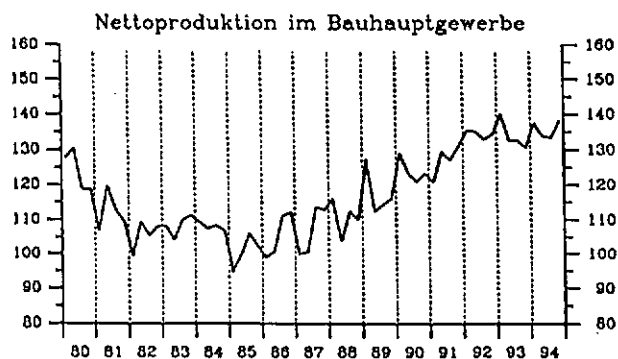
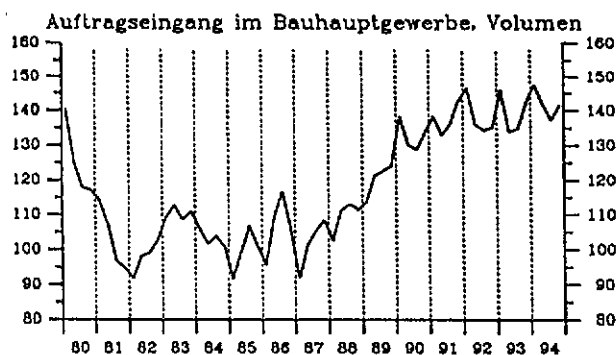
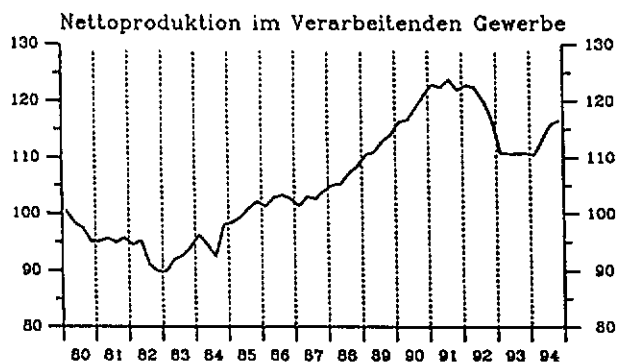
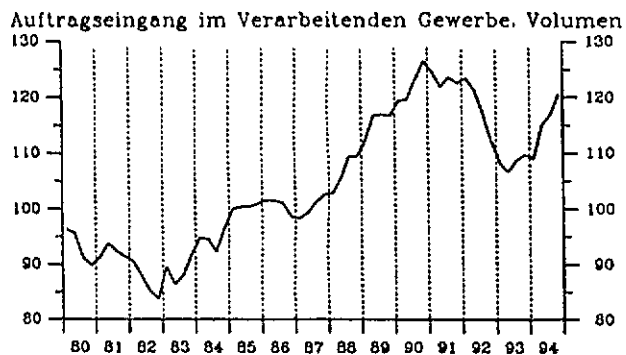
Wirtschaft weiterhin nicht ohne Probleme. Viele Unternehmen haben ihre Anpassungsschwierigkeiten noch nicht überwunden; ein wichtiges Hindernis bildet die noch unzureichende Kapitalausstattung.

6

Konjunkturlage in den alten Ländern

AUFTRAGSEINGANG UND NETTOPRODUKTION

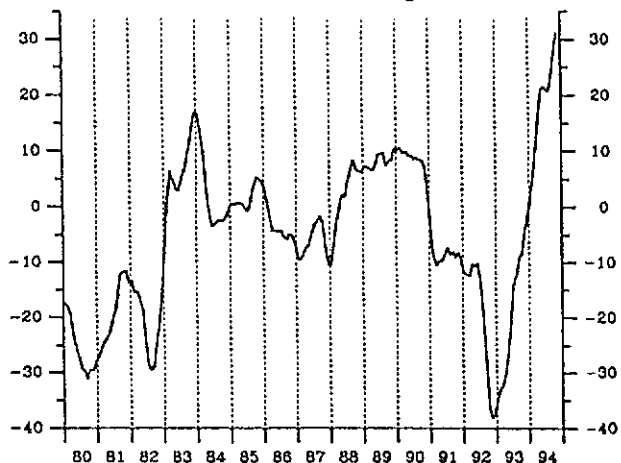
saisonbereinigt ¹⁾ 1985=100



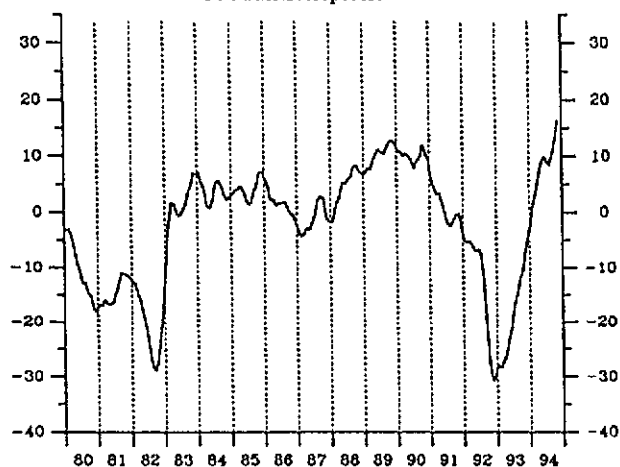
IFO-KONJUNKTURTEST VERARBEITENDES GEWERBE

saisonbereinigt, ohne Nahrungs- und Genussmittel

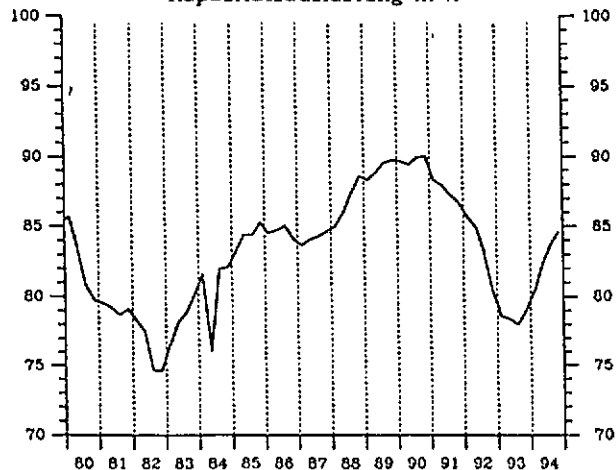
Geschäftserwartung ¹⁾



Produktionspläne ¹⁾



Kapazitätsauslastung in %

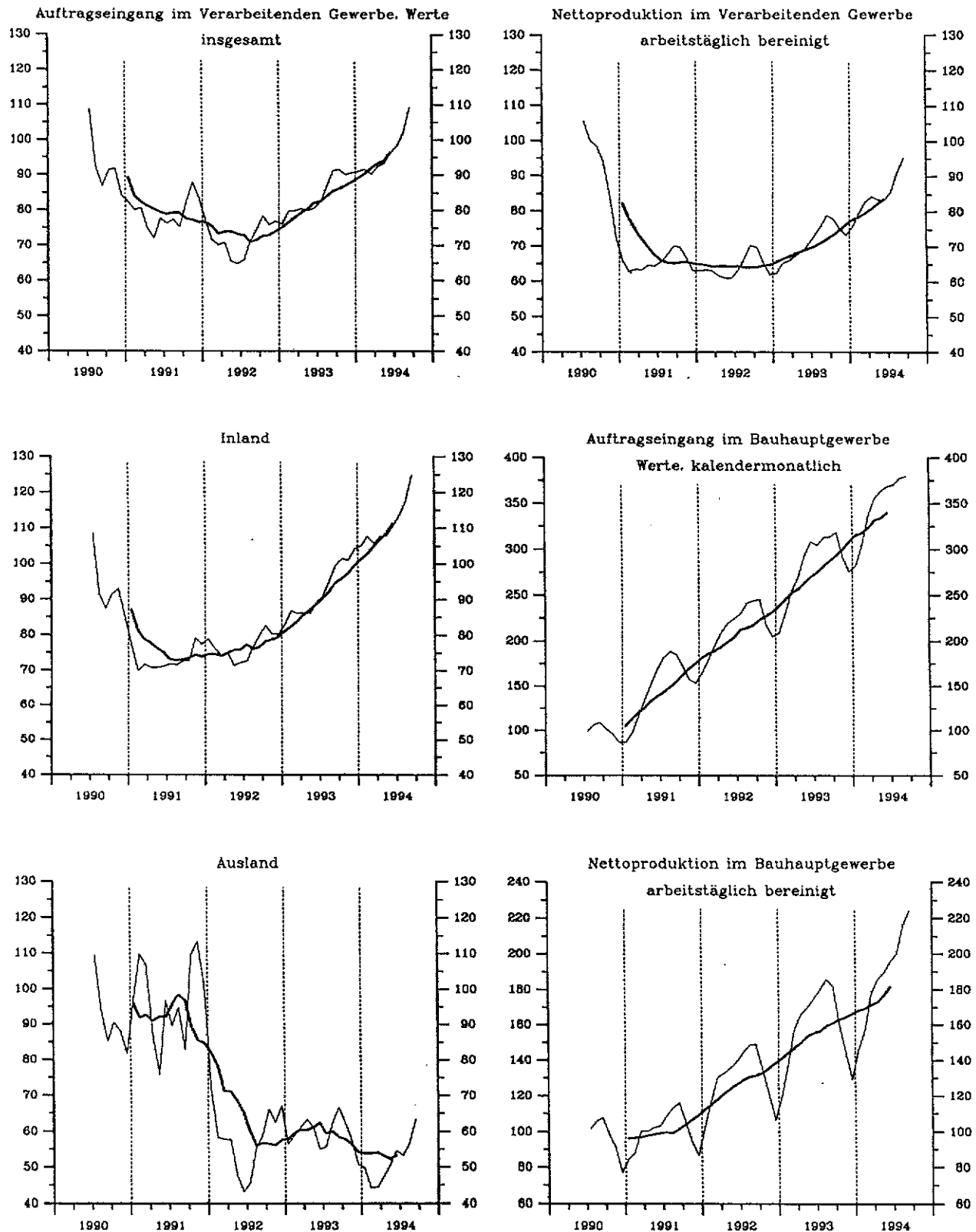


¹⁾ gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, IFO Institut.

Schaubild 3

Konjunkturlage in den neuen Ländern¹⁾ Ursprungswerte. 2. Halbjahr 1990 = 100



1) einschl. Berlin-Ost

Quelle: Statistisches Bundesamt

— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — gleitender 12-Monatsdurchschnitt

mehr weitgehend abgeschlossen ist. Fast ein Fünftel der Gesamtprivatisierung entfiel im Wege des Management Buy-Out (MBO) auf ortsansässige Erwerber, wodurch der Aufbau einer mittelständischen Wirtschaft in den neuen Ländern nachhaltig unterstützt wurde. Darüber hinaus kam es in großem Umfang zur Neugründung von Betrieben, so daß sich der Bestand an selbständigen Existenzen von unter 100 000 zur Zeit der Wiedervereinigung auf annähernd 500 000 mit rund 3,2 Mio. Beschäftigten erhöht hat. Die noch erheblich größere Zahl von Gewerbeanmeldungen läßt erwarten, daß das Potential an Existenzgründungen noch nicht ausgeschöpft ist. Zum Gesamtbild der hohen Investitionsdynamik in den neuen Ländern gehört ferner, daß in großem Umfang vorhandene Wohnungen modernisiert und neue gebaut werden.

Die **Produktivität** hat in den neuen Ländern erneut kräftig zugenommen. 1994 ging dies erstmals nicht zu einem erheblichen Teil auf einen Abbau der Beschäftigtenzahlen zurück, sondern resultierte ausschließlich aus einer kräftigen Ausweitung der Produktion. Günstig auf das Wirtschaftsgeschehen hat sich gleichzeitig ausgewirkt, daß die Lohnsteigerungen nicht mehr wie bis dahin weit über den Produktivitätszuwachs hinausgingen. In der Gesamtwirtschaft sind dadurch die **Lohnstückkosten** zuletzt nur noch wenig gestiegen, in der Industrie kam es sogar zu einer recht deutlichen Reduzierung. Infolge der weit überzogenen Lohnerhöhungen zu Beginn der neunziger Jahre besteht freilich nach wie vor ein eklatantes Mißverhältnis zwischen Lohnniveau und Produktivität. So erreichten die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten in den neuen Ländern 1994 bereits rund 69 % des westdeutschen Niveaus, während die gesamtwirtschaftliche Produktivität erst 52 % derjenigen im früheren Bundesgebiet ausmachte. Dies bedeutet, daß die Lohnstückkosten in Ostdeutschland auch 1994 noch immer um 33 % höher lagen als in den alten Ländern. Die Lohnpolitik muß daher in Zukunft der Beschäftigung Vorrang geben, indem sie mit Einkommensverbesserungen, die hinter dem Produktivitätszuwachs zurückbleiben, einen Beitrag zur Senkung der Lohnstückkosten leistet.

Die nach wie vor bestehende große Diskrepanz zwischen Lohn- und Produktivitätsniveau hat zur Folge, daß das verfügbare Einkommen in den neuen Ländern weiterhin erheblich höher ist als das eigenerwirtschaftete. Dies schlägt sich in einer absolut immer noch wachsenden **Lücke zwischen Inlandsnachfrage und Bruttoinlandsprodukt** nieder, die sich im Jahre 1994 auf 221 Mrd. DM belief (1993: 207 Mrd. DM). Ihr Spiegelbild sind die hohen finanziellen Transfers, die nur allmählich zurückgeführt werden können. Gleichwohl zeigen sich erkennbare Fortschritte im wirtschaftlichen Anpassungsprozeß: Während Verbrauch und Investitionen in Ostdeutschland die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahre 1991 – nach den im Herbst letzten Jahres revidierten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – noch um rund 74 % übertroffen hatten, hat sich diese Relation bis zum Jahre 1994 auf 65 % zurückgebildet (vgl. Ziffer 9 der Anlage).

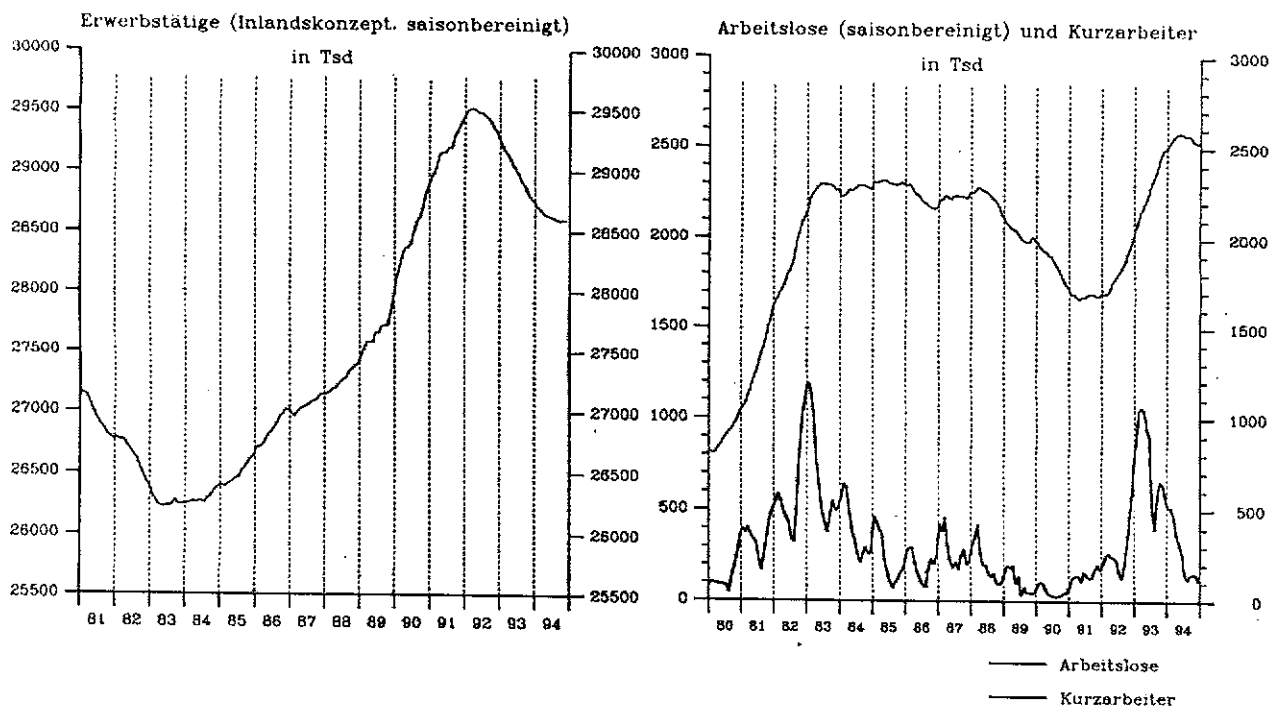
4. Am Arbeitsmarkt hat im vergangenen Jahr sowohl in Westdeutschland als auch in den neuen Ländern eine Besserung eingesetzt. Im *früheren Bundesgebiet*, wo sich – unter dem Einfluß der zwar vergleichsweise kurzen, aber scharfen Rezession, erheblicher struktureller Anpassungserfordernisse in der Wirtschaft und hoher Zuwanderungen – die Arbeitsmarktsituation seit Anfang 1992 massiv verschlechtert hatte, ist insbesondere die zeitweilig sehr hohe Kurzarbeit wieder zum größten Teil abgebaut. Auch nimmt die Zahl der Arbeitslosen seit dem Sommer letzten Jahres saisonbereinigt wieder ab. Ende Dezember 1994 belief sie sich auf 2,545 Mio.; das waren 31 000 mehr als zwölf Monate zuvor, während der entsprechende Abstand Anfang 1994 noch bei fast 480 000 gelegen hatte. Gleichzeitig ist der seit dem Frühjahr 1992 zu beobachtende Rückgang der Erwerbstätigkeit zum Stillstand gekommen. Insgesamt war die Zahl der Erwerbstätigen damit zwar zuletzt um rund 900 000 niedriger als auf ihrem letzten Höhepunkt, kommen der vorangegangene hohe Beschäftigungszuwachs seit 1983, in dessen Verlauf rund 3¼ Mio. zusätzliche Arbeitsplätze entstanden waren, konnte aber zu einem großen Teil bewahrt werden. Dabei kam es zu einer deutlichen Verschiebung zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren. Während die Beschäftigtenzahl in der Industrie überdurchschnittlich eingeschränkt wurde, verzeichneten die Dienstleistungsbereiche einen weiteren Zuwachs ihres Personalbestandes.

Hauptproblem des westdeutschen Arbeitsmarktes ist die hohe **Sockelarbeitslosigkeit**. Sie ist seit Beginn der siebziger Jahre von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus gewachsen, obwohl die Zahl der Arbeitsplätze erheblich zugenommen hat. Abgesehen von kurzfristigen konjunkturellen Einflüssen ist in einer etwas längerfristigen Perspektive der Anstieg der Arbeitslosigkeit von Zyklus zu Zyklus also nicht mit einem entsprechenden Abbau der Beschäftigungsmöglichkeiten insgesamt gleichzusetzen. Vielmehr konnte die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze nicht mit dem noch stärker gestiegenen **Erwerbspersonenangebot** Schritt halten, das durch Zuwanderungen, einen Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen bewirkt wurde (vgl. Schaubild 5). Immerhin war die Zahl derjenigen Personen, die im Inland eine Berufstätigkeit ausüben wollten, im Jahre 1994 um rund 4¼ Mio. höher als Ende der sechziger Jahre; allein seit 1989 hat sie um rund 1½ Mio. zugenommen. Zwar dürfte sich künftig durch den Altersaufbau der Bevölkerung ein geringeres inländisches Erwerbspersonenangebot ergeben; der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit setzt in erster Linie gleichwohl voraus, daß die Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung mit großer Entschiedenheit fortgeführt wird. Dazu gehört auch, daß gravierende Probleme am Arbeitsmarkt – wie z. B. die große Diskrepanz zwischen nachgefragten und vorhandenen beruflichen Qualifikationen, mangelnde Flexibilität, nicht ausreichende Lohndifferenzierung sowie Regelungen, welche die Einstellungsbereitschaft behindern – soweit wie möglich beseitigt werden. Dies ist wichtig, damit der Arbeitsmarkt flexibler auf strukturelle Veränderungen reagieren kann und es zu einer besseren Ab-

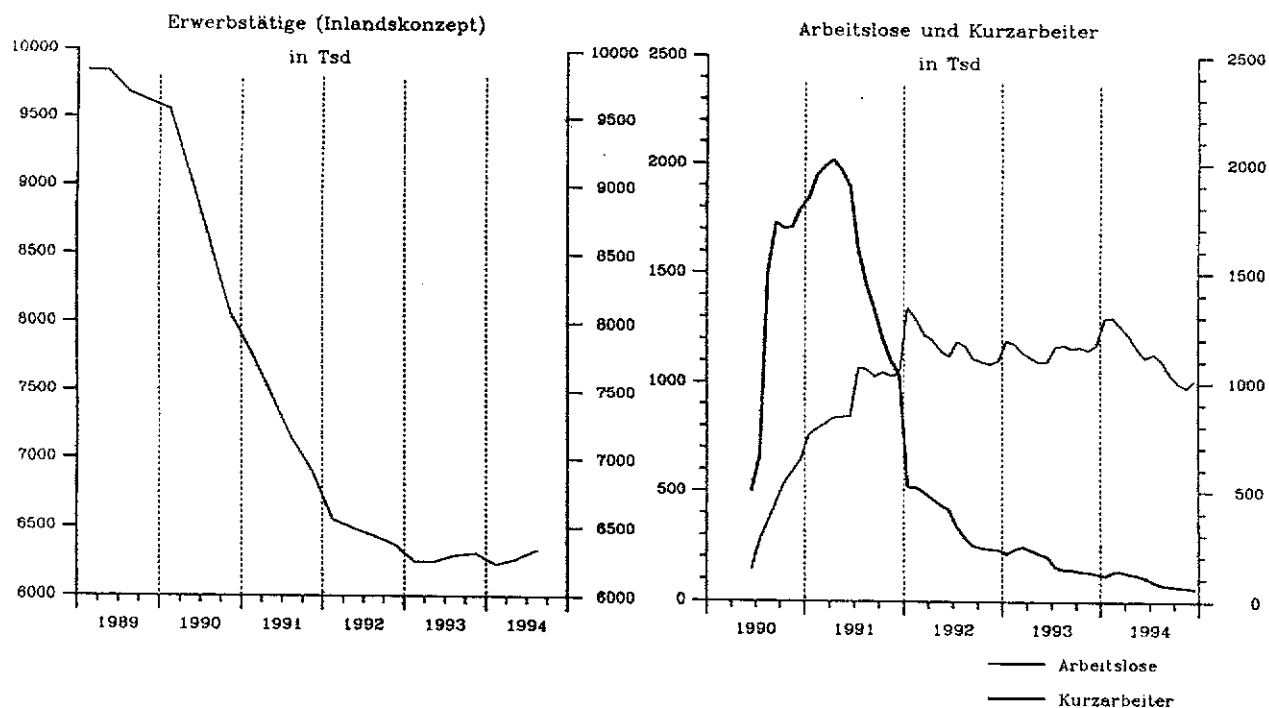
Schaubild 4

Arbeitsmarkt

Alte Länder



Neue Länder ¹⁾

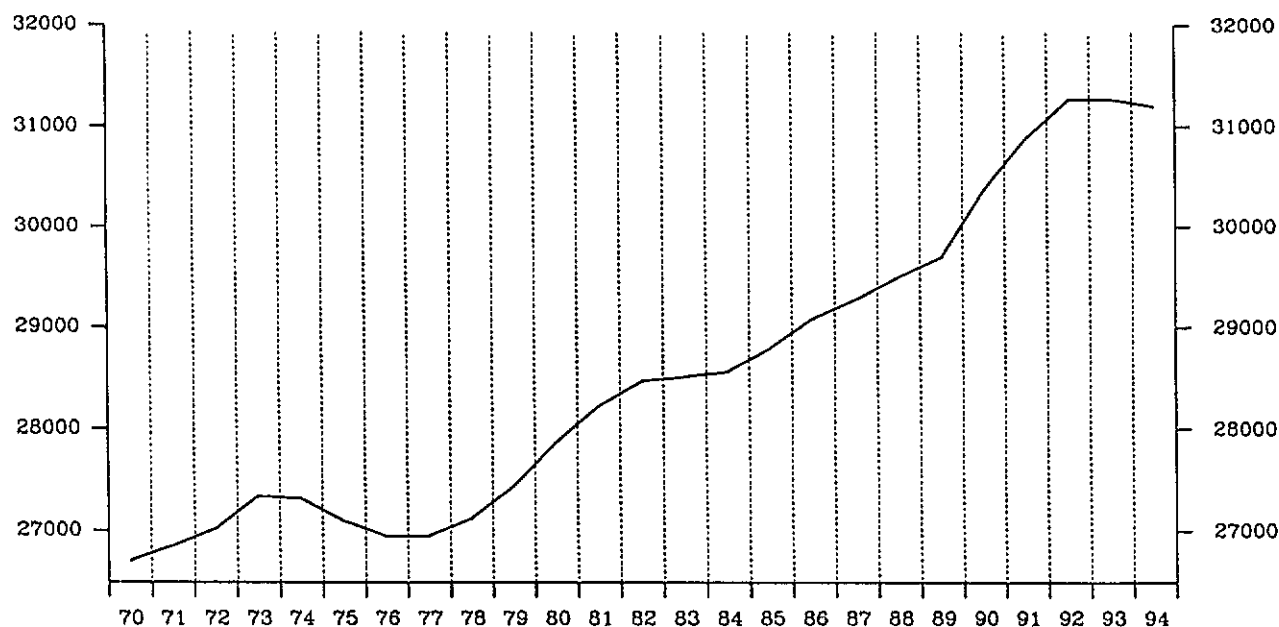


1) einschl. Berlin-Ost

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Entwicklung der Erwerbspersonenzahl in den alten Ländern

Jahresdurchschnittsergebnisse



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt

stimmung von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage kommt (vgl. Ziffern 28 f und 72 f).

In den *neuen Ländern* ist der Abbau der Beschäftigung im Frühjahr letzten Jahres zu Ende gegangen. Seitdem steigt die Zahl der Erwerbstätigen infolge des überaus kräftigen Wirtschaftswachstums wieder an. Auch die Arbeitslosigkeit ist auf dem Rückzug. Ende Dezember 1994 waren 1,015 Mio. Personen als erwerbslos registriert und damit 161 000 weniger als zwölf Monate zuvor. Dies ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig die Entlastungen durch das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium – insbesondere durch die auslaufenden Vorruhestandsregelungen – abgenommen haben. Insgesamt wurden dadurch im Dezember rund 1,2 Mio. Personen vor Arbeitslosigkeit bewahrt, was gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum einen Rückgang um rund 150 000 Personen bedeutet. Eine Besonderheit des ostdeutschen Arbeitsmarktes besteht darin, daß die Erwerbsneigung der Frauen weitaus höher ist als in den westlichen Ländern. Ende 1994 lag die Arbeitslosenquote der Frauen in Ostdeutschland bei 19,2 % der abhängigen Erwerbspersonen und damit mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Dagegen geht die Arbeitslosenquote der Männer nicht mehr nennenswert über diejenige im früheren Bundesgebiet hinaus. Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren liegt sie sogar merklich niedriger als im Westen.

5. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe hat sich im Laufe des letzten Jahres in ganz Deutschland spürbar verlangsamt. Ausschlaggebend hierfür wa-

ren sowohl eine verhaltene Nachfrage der privaten Haushalte als auch eine Stabilisierung und teilweise Reduzierung der Kosten im Inland. Dabei spielte nicht nur eine entscheidende Rolle, daß die Lohnpolitik – vornehmlich im Westen – einen moderaten Kurs einschlug; mit der anziehenden Konjunktur verbesserte sich darüber hinaus auch die Kapazitätsauslastung, was die Stückkosten zusätzlich sinken ließ. In Ostdeutschland dürften vor allem von dem hohen Produktivitätsfortschritt, der mit der Modernisierung der Wirtschaft verbunden war, stabilisierende Effekte auf das Kostenniveau ausgegangen sein. Positiv wirkte sich für Gesamtdeutschland aus, daß die D-Mark im Laufe des Jahres gegenüber dem US-Dollar deutlich fester tendierte, so daß Verteuerungen, die sich an den Weltmärkten für Industrierohstoffe ergaben, weit weniger auf das binnenwirtschaftliche Preisniveau durchschlugen. Die Erzeugerpreise sind allerdings seit Mitte vergangenen Jahres spürbar gestiegen.

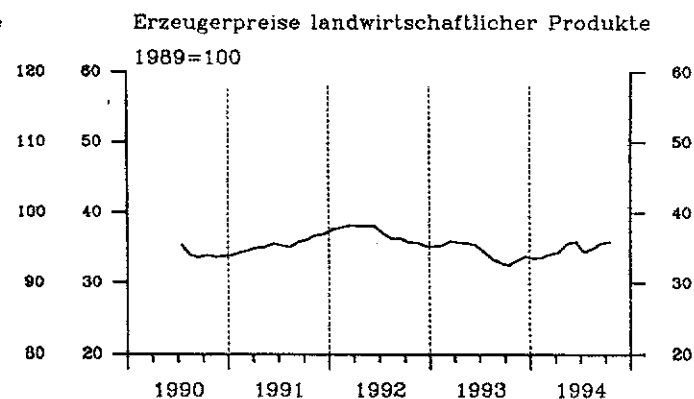
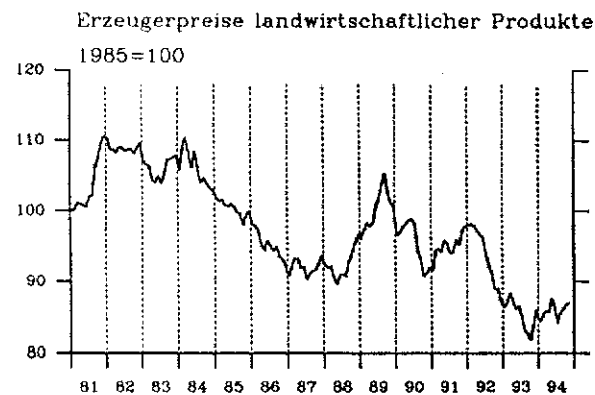
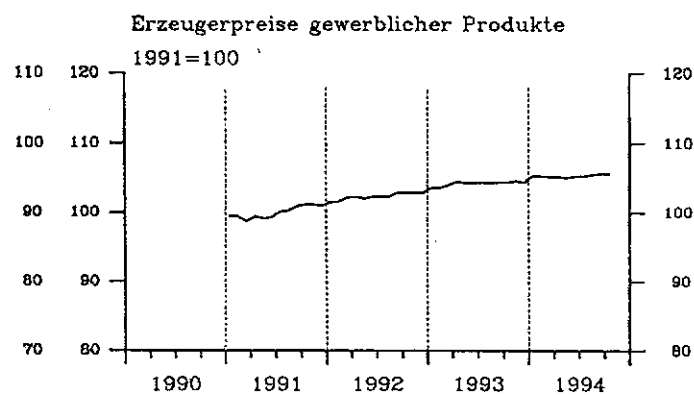
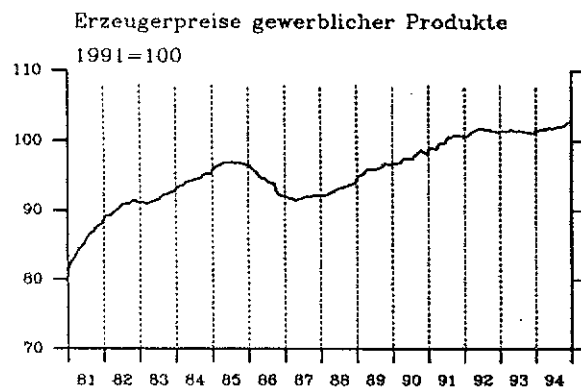
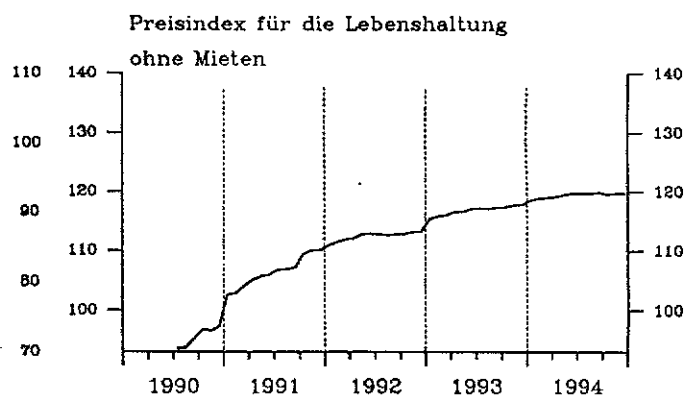
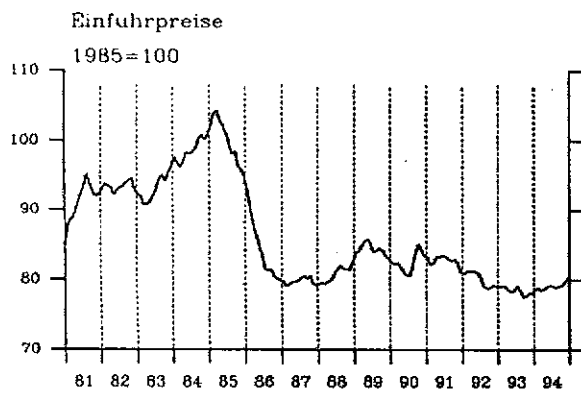
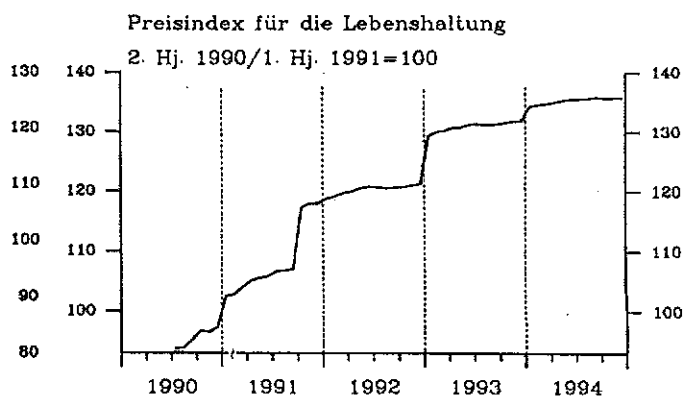
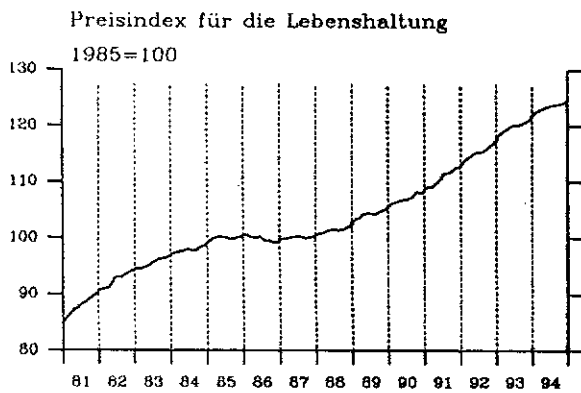
Belastungen für die Preisentwicklung ergaben sich aus der Anhebung der Mineralölsteuer am Beginn des letzten Jahres. Darüber hinaus setzte sich der Anstieg der Wohnungsmieten – wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie in den Vorjahren – bis zuletzt fort. Neben den Engpässen am Wohnungsmarkt, die in Westdeutschland vor allem auf die hohen Zuwanderungen der letzten Jahre, in Ostdeutschland insbesondere auf die unzureichende Wohnungsbautätigkeit unter kommunistischer Herrschaft und die gleichzeitige totale Vernachlässigung

Schaubild 6

Preise

Alte Länder

Neue Länder



Quelle: Statistisches Bundesamt

der vorhandenen Bausubstanz zurückgehen, hat auch eine Welle von Anhebungen kommunaler Gebühren die Kosten des Wohnens in die Höhe getrieben.

In den *alten Ländern* überschritt der Preisindex für die Lebenshaltung im Dezember den vergleichbaren Vorjahresstand um 2,7 %. Die Grundtendenz der Preisentwicklung ist deutlich günstiger. In den letzten drei Monaten erhöhte sich das Verbraucherpreisniveau lediglich mit einer saisonbereinigten Jahresrate von knapp 2 %. In Ostdeutschland ging der Vorjahresabstand zuletzt nur wenig über das in Westdeutschland beobachtete Ausmaß hinaus (+ 3,0 %), nachdem die Anpassung der in der Planwirtschaft völlig verzerrten Preise an marktwirtschaftliche Verhältnisse weitgehend abgeschlossen ist.

Zwar war es in den *neuen Ländern* mit dem Übergang von der umfassenden staatlichen Preisreglementierung zum System freier Preisbildung zu kräftigen Steigerungen der früher ohne jede Rücksicht auf die tatsächlichen Kosten künstlich niedrig gehaltenen Preise gekommen, gleichwohl liegt das Verbraucherpreisniveau hier insgesamt unter dem des früheren Bundesgebiets. Dies haben breit angelegte regionale Preisvergleiche des Statistischen Bundesamtes gezeigt, die durch Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zu den Wohnungsmieten ergänzt wurden. Neben den Wohnungsmieten lagen vor allem die öffentlichen Verkehrstarife, amtliche Gebühren sowie die Preise für Nahrungsmittel und sonstige Dienstleistungen niedriger als in den alten Ländern.

6. Die öffentlichen Haushalte hatten in den letzten Jahren Aufgaben zu bewältigen, die in der Welt ohne Beispiel sind. Eine herausragende Rolle spielte dabei die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für den Aufbau der neuen Länder, die zum weitaus größten Teil vom Bund übernommen wurde. Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr von der öffentlichen Hand (Bund, westdeutsche Länder und Gemeinden, Fonds „Deutsche Einheit“, Sozialversicherung und Europäische Union) netto – d. h. nach Abzug staatlicher Einnahmen aus Ostdeutschland – rund 130 Mrd. DM für die neuen Länder aufgewendet. Seit der Wiedervereinigung sind damit netto mehr als 500 Mrd. DM an öffentlichen Mitteln in den neuen Teil des Bundesgebietes geflossen. Die aufgelaufenen Defizite der Treuhandanstalt von bisher 205 Mrd. DM sind dabei nicht berücksichtigt. Einschließlich der für die nächsten Jahre zu erwartenden Fehlbeträge der Treuhand-Nachfolgeorganisationen werden sie noch um einiges höher ausfallen. Über diese gewaltigen Herausforderungen an die Finanzpolitik im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen Länder hinaus hat die Bundesrepublik Deutschland den Reformprozeß in den Staaten des ehemaligen Ostblocks in erheblich stärkerem Maße als alle anderen westlichen Länder finanziell unterstützt. Trotz dieser Aufgaben von historischer Dimension, denen kein anderer westlicher Staat auch nur annähernd ausgesetzt war, gelang es, das Vertrauen der Kapital- und Devisenmärkte in die Staatsfinanzen und damit letztlich in die Stabilität der D-Mark zu erhalten, ja zu stärken.

Die Anstrengungen der Gebietskörperschaften, vor allem des Bundes, die hierdurch entstandenen hohen strukturellen Defizite im öffentlichen Gesamthaushalt schrittweise wieder zurückzuführen, trugen 1994 erste Früchte. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik, der im Jahre 1993 bei rund 4½ % des Bruttoinlandsprodukts gelegen hatte, wurde auf 4 % zurückgeführt. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sank der Anteil des staatlichen Finanzierungsdefizits nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von 3,3 % im Jahre 1993 auf 2,7 %. Damit ist die Bundesrepublik Deutschland trotz der hohen finanziellen Sonderlasten neben Luxemburg der einzige Staat der Europäischen Union (EU), der derzeit alle Stabilitätskriterien des Maastrichter Vertrages für eine Währungsunion erfüllt, welche als Minimalmaßstab für eine solide Finanzpolitik angesehen werden müssen.

7. Die gesamtdeutsche Leistungsbilanz geriet nach den amtlichen Zahlen 1994 deutlich stärker ins Defizit. Für die ersten elf Monate des Jahres ergab sich ein Fehlbetrag von 48,9 Mrd. DM, das sind 20,1 Mrd. DM mehr als zur gleichen Vorjahreszeit. Mit großer Wahrscheinlichkeit zeichnet dieses Ergebnis ein viel zu ungünstiges Bild. Der Anstieg des Defizits kann zum weit überwiegenden Teil auf eine Passivierung der Kapitalertragsbilanz zurückgeführt werden. Hier gibt es freilich erhebliche Abgrenzungsprobleme bei der statistischen Erfassung. Ein wesentlicher Teil der ins Ausland gehenden Zahlungen ist in Wirklichkeit Inländern zuzurechnen, die Depots im Ausland unterhalten, ohne daß die entsprechenden Gutschriften der ausländischen Banken als Einnahmen aus Kapitalerträgen erfaßt werden können. Demgegenüber ist es in der Handelsbilanz zu einer spürbaren Ausweitung des Überschusses gekommen. Zwar haben sich mit der anziehenden Binnenkonjunktur die Einfuhren gegenüber dem Vorjahr kräftig erhöht, bei den Ausfuhren kam es aber zu einer noch stärkeren Expansion. Die weiter deutlich steigenden Auslandsaufträge beim Verarbeitenden Gewerbe sprechen dafür, daß sich diese Entwicklung fortsetzen wird.

II. Nachhaltiges Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung am Standort Deutschland gewährleisten

8. Die deutsche Wirtschaft steht auch nach der Überwindung der Rezession und ungeachtet der immer deutlicheren Anpassungsfortschritte in den neuen Ländern vor enormen – zum Teil fortbestehenden, zum Teil neuartigen – Anforderungen. Die über Erwartungen schnelle und kräftige konjunkturelle Erholung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß strukturelle Mängel und Fehlentwicklungen zu korrigieren bleiben. Zudem ist der Weg der wirtschaftlichen Erneuerung in Ostdeutschland noch lang. Vor allem die in Ost und West nach wie vor viel zu hohe **Arbeitslosigkeit ist eine permanente Ermahnung**, die wirtschaftlichen Probleme nicht bereits mit Überwindung der Konjunkturkrise für gelöst zu halten. Zwar

hat die inzwischen eingetretene Wende der Beschäftigungsentwicklung erneut gezeigt, daß wirtschaftliches Wachstum in einer hochentwickelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft keineswegs am Arbeitsmarkt vorbeigeht. Allerdings besteht auch kein Zweifel, daß die Überwindung der in hohem Maße strukturellen Arbeitslosigkeit von der Konjunkturerholung allein nicht zu erwarten ist. Vor allem in mittelfristiger Sichtweise – so betont der Sachverständigenrat mit Recht (Ziffer 422 JG) – stellt die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine der größten Herausforderungen dar.

9. Die Wirtschaftspolitik muß bei der Bewältigung dieser zentralen Aufgabe, der Sicherung vorhandener und der Schaffung neuer rentabler Arbeitsplätze, veränderten Dimensionen der weltwirtschaftlichen Verflechtung Rechnung tragen: Der **Globalisierung der Märkte und Unternehmen** ebenso wie der Öffnung der Grenzen nach Osten. Mit den Anforderungen, die sich aus einem grundlegend gewandelten internationalen Umfeld ergeben, sehen sich mehr oder weniger alle westlichen Industrieländer konfrontiert. Allerdings betrifft die Öffnung nach Osten die Arbeitsplätze in Deutschland in besonderer Weise.

Die Globalisierung, d. h. die Ausrichtung der Absatz-, aber auch der Investitions- und Beschaffungsstrategien auf den Weltmarkt, stellt die Unternehmen und die Arbeitskräfte in einen schärferen, weltweiten Wettbewerb. Mit immer leistungsfähigeren Transport-, Kommunikations- und Informationsmitteln wächst die Weltwirtschaft zunehmend enger zusammen; die Mobilität technischen und organisatorischen Wissens ist enorm gewachsen. Deutschland, das wie kaum ein anderes großes Industrieland seinen Wohlstand auf internationale Arbeitsteilung und freien Kapitalverkehr gründet, kann sich diesen neuen Bedingungen nicht entziehen. Standorte stehen deshalb vermehrt in einem globalen Wettbewerb. Die Beschäftigungschancen verbessern sich in dem Maße, wie es gelingt, weltweit mobiles Investitionskapital anzuziehen. Unter den Vorzeichen eines vergrößerten Arbeitskräfteangebotes sowie eines intensiven globalen Standortwettbewerbs um Investitionen muß demnach eine auf die Verbesserung der Beschäftigungschancen gerichtete Politik mehr denn je als umfassende Strategie zur **Verbesserung der Investitions-, Innovations- und Produktionsbedingungen** am heimischen Standort verstanden werden.

Die deutschen Exporterfolge gehen nicht nur auf die anziehende Weltkonjunktur zurück, sondern beruhen auch auf einer Stärkung der Wettbewerbskraft der in Deutschland produzierenden Unternehmen. Diese erhöhte Konkurrenzfähigkeit ist allerdings zu einem erheblichen Teil durch die mit einem raschen Beschäftigungsabbau verbundene Verbesserung der Kostensituation erkaufte worden. Ohne eine Fortführung der insbesondere auf Stärkung des Wettbewerbs und der Privatinitiative, Senkung der Kosten sowie eine höhere Innovationsdynamik gerichteten Standortpolitik würde es deshalb nicht zu einer nachhaltigen Ausweitung der Beschäftigung kommen, und bei Abklingen der konjunkturellen Impulse wäre ein weiterer Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit unvermeidbar.

10. So sicher die Standortpolitik der vergangenen Legislaturperiode zum Aufschwung beigetragen hat, so falsch wäre es also, sich jetzt mit Anfangserfolgen zufrieden zu geben. Nachdem es gelungen ist, die Rezession für eine Schwachstellenanalyse, für zukunftsweisende Entscheidungen und teilweise für einen Bewußtseinswandel zu nutzen, müssen im Zuge der konjunkturellen Erholung um so entschlossener weitere Taten folgen. Zu Beginn der 13. Legislaturperiode werden die Weichen dafür gestellt, ob die wirtschaftliche Belebung nur vorübergehend sein wird, oder ob die deutsche Wirtschaft erneut – wie in den Jahren 1983 bis 1992 – in eine lange Phase **stetigen und spannungsfreien Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums** eintritt. Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche Entwicklung ist, daß Politik, Bundesbank und Tarifpartner ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Der Sachverständigenrat unterstreicht die hierin liegenden großen Chancen: „Gelingt dies, so kann die jetzt zu beobachtende konjunkturelle Erholung eine ähnlich lange, vielleicht sogar noch stärkere Aufwärtsentwicklung einleiten, als sie die deutsche Wirtschaft nach Überwindung der Krise von 1981/82 erlebt hat“. (Ziffer 249 JG).

11. Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund die auf Initiative des Bundeskanzlers gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften aufgenommenen **Gespräche zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und für mehr Beschäftigung** weiterführen. Im Mittelpunkt der ersten Gesprächsrunde am 25. Januar 1995 standen Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und zur Verbesserung des Innovationsklimas.

Die Bundesregierung wird für die Verlängerung des Programms zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt sowie für eine verstärkte Ausrichtung von Vermittlungsbemühungen und Arbeitsförderungsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit auf Langzeitarbeitslose eintreten. Die einsetzende Wiederbelebung am Arbeitsmarkt darf nicht an den Langzeitarbeitslosen vorbeigehen. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Bundesregierung werden sich gemeinsam dafür einsetzen, längerfristig Arbeitslosen bei Neueinstellungen eine faire Chance zu geben (vgl. Ziffer 75).

Alle Teilnehmer stimmten weiter darin überein, daß ein ständiger Prozeß der Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft unabdingbar ist, um im internationalen Wettbewerb bestehen sowie Arbeitsplätze in Deutschland sichern und neu schaffen zu können. Um den notwendigen Innovationsprozeß zu erleichtern und unnötige Friktionen zu vermeiden, wurde u. a. vereinbart, beim Bundesminister für Wirtschaft weitere branchenbezogene Dialoge aufzunehmen sowie konkrete Maßnahmen zum Abbau von Innovationshemmnissen zu ergreifen (vgl. Ziffer 50).

Die Teilnehmer waren sich einig, daß mit diesem Treffen ein kontinuierlicher Gesprächsprozess eingeleitet werden soll.

12. Eine der Stärken der deutschen Wirtschaft liegt in einem modernen und leistungsfähigen **Mittelstand**. Für Wachstum und Beschäftigung, für intensi-

ven Wettbewerb, für einen möglichst reibungslosen Strukturwandel und für wirtschaftliche wie gesellschaftliche Dynamik braucht Deutschland viele mittelständische Unternehmen, selbständige Handwerker und Freiberufler. Es ist auch dafür Sorge zu tragen, daß ständig neue, innovative unternehmerische Existenzen entstehen können. Hindernisse für kleinere und mittlere sowie für neugegründete Unternehmen liegen oft in staatlich verursachtem Verwaltungsaufwand, einer kaum zu überschauenden Gesetzesfülle und unnötig komplizierten Verfahren. Völlig zu Recht verweist der Sachverständigenrat darauf, daß einer höheren Innovationsdynamik, insbesondere der kleineren Unternehmen, am besten mit dem Abbau von Regulierungen gedient ist, die den Wettbewerb und die Flexibilität der Unternehmen hemmen sowie hohen Zeit- und Kostenaufwand verursachen (Ziffern 379ff und 441 JG). Deshalb muß sich die Förderung des Mittelstands darauf konzentrieren, Blockaden auszuräumen sowie mit einem einfachen, transparenten Förderinstrumentarium das Beschäftigungs- und Innovationspotential von kleinen und mittleren Unternehmen noch besser als bisher auszuschöpfen.

13. Die erfolgreiche Teilnahme am internationalen Innovationswettbewerb ist eine zentrale Voraussetzung für hohe Beschäftigung und Einkommen am Standort Deutschland. Innovative Unternehmen, Produkte und Verfahren – und damit neue, zukunftssichere Arbeitsplätze – entstehen am ehesten im intensiven Wettbewerb. Gerade die **Industrie** ist aufgrund ihrer starken Einbindung in die internationale Arbeitsteilung ein wichtiger Motor technologischer Impulse. Dabei gewinnt die wechselseitige Verstärkung von industrieller Innovation einerseits und neu entstehenden Dienstleistungstätigkeiten andererseits zunehmend an Bedeutung.

Aufgabe des Staates ist es, in allen Bereichen der Wirtschaft die Entwicklung neuer Strukturen zu erleichtern. Für die Forschungs- und Technologiepolitik müssen die Förderung der Grundlagenforschung und Technologieentwicklung sowie **innovationsfreundliche Rahmenbedingungen** im Mittelpunkt stehen. Hierzu gehören eine positive Einstellung der Gesellschaft zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die Bereitschaft zu ständiger Innovation sowie ein den gewandelten Anforderungen entsprechendes Bildungssystem. Die Wirtschaft muß ihrerseits ständig durch Verbesserung von Produkten, Verfahren und unternehmerischen Strukturen ihre Erneuerung vorantreiben und auch durch Steigerung ihrer Forschungsaufwendungen den notwendigen technologischen Aufbruch leisten. Staatliche Unterstützung muß – wo sie denn nötig ist – der Erleichterung des marktbestimmten Strukturwandels dienen, nicht der Verwirklichung staatlicher Leitbilder durch eine dirigistische Industrie- oder Forschungspolitik und auch nicht der Konservierung nicht mehr wettbewerbsfähiger Produktionen. Entsprechend sollen regional-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Flankierungsmaßnahmen den notwendigen Wandel erleichtern.

14. Private Leistungsfähigkeit kann nur dann voll zur Entfaltung kommen, wenn der Staat Unternehmen wie Arbeitnehmern den notwendigen Hand-

lungsspielraum läßt. Staatliche Rahmenbedingungen müssen in einer freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung dadurch gekennzeichnet sein, daß sie die Kreativität und Leistungsbereitschaft des einzelnen fördern, nicht aber durch bürokratische Bevormundung oder finanzielle Fehlanreize lähmen. Der Umfang staatlicher Tätigkeit muß auf das notwendige Maß beschränkt und zugleich muß die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung gesteigert werden. Der **schlanke Staat**, wie ihn die Bundesregierung anstrebt, erfüllt seine vorrangige Aufgabe gerade dadurch, daß er möglichst weite Freiräume von staatlicher Einflußnahme gewährleistet und damit die Übernahme von persönlicher Verantwortung erleichtert. Größere Freiräume müssen sowohl in rechtlicher als auch in finanzieller Hinsicht geschaffen werden. Die Dichte und Kompliziertheit des gesetzlichen Regelwerks sowie die Höhe der Abgaben sind wichtige Ursachen für mangelnde Innovationsdynamik, Leistungs- und Risikobereitschaft sowie für fehlenden Unternehmergeist. Deshalb orientiert sich die Bundesregierung an folgender Devise: Je kritischer öffentliche Aufgaben und Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden und je entschlossener der Staat einer Schlankheitskur unterzogen wird, um so eher kann der Spielraum für den Einkommenszuwachs bei den Arbeitnehmern, für steigende Leistungsbereitschaft, für höhere Investitionen und Beschäftigung in den Unternehmen erweitert werden.

15. Die die Bundesregierung tragenden Parteien haben in der Koalitionsvereinbarung ein solides Fundament für die **Fortsetzung marktwirtschaftlicher Standortpolitik** gelegt. Hierauf wird die Bundesregierung aufbauen, indem sie weiterhin konsequent für Strukturverbesserung sorgt.

Widerstände gegen die Politik zur Verbesserung der Standort- bzw. Angebotsbedingungen beruhen vielfach auf kurzfristigen Verteilungsinteressen. Demgegenüber ist zu betonen, daß diese Politik keineswegs – wie behauptet wird – einseitig auf Vorteile für die Arbeitgeber zielt. Sie liegt wegen der Beschäftigungswirkungen in gleichem Maße im Interesse der Arbeitnehmer. Eine Alternative zur Politik der Verbesserung der Standort- und Angebotsbedingungen gibt es nicht. Eine kurzfristige Politik der Besitzstandswahrung bedeutet schon auf mittlere Sicht Arbeitsplatz- und Einkommensverluste.

Folgende **Leitlinien** kennzeichnen aus Sicht der Bundesregierung die Prioritäten der Wirtschaftspolitik:

- Entschlossene Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Rückführung der Staatsquote: Nur durch strikte Ausgabendisziplin können gleichzeitig die öffentlichen Defizite abgebaut, das Vertrauen von Wirtschaft und Verbrauchern gestärkt, die Kapitalmärkte entlastet sowie Spielraum für eine Rückführung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung geschaffen werden.
- Freiraum für Privatinitiative: Ein schlanker Staat und der Abbau überflüssiger Reglementierung müssen dafür sorgen, daß privatwirtschaftliche Leistung und Kreativität, marktwirtschaftliche Effizienz und wettbewerbliche Anreize stärker zur

Entfaltung kommen und daß vor allem mittelständische unternehmerische Initiative nicht unnötig behindert wird.

- Aufbau der neuen Länder: Eine stärkere Konzentration der Transfers auf investive Zwecke muß die ostdeutsche Wirtschaft in die Lage versetzen, ihre Stärken aus eigener Kraft auszubauen und damit eine stabile Grundlage für anhaltendes Wachstum und neue Beschäftigungschancen zu schaffen.
- Innovativer Strukturwandel: Voraussetzung für die Sicherung der deutschen Position in der Spitze der Hochtechnologieländer ist insbesondere eine hohe Innovationsdynamik der Wirtschaft, die eine auch ökologisch orientierte Modernisierung erleichtert.
- Niedrige Kosten: Mit einer weiterhin beschäftigungsorientierten Lohnpolitik, der Nutzung der erweiterten Spielräume für flexible Arbeitszeiten

und einem Umbau der sozialen Sicherungssysteme müssen Tarifpartner und Staat zur dauerhaften Leistungsfähigkeit der Wirtschaft beitragen.

- Offene Märkte: In Europa und weltweit müssen die bisher erreichten Erfolge bei der Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung als Anknüpfungspunkte für die Sicherung und den weiteren Ausbau einer offenen, markt- und wettbewerbsorientierten Weltwirtschaftsordnung genutzt werden.

Es wäre vermessen, von politischen Konzeptionen allein die Lösung der Zukunftsaufgaben zu erwarten. Wichtig aber ist: Politik und Wirtschaft sind auf dem richtigen Weg. Es ist eine stabile Grundlage für wachsende Beschäftigung und sicheren Wohlstand geschaffen. Alle, die in Deutschland wirtschaftliche und politische Verantwortung tragen, sind aufgerufen, hierauf einen neuen Aufbruch für mehr Arbeitsplätze zu gründen.

B. Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovationen und mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze verbessern

I. Durch Fortsetzung des finanz-, tarif- und geldpolitischen Kurses Vertrauen festigen

1. Mit Ausgabendisziplin mehr Freiraum für privatwirtschaftliche Leistung erarbeiten

16. Strategischer Anknüpfungspunkt einer Finanzpolitik der Vertrauensstabilisierung und der Wachstumsstimulierung bleibt die **Rückführung der Staatsquote**. Vor allem im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ist der Zugriff des Staates auf das Sozialprodukt und damit auch die Abgabenbelastung stark angestiegen und derzeit viel zu hoch. Dadurch wurde der Spielraum für private Initiative eingeeengt (vgl. Schaubild 7). Wie auch der Sachverständigenrat betont, kann „Raum für eine Senkung der Abgabenquote ... nur geschaffen werden, wenn zuvor die Ausgabenquote des Staates gesenkt wird“ (Ziffer 286 JG). Ziel der Bundesregierung ist es, die Staatsquote bis zum Ende des Jahrzehnts wieder auf das vor der Wiedervereinigung erreichte Niveau zurückzuführen und die Steuer- und Abgabenbelastung mittelfristig deutlich abzusenken, um die Anreize für eigenverantwortliches Handeln von Unternehmen und Haushalten zu verbessern. Gleichzeitig muß die im Zusammenhang mit dem Einigungsprozeß und der Rezession 1993 zwangsläufig ausgeweitete Neuverschuldung wieder zurückgeführt werden. Nur durch Wahrung strikter Ausgabendisziplin in allen Bereichen und auf allen Ebenen des Staates können die Kapitalmärkte spürbar entlastet und verlässliche Steuersenkungsperspektiven eröffnet werden. Bundesregierung und Sachverständigenrat stimmen darin überein, daß die Konsolidierung der Staatsfinanzen gerade auch bei anhaltendem wirtschaftlichen Aufschwung unbeirrt fortgesetzt werden muß, um das strukturelle Haushaltsdefizit weiter zu vermindern (Ziffer 285 JG).

17. Mit dem Jahr 1994 ging die schwierige finanzpolitische Übergangsphase der deutschen Vereinigung zu Ende, auch wenn die finanzielle Bewältigung der Erblast des Sozialismus und der Aufbau der neuen Länder die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren weiterhin maßgeblich prägen werden. Zu Jahresbeginn 1995 wurden auf Grundlage des Föderalen Konsolidierungsprogramms **wichtige finanzpolitische Neuregelungen** wirksam. Die durch die Vereinigung entstandenen besonderen Lasten wurden im Erblastentilgungsfonds zusammengefaßt und werden innerhalb einer Generation getilgt. Darüber hinaus sichert die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs den neuen Ländern eine Finanzausstattung, die es ihnen erlaubt, den Aufholprozeß weiter fortzusetzen.

Gleichzeitig wurde mit den Haushaltsentlastungen des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumspro-

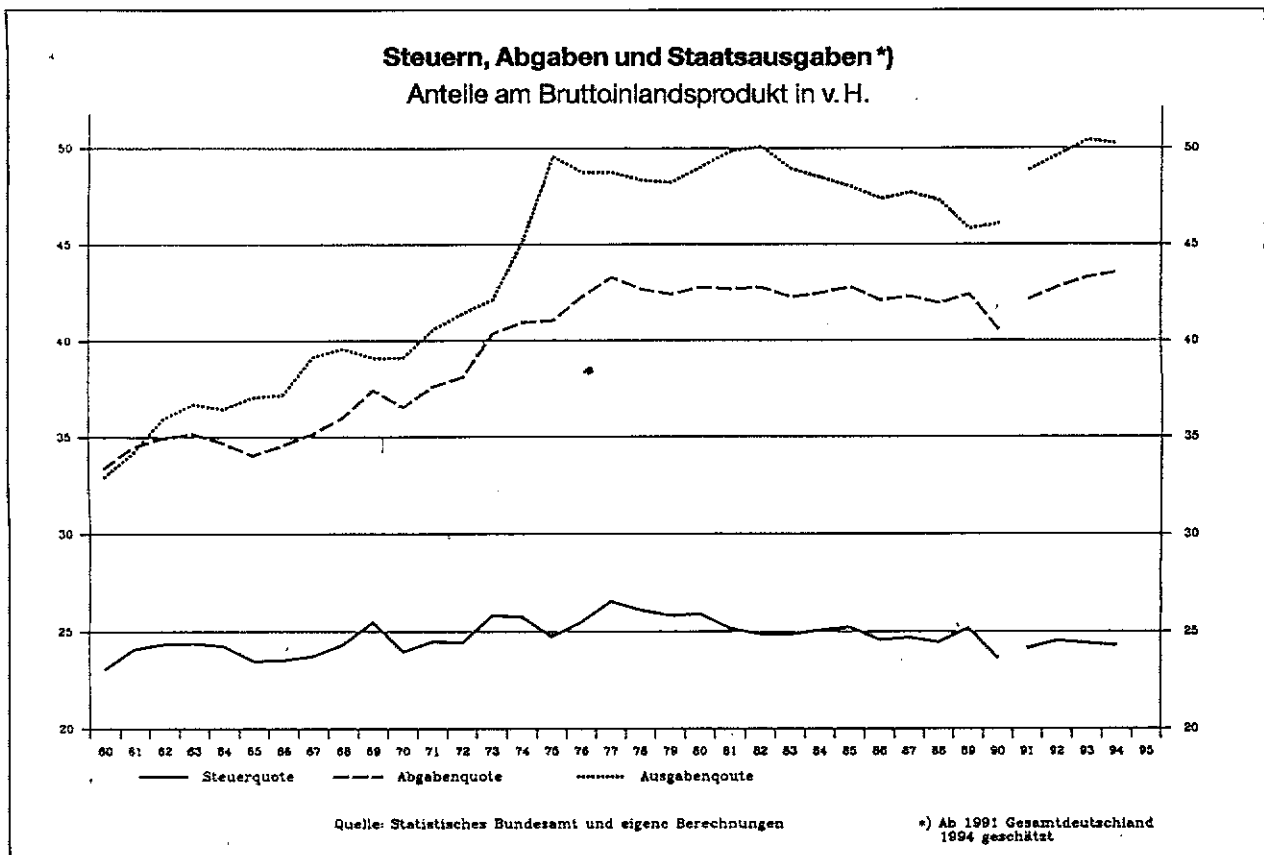
gramms in Höhe von über 90 Mrd. DM in den Jahren 1994 bis 1996 ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte** erreicht, wie auch der Sachverständigenrat anerkennt (Ziffer 285 JG). Ohne die konjunkturelle Erholung zu gefährden – wie vielfach befürchtet worden war – konnte das strukturelle Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts im letzten Jahr deutlich abgebaut werden (Ziffer 155 JG).

Deutschland wird im Jahre 1995 – wie schon 1994 – die **Kriterien des Vertrages von Maastricht** zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion erfüllen. Das gesamtstaatliche Defizit wird mit rund 2½ % des BIP deutlich unter der 3 %-Marke liegen. Dabei ist zu beachten, daß dieses Stabilitätskriterium des Maastrichter Vertrages lediglich die Mindestanforderung an eine solide Finanzpolitik beschreibt. Entgegen früheren Erwartungen wird – trotz der Übernahme der Erblastschulden – auch die kritische Grenze von 60 % bei der Schuldenstandquote knapp unterschritten. Dieser Erfolg ist unmittelbares Ergebnis der konsequenten Konsolidierungspolitik einerseits und der verbesserten Konjunkturlage andererseits.

18. Mit dem Entwurf zum Bundeshaushalt 1995 und der mittelfristigen Finanzplanung dokumentiert die Bundesregierung ihre **Entschlossenheit zur Begrenzung der Ausgaben** des Bundes auch in den nächsten Jahren. Im Etatentwurf 1995 steigen die Ausgabenansätze gegenüber dem Haushaltssoll 1994 lediglich um knapp 1 % (gegenüber dem vorläufigen Haushalts-Ist 1994 um 2,7 %), im Finanzplanungszeitraum beträgt der jahresdurchschnittliche Anstieg nur rund ½ %. Auch 1995 gehen wieder – wie bereits 1994 – viele Ausgabenansätze real oder sogar nominal zurück. Zur Umsetzung der konsequent sparsamen Haushaltspolitik wird das Haushaltsmoratorium während der gesamten Legislaturperiode seine Gültigkeit behalten. Um zu erproben, ob flexiblere Budgetierungselemente zu Effizienzsteigerungen und Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten führen, sollen mit dem Haushaltsgesetz 1995 die rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung von Pilotprojekten geschaffen werden.

Der Subventionsabbau in den alten Ländern wird durch verstärkte Befristung und Degression konsequent fortgesetzt. Die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern werden gestrafft (vgl. Ziffer 34). Bei seiner Kritik, wonach in den vergangenen Jahren beim **Subventionsabbau**, abgesehen von prinzipieller Zustimmung seitens der Politik, kaum etwas geschehen sei (Ziffer 289 JG), scheint der Sachverständigenrat die durch den deutschen Einigungsprozeß entstandene Sondersituation nicht ausreichend zu würdigen. Insbesondere auch um Mittel für die neuen Länder freizusetzen, sind bis

Schaubild 7



1994 die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in Westdeutschland gegenüber 1990 um mehr als ein Viertel zurückgeführt worden.

19. Die Bundesverwaltung wird schlanker und effizienter gestaltet. Der Staat muß sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Dies gilt auch für Länder und Gemeinden, auf die der größte Teil der öffentlichen Verwaltung entfällt. Der Personalbestand in den Bundesbehörden wird in den Jahren 1995 bis 1998 um ein Prozent jährlich gesenkt. Darüber hinaus bedarf es einer zeitgemäßen Weiterentwicklung des Dienstrechts sowie Verbesserungen der Verwaltungsorganisation (vgl. Ziffer 38). Die Bundesregierung wird auf Grundlage des von ihr vorgelegten Berichts über die Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts („Perspektivbericht“) kostenneutral Maßnahmen einleiten, die schnell verwirklicht werden können und zugleich Perspektiven für die weitere Entwicklung aufzeigen. Gesetzliche Regelungen, mit denen die Mobilität der Mitarbeiter gefördert, das Bezahlungssystem flexibler gestaltet und besondere Leistungen auch bei der Bezahlung Berücksichtigung finden, werden vorbereitet. Insbesondere ist vorgesehen:

- eine generelle Erprobungszeit in Führungspositionen und vor Beförderungen,
- Erleichterungen von Versetzung und Abordnung mit einer Verpflichtung zur Umschulung, wo dies sachlich geboten ist,

- die Ausschöpfung aller Möglichkeiten anderweitiger Verwendung vor Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit (Rehabilitation vor Versorgung),
- Überprüfung des Systems des Aufstiegs in Dienstaltersstufen auch unter Berücksichtigung von Leistungsaspekten,
- Leistungszulagen und Leistungsprämien für besondere Leistungen und
- flexible Besoldungsinstrumente zur Nachwuchsgewinnung und für polizeiliche Schwerpunktbereiche.

Die Bundesregierung wird auch künftig im öffentlichen Dienst die Arbeitszeit weiter flexibilisieren und die Teilzeitbeschäftigung ausbauen. Für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes sind statt des Gesetzgebers die Tarifparteien gefordert.

20. Die Bemühungen um Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und um Rückführung der Staatsquote können nur dann Erfolg haben, wenn sie von allen Gebietskörperschaften getragen werden. Dies betont auch der Sachverständigenrat (Ziffer 290 JG). **Länder und Gemeinden** sind daher aufgerufen, mit der Einhaltung der im Finanzplanungsrat einvernehmlich festgelegten Begrenzung des durchschnittlichen mittelfristigen Ausgabenanstiegs auf 3 % die Anstrengungen des Bundes zur Ausgabenbegrenzung so zu unterstützen, daß die Voraussetzungen

für die Rückführung der Abgabenbelastung erfüllt werden.

2. In der Steuerpolitik für kalkulierbare Entlastungsschritte sorgen

21. Zur Stärkung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland sind weitere strukturelle **Verbesserungen im Steuersystem** einschließlich seiner Vereinfachung und eine Rückführung der Steuerbelastung erforderlich. Nur so kann eine wesentliche Voraussetzung für positive Investitionsentscheidungen und damit für die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze erfüllt werden. Die internationale Erfahrung zeigt, daß Steuersätze im Rahmen des Standortwettbewerbs eine wichtige Signalwirkung entfalten. Die Gewerbesteuer, die im internationalen Vergleich eine Sonderbelastung der deutschen Wirtschaft darstellt, soll Schritt für Schritt mit dem Ziel der Abschaffung gesenkt werden. Eine Wertschöpfungssteuer, wie sie der Sachverständigenrat vorschlägt (Ziffer 307 JG), hält die Bundesregierung für problematisch. Sie würde lohnintensive Unternehmen benachteiligen, die an die Arbeitsleistung anknüpfende Abgabenbelastung weiter erhöhen und keinen Beitrag zur Vereinfachung des Steuersystems leisten.

22. Die Bundesregierung setzt ihr Steuerkonzept für die Fortführung einer wachstumsorientierten, leistungsgerechten, familien- und mittelstandsfreundlichen Steuerpolitik mit einem **Jahressteuergesetz 1996** um. Sie wird den Gesetzesentwurf im Frühjahr vorlegen, damit das Gesetz rechtzeitig bis Mitte des Jahres verabschiedet werden kann. Der Entwurf wird insbesondere folgende Elemente enthalten:

- Als Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform soll zum 1. Januar 1996 die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft und die Gewerbeertragsteuer durch Anhebung der Staffelungsbeträge des Gewerbesteuer tarifs und Senkung der Steuermeßzahlen mittelstandsfreundlich reduziert werden. Die Kommunen erhalten einen fairen Ausgleich, der das Interesse an der Ansiedlung von Gewerbebetrieben weiterhin gewährleistet und die kommunale Selbstverwaltung stärkt.
- Die Regelungen zur Unternehmensnachfolge im Mittelstand, namentlich im Bereich der betrieblichen Erbschaft- und Schenkungsteuer, sollen weiter verbessert werden.
- Die vom Bundesverfassungsgericht verlangte Neuregelung zur Steuerfreistellung des Existenzminimums wird ab 1996 im Rahmen eines leistungsgerechten Einkommensteuertarifs verwirklicht. Der linear-progressive Einkommensteuertarif bleibt erhalten. An Nettoentlastungen von 15 Mrd. DM bei der Einkommensteuer sollen alle Steuerpflichtigen teilhaben.
- Die Bundesregierung wird die Leistung der Familie auch finanziell stärker anerkennen. Deshalb sollen der Familienleistungsausgleich durch Anhebung des Kinderfreibetrags sowie die stärkere Orientierung des Kindergeldes an Einkommen und Kinderzahl verbessert werden.

- Die Aussetzung der Vermögensteuer in den neuen Ländern soll bis Ende 1998 verlängert werden. Die Vermögensteuer sowie die Erbschaft- und Schenkungsteuer werden im Zusammenhang mit der bevorstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Einheitsbewertung überprüft. Bei evtl. Neuregelungen werden keine Steuererhöhungen, insbesondere durch ein Anknüpfen am Verkehrswert, erfolgen; die Belange des Mittelstandes werden berücksichtigt.

- Nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen ist ein erheblicher Bedarf an Dienstleistungen in den privaten Haushalten entstanden. Hier könnte eine große Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden. Darum werden die Möglichkeiten einer steuerlichen Geltendmachung von Aufwendungen für die Beschäftigung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräften in privaten Haushalten im Rahmen des Einkommensteuerrechtes spürbar erweitert sowie die Anspruchsvoraussetzungen erleichtert.

- Die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und die Steuerfreistellung des Existenzminimums, durch die ca. 1,5 Mio. Haushalte aus der Steuerpflicht entlassen werden, sind nicht zuletzt wichtige Beiträge zur notwendigen Steuervereinfachung. Darüber hinaus ist ein Bündel von Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Steuerrechts, z. B. durch Pauschalierungen, vorgesehen, das Unternehmen, Bürgern, steuerlichen Beratern und der Steuerverwaltung zugute kommt (vgl. auch Ziffer 26).

- Die steuerliche Wohneigentumsförderung soll vereinfacht und sozialer ausgestaltet werden.

23. Der ab 1995 erhobene **Solidaritätszuschlag** ist zur Finanzierung der hohen Leistungen des Bundes für die neuen Länder im Rahmen des Finanzausgleichs notwendig. Sinken diese Belastungen oder steigen die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag stärker als im Finanzplan veranschlagt, wird er entsprechend zurückgeführt. Die Bundesregierung wird die Höhe der Belastung im Finanzausgleich gemeinsam mit den Bundesländern überprüfen und entsprechende Rückführungsmöglichkeiten jährlich feststellen.

24. Um unnötige bürokratische Hemmnisse für die Unternehmen abzubauen, strebt die Bundesregierung den fristgerechten Übergang zur endgültigen **Umsatzsteuerregelung** in der Europäischen Union nach dem Ursprungslandprinzip zum 1. Januar 1997 an (vgl. Ziffer 99).

25. Die Berücksichtigung ökologischer Aspekte im Steuersystem ist ein Element marktwirtschaftlich orientierter Umweltpolitik. Die Bundesregierung sieht allerdings, wie der Sachverständigenrat (Ziffer 327 ff. JG), daß im Hinblick auf Umsetzung und Wirkungsweise von **Umweltsteuern** noch eine Reihe von Problemen gelöst werden muß. Zu den zentralen Anliegen der Bundesregierung gehören die Sicherstellung der Aufkommensneutralität, die eindeutige Orientierung am ökologischen Lenkungsziel sowie die Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen für den Standort Deutschland. Das Steuerrecht darf jedoch

nicht überfrachtet werden; nach ihrer Funktion im deutschen Finanzverfassungssystem dienen Steuern vorrangig zur Finanzierung von Staatsausgaben. Ein investitions- und wachstumsfreundliches Steuerrecht, das Modernisierungsinvestitionen erleichtert, dient nicht zuletzt auch dem Umweltschutz schon dadurch, daß die Erneuerung von Produktionsanlagen regelmäßig zur Verminderung umweltbelastender Emissionen führt.

Soweit eine Anhebung bestehender oder die Einführung neuer Steuern aus ökologischen Gründen in Frage kommt, muß sie einhergehen mit einer Entlastung insbesondere bei den direkten Steuern; eine weitere Erhöhung der Abgabenquote darf es nicht geben. Darüber hinaus sind ökologisch motivierte steuerliche Maßnahmen zumindest im Rahmen der Europäischen Union auf eine einheitliche Grundlage zu stellen, da anderenfalls unvermeidbare Nachteile zu Lasten der deutschen Unternehmen entstünden. Dies gilt vor dem Hintergrund des CO₂-Stabilisierungszieles auch für steuerliche Maßnahmen zum Klimaschutz. Eine Verdrängung von Produktionen in Länder mit geringeren Umweltsteuern würde in hohem Maße Arbeitsplätze in Deutschland gefährden und zugleich das globale umweltpolitische Ziel durch eine Verlagerung von Emissionen beeinträchtigen.

26. Die hohe Komplexität des deutschen Steuerrechts ist unbestritten. Sie wirkt investitions- und leistungshemmend. **Steuervereinfachung** ist daher eine politische Daueraufgabe. Sie soll die Transparenz des Steuersystems verbessern sowie Wettbewerbsverzerrungen und hohen Verwaltungsaufwand verringern. Neue komplizierte steuerliche Bestimmungen müssen daher vermieden, bestehende Regelungen vereinfacht werden. Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Sachverständigenrates, daß einer Vereinfachung der Einkommensteuer besondere Bedeutung zukommt (Ziffer 295 JG), z.B. durch die Pauschalierung von Absetzungsmöglichkeiten. Eine Reduzierung der Steuersätze, verbunden mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, ist für die Steuervereinfachung ein zentraler Ansatzpunkt, erfordert aber einen breiten Konsens.

3. Tarifpolitik auf Beschäftigungszuwachs ausrichten

27. Die Bewältigung der Beschäftigungsprobleme erfordert auch **Solidarität der Beschäftigten mit den Arbeitslosen**. Die Lohnpolitik der autonomen Tarifvertragsparteien kann dazu einen maßgeblichen Beitrag leisten (vgl. Ziffer 359 ff JG). Sie hat im vergangenen Jahr zur Trendwende am Arbeitsmarkt wesentlich beigetragen. Der eingeschlagene Weg muß fortgesetzt werden, um ein höheres Beschäftigungsniveau zu erreichen. Auch weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß zunehmende staatliche Abgabenlasten und der Preisanstieg, der auf die Erhöhung indirekter Steuern und administrativer Preise zurückgeht, nicht zum Gegenstand des Verteilungsstreits gemacht werden dürfen (Ziffer 366 JG).

Eine zurückhaltende Lohnpolitik erleichtert eine stabilitätsorientierte Geldpolitik mit niedrigen Zinsen für

mehr Investitionen, vermindert den Lohnkostendruck für die Unternehmen, erhöht deren Finanz- und Investitionskraft und verbessert somit die Chancen für mehr Beschäftigung. Lohnzurückhaltung führt zudem über die mit Kostensenkung verbundene Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und über steigende Beschäftigung auch zu einer Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

28. Notwendig ist die Fortsetzung der maßvollen und auf Flexibilisierung ziellenden Tarifpolitik des vergangenen Jahres. Lohnpolitik muß sich an den regional, sektoral und qualifikationsbedingt unterschiedlichen Verhältnissen in verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes ausrichten. Durch **Lohndifferenzierung** können Löhne stärker ihre Lenkungsfunction ausüben und die Bewältigung der strukturellen Wandlungsprozesse unterstützen. Eine Praxis der allgemeinen Orientierung an Pilotabschlüssen trägt diesem Ziel – wie der Sachverständigenrat betont (Ziffer 367 JG) – nicht ausreichend Rechnung, weil sie die weniger leistungsstarken Regionen und Branchen überfordert. Auch angesichts der hohen Arbeitslosigkeit bei weniger Qualifizierten könnte eine stärkere Lohndifferenzierung hilfreich sein.

Gerade in *Ostdeutschland* ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich. Die Tarifpartner sollten dies bei ihren Abschlüssen berücksichtigen, damit Arbeitsplätze in den weniger leistungsfähigen Betrieben nicht gefährdet werden. Der Sachverständigenrat spricht sich dafür aus, daß 1995 Tarifierhebungen nicht über das hinausgehen sollen, was in Westdeutschland vereinbart wird (Ziffer 362 JG). Härte- und Öffnungsklauseln bieten Spielraum für die notwendige Differenzierung.

Tarifpolitik hat in der Vergangenheit auch staatliche Arbeitsmarktpolitik unterstützt, z. B. durch zeitlich befristete Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose sowie spezielle niedrigere Tarife für Beschäftigte in öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen. Dies sollte weiterhin geschehen.

29. Als Beitrag zu einer beschäftigungsorientierten Tarifpolitik eignen sich erfolgsabhängige Lohnbestandteile sowie Modelle zur **Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital**. Die Bundesregierung wird die Beteiligung am Produktivkapital neben der Schaffung von Wohneigentum – vor allem durch die Verbesserung der Bausparförderung – in den Vordergrund einer neuen Initiative zur Eigentumsbildung stellen. Dabei soll auch den besonderen Bedingungen in den neuen Ländern Rechnung getragen werden. Für die Initiative sollen die Tarifvertragsparteien gewonnen werden, in deren Verantwortlichkeit die Vereinbarung investiver Lohnbestandteile und die Schaffung tarifvertraglicher Öffnungsklauseln für Betriebsvereinbarungen über Investivlöhne liegt. Deren Zulässigkeit soll durch Gesetz klargestellt werden. Zur Erleichterung entsprechender tarifvertraglicher Vereinbarungen soll eine Förderung nach dem Vermögensbildungsgesetz auch dann gewährleistet sein, wenn die Anlage auf den Erwerb von Produktivkapitalbeteiligungen vertraglich beschränkt wird. Die individuelle Entscheidungsfreiheit der Arbeit-

nehmer über die Form der Anlage in Produktivkapital muß erhalten bleiben.

30. Personalzusatzkosten als wesentlicher Teil der betrieblichen Personalkosten haben – auch im internationalen Vergleich – einen hohen Stand erreicht. Eine Begrenzung muß primär über Einsparungen erfolgen. Tarifpartner, Betriebspartner, Sozialversicherungsträger und der Staat sind hier gemeinsam in der Verantwortung. Die Beitragssätze zur Sozialversicherung sollen stabilisiert und wo möglich gesenkt werden.

31. Größere Anforderungen werden vor allem an die tariflichen Rahmenbedingungen für die **Arbeitszeitgestaltung** gestellt. Moderne und flexible Arbeitsorganisation sowie Arbeitszeitgestaltung sind wichtige Elemente im internationalen Standortwettbewerb (vgl. Ziffer 73).

4. Mit klarer Stabilitätsorientierung die Verlässlichkeit der Geldpolitik unterstreichen

32. Die Sicherung der **Geldwertstabilität** ist für die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung **von grundlegender Bedeutung**. Die Politik der Deutschen Bundesbank ist auf diese Zielsetzung ausgerichtet. Der Preisauftrieb, der sich nach der Wiedervereinigung vorübergehend erhöhte, hat sich im vergangenen Jahr wieder verlangsamt (vgl. Ziffer 5). Hierzu hat die mittelfristig orientierte Geldmengenzpolitik der Deutschen Bundesbank erheblich beigetragen. Die besonders Anfang des vergangenen Jahres deutlich über den Zielpfad hinausgegangene Entwicklung der Geldmenge konnte in der zweiten Hälfte des Jahres 1994 wieder in den von der Deutschen Bundesbank für die Geldmengenentwicklung 1994 festgesetzten Zielkorridor von 4 bis 6 % zurückgeführt werden. Im vierten Quartal lag die Geldmenge M 3 um 5,7 % über dem Durchschnittswert des vierten Quartals 1993.

Die Bundesregierung begrüßt, daß die Deutsche Bundesbank auch für das Jahr 1995 ein Geldmengenziel verkündet hat. Diesem kommt eine wichtige Signalfunktion zu. Vor allem die öffentliche Hand und die Tarifvertragsparteien sind aufgerufen, sich auf die Vorgabe des monetären Spielraums einzustellen. Der für 1995 angestrebte **Korridor der Geldmengenentwicklung von 4 bis 6 % trägt dem Stabilitätsanforderung angemessene Rechnung** und gewährleistet zugleich ausreichend Liquidität für das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr. Damit schafft die Bundesbank eine wichtige Voraussetzung für einen anhaltenden, spannungsfreien konjunkturellen Aufschwung in Deutschland.

II. Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven durch eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik verbessern

33. Die *deutsche Wirtschaft* steht vor Entwicklungen und Herausforderungen, die erhebliche wirtschaftliche Strukturveränderungen erfordern, wenn die Unternehmen im internationalen Wettbewerb

weiterhin mithalten und die Arbeitnehmer hohe Löhne verdienen wollen. Niemand vermag verlässlich zu sagen, welche Produkte und Produktionsverfahren, welche Branchen und Unternehmen, welche Arbeitnehmer und beruflichen Qualifikationen und welche Standorte und Regionen vom Strukturwandel besonders betroffen sein werden.

Gerade in Zeiten struktureller Umbrüche und hoher Unsicherheit erwarten viele vom Staat, er solle durch Interventionen strukturlenkend tätig sein. Solche Forderungen sind kurzfristig und verfehlt. Erfahrungen zeigen, daß staatliche Strukturvorgaben das Risiko von privaten Fehlinvestitionen erheblich erhöhen und nur zu oft in einer Subventionsspirale mit enormen gesamtwirtschaftlichen Kosten münden (Ziffer 381 JG, Ziffern 414 ff JG 93/94).

Strukturpolitik muß marktwirtschaftlichen Grundsätzen folgen. Sie muß die Suchprozesse den Marktteilnehmern im Wettbewerb überlassen sowie auf deren Kenntnisse, Leistungswillen und Risikobereitschaft vertrauen. Die Politik hat den Rahmen so zu setzen, daß die Unternehmen aus eigener Kraft wettbewerbsfähig werden und bleiben. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Eine **marktwirtschaftliche Strukturpolitik** muß vor allem ansetzen bei Privatisierung und Deregulierung, bei der Sicherung des Wettbewerbs, der Qualität von Bildung und Forschung und der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. Soweit erforderlich, muß der Strukturwandel durch arbeitsmarkt-, sozial- und regionalpolitische Maßnahmen begleitet werden.

Dem Sachverständigenrat ist zuzustimmen: „Eine Politik, die sich auf Stärkung der Marktkräfte richtet und dadurch auf lange Sicht Bedingungen für stetiges und angemessenes Wachstum schafft, ist in der Öffentlichkeit nicht einfach zu vertreten und muß sich gegen vielfältige Widerstände durchsetzen können“ (Ziffer 51* JG). Marktwirtschaftliche Strukturpolitik kann nicht bequem sein und den Betroffenen die Anstrengungen der eigenverantwortlichen Strukturanpassung abnehmen. Es kommt vielmehr auf einen leistungsfördernden Gesamtrahmen für privates Wirtschaften an, um so eine anhaltende dynamische Entwicklung bei Beschäftigung und Wachstum zu erreichen. Dies erfordert auch, daß staatliche Strukturpolitik den Unternehmen nicht die Nutzung der Chancen verbaut, die sich ihnen bei rechtzeitigem Handeln an den Märkten bieten. Dialoge zwischen den Beteiligten sind hilfreich, um neue Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und auf sie zu reagieren; sie sollen daher u. a. mit der Industrie intensiviert werden. Sie dürfen aber nicht Zuständigkeiten und Verantwortungen verwischen und den Wettbewerb beeinträchtigen (vgl. Ziffer 381 JG).

1. Die erfolgreiche Politik des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Ländern mittelfristig fortführen

34. Der wirtschaftliche Aufbau in den *neuen Ländern* kommt trotz aller Schwierigkeiten voran. Der Wachstumsprozeß hat deutlich an Breite und Schwung gewonnen. Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt wieder zu. Die neuen Länder sind heute die

wirtschaftlich dynamischste Region in Europa (vgl. Ziffer 1).

Der Aufwärtstrend erfolgt aber insbesondere in der Industrie von niedrigem Niveau aus; dafür aber im Gegensatz zu früher mit wettbewerbsfähigen Unternehmen und modernen, absatzfähigen Produkten. Die positive wirtschaftliche Entwicklung wird nach wie vor zu einem erheblichen Teil von öffentlichen Transfers getragen. Die wirtschaftliche Situation vieler Unternehmen vor allem im industriellen Mittelstand ist noch schwierig. Angesichts der noch immer hohen Arbeitslosigkeit, der nach wie vor erheblichen Lücke zwischen wirtschaftlicher Leistung und Einkommen, der noch schmalen industriellen Basis und weiterhin vorhandener Standortnachteile, vor allem im Infrastrukturbereich, ist eine differenzierte Förderpräferenz zugunsten der neuen Länder weiterhin unverzichtbar.

Die Bundesregierung wird ihr erfolgreiches Konzept für den Aufschwung Ost fortsetzen. Sie hat einen Beauftragten für die neuen Länder ernannt. Notwendig sind weiterhin ein hohes Wachstum und ein Strukturwandel hin zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, der soziale und regionale Aspekte berücksichtigt. Die einzelnen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung werden flexibel an die erreichten Aufbaufortschritte angepaßt. Es wird dem Grundsatz Rechnung getragen, die Förderung unter besonderer Berücksichtigung regionaler und struktureller Gegebenheiten zu straffen, deutlich degressiv zu gestalten und schrittweise zurückzuführen. Die noch notwendigen Hilfen werden verstärkt auf die Industrie, den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes sowie die Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen konzentriert.

Die Bundesregierung wird die zentralen Instrumente der Wirtschaftsförderung bis Ende 1998 wie folgt fortführen:

- Die 5%ige **Investitionszulage** wird angesichts der noch bestehenden Standortnachteile auf Problemgebiete der Industrie konzentriert und für das Verarbeitende Gewerbe bis Ende 1998 verlängert. Die 10%ige Investitionszulage für das mittelständische Verarbeitende Gewerbe und das Handwerk wird bis Ende 1998 verlängert. Beide Bereiche sind eine wichtige Basis für eine langfristige wettbewerbsfähige Produktion. Im Gesetzgebungsverfahren wird geprüft, ob für den mittelständischen Handel steuerlich praktikable Abgrenzungskriterien gefunden werden können, die seine Aufnahme in die 10%ige Investitionszulage möglich machen.
- Die Sonderabschreibungsmöglichkeiten für betriebliche Anlagegüter, für selbstgenutzte gewerbliche Bauten im Verarbeitenden Gewerbe sowie für Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden werden bis Ende 1998 unverändert verlängert. Für gewerbliche Bauten in anderen Bereichen werden die Sonderabschreibungen in reduzierter Form verlängert. Die Sonderabschreibungen für den Wohnungsneubau, die Ende 1996 ausgelaufen wären, werden auf niedrigerem Niveau fortgeführt.

- Die Erhebung der **Vermögenssteuer** wird bis Ende 1998 ausgesetzt.
- Die **Gewerkekapitalsteuer** soll ab 1996 in ganz Deutschland abgeschafft werden, so daß in Zukunft für die neuen Länder keine Sonderregelung mehr erforderlich ist.
- Zur Verbesserung der Liquiditätssituation mittelständischer Unternehmen wird die Umsatzgrenze, bis zu der Unternehmen ihre Umsatzsteuer erst dann abführen müssen, wenn sie das Entgelt hierfür tatsächlich vereinnahmt haben, in den neuen Ländern von 250 000 DM auf mindestens 500 000 DM erhöht.
- Die Fördermöglichkeiten der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**, die durch Mittel der EU-Strukturfonds ergänzt werden, werden auch in dieser Legislaturperiode fortgesetzt. Die Bundesregierung wird zusammen mit den Ländern eine noch stärkere Konzentration des Förderinstrumentariums auf die wesentlichen Problemfelder und Problemregionen vornehmen.
- Das **Eigenkapitalhilfe-Programm** wird um drei Jahre bis Ende 1998 verlängert.
- Die **ERP-Darlehensmöglichkeiten** für Unternehmen in den neuen Ländern werden wie geplant fortgeführt.

Für die Verbesserung der Eigenkapitalbasis mittelständischer Unternehmen wird die Bundesregierung zusätzlich die gesetzlichen Grundlagen für zwei Instrumente schaffen:

- **Verkaufserlöse von Beteiligungen werden dann steuerfrei gestellt**, wenn diese Erlöse umgehend in Beteiligungen bzw. beteiligungsähnliche Darlehen an mittelständische Unternehmen in die neuen Länder fließen. § 6 b Einkommensteuergesetz wird entsprechend erweitert.
- **Langfristiges Beteiligungskapital** wird bis zu einem jährlichen Gesamtplafond von 500 Mio. DM gefördert. Dieses Kapital wird mittelständischen Unternehmen in den neuen Ländern für Beteiligungen oder beteiligungsähnliche Darlehen günstig zur Verfügung gestellt. Der Anleger erhält – wie beim früheren § 16 Berlinfördergesetz – die Möglichkeit, einen Teil des Anlagebetrages von seiner Steuerschuld abzuziehen.

2. Auf den Leistungen der Treuhandanstalt aufbauen

35. Die Treuhandanstalt hat bis zum Jahresende 1994 den ihr übertragenen **Auftrag**, „die früheren volkseigenen Betriebe wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren“, **erfolgreich durchgeführt**. Die Bundesregierung ist wie der Sachverständigenrat der Auffassung, daß die Treuhandanstalt „eine große positive Leistung im Transformationsprozeß“ (Ziffer 280 JG) von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft erbracht hat. Sie hat nicht zuletzt maßgeblich zum Aufbau eines eigenständigen Mittelstandes in den neuen Ländern beigetragen. Die bisherigen Mittelstandsmaßnahmen

Übersicht 1

Privatisierungsergebnisse der Treuhandanstalt (Stand: 31. Dezember 1994)	
Privatisierungserlöse	ca. 65 Mrd. DM
zugesagte Arbeitsplätze	ca. 1,5 Mio.
zugesagte Investitionen	ca. 207 Mrd. DM

Abbau des THA-Unternehmensbestandes (Stand: 31. Dezember 1994)	
Ausgangsbestand (nach Aufspaltung und Ausgliederung)	12 356
• Privatisierung	6 546 ¹⁾
• Reprivatisierung	1 588 ²⁾
• Kommunalisierung	265
• Liquidation	3 718
Restbestand	192
noch zur Privatisierung angeboten	65

¹⁾ zuzüglich der Veräußerung von mehr als 7 600 Unternehmensteilen und 25 030 nicht im Ausgangsbestand der THA enthaltenen sog. „kleinen Privatisierungsfällen“ (insbesondere Einzelhandel und Gaststätten) sind durch die Arbeit der THA nahezu 40 000 private Unternehmen entstanden

²⁾ zuzüglich der 2 670 an die Altelgentümer zurückgegebenen Betriebsteile sind 4 300 Unternehmensreprivatisierungen erfolgt

der Treuhandanstalt sollen auch in Zukunft weiter fortgeführt werden.

Über die Privatisierung der Unternehmen (s. Übersicht 1) konnte die Treuhandanstalt Zusagen der neuen Eigentümer über mehr als 207 Mrd. DM an Investitionen und für 1,5 Mio. Arbeitsplätze erzielen. Die Überprüfung für das Jahr 1993 durch das Vertragsmanagement der Treuhandanstalt hat gezeigt, daß die Zusagen für Investitionen um mehr als 23 % und die für Arbeitsplätze um mehr als 18 % durch die Investoren übertroffen wurden. Diese positive Entwicklung dürfte sich auch 1994 fortgesetzt haben.

Insgesamt hat die Treuhandanstalt einen bedeutsamen Beitrag zur Sicherung und Erneuerung der ost-deutschen Industriestruktur geleistet.

36. Die verbliebenen **Aufgaben** sowie die von der Treuhandanstalt übernommenen Verpflichtungen und eingeleiteten Maßnahmen werden auf der Grundlage des Treuhandgesetzes in vollem Umfang durch **verschiedene Nachfolgeeinrichtungen fortgeführt**. Der öffentliche Aufgabenbereich wird durch die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben wahrgenommen. Die Anteile der wenigen verbliebenen Treuhandunternehmen sind der neu gegründeten BMGB Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin mbH übertragen worden. Die Liegenschaften der Treuhandanstalt bzw. ihrer Tochterunternehmen befinden sich – soweit sie nicht land-

und forstwirtschaftlichen Zwecken dienen – im Eigentum der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft mbH.

Die Privatisierung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen und der Bauböden wird von der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH fortgeführt. Die Finanzierung der Nachfolgeorganisationen der Treuhandanstalt erfolgt aus dem Bundeshaushalt.

37. Für die künftige Arbeit der Treuhandanstalt-Nachfolgeorganisationen setzt die Bundesregierung folgende Schwerpunkte:

- Die von der Treuhandanstalt übernommenen Unternehmen werden durch die BMGB möglichst rasch saniert und privatisiert. Die Unternehmen, für die auch in einem absehbaren Zeitraum keine realistischen Chancen für eine Privatisierung oder Sanierung erkennbar sind, können nicht auf Dauer erhalten bleiben. Der Sachverständigenrat hat eindringlich davor gewarnt, „unter dem Schutz des Staates schwache Unternehmen, die ohne Subventionen keinen Bestand hätten, auf Dauer künstlich am Leben zu erhalten“ (Ziffer 281 JG). Das sollte auch für Unternehmen gelten, die von den Ländern übernommen wurden.
- Das Vertragsmanagement wird auch künftig die Möglichkeit zur flexiblen Reaktion auf die Besonderheiten des einzelnen (Re-)Privatisierungsfalles haben. Die Bundesregierung wird für das Vertragsmanagement sicherstellen, daß der zur Erfüllung des Auftrags der Treuhandanstalt erforderliche Entscheidungsspielraum besteht. Insbesondere werden MBO-Unternehmen, vor allem die des verarbeitenden Gewerbes, wie bisher die notwendige Unterstützung bekommen.

Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet der Ende 1994 aufgelegte Konsolidierungsfonds in Höhe von 500 Mio. DM, den die Länder um 250 Mio. DM aus eigenen Mitteln aufstocken.

- Reprivatisierte Unternehmen werden auch künftig die Hilfen erfahren, die bisher bei hoher Altschuldenbelastung und zur Gleichstellung mit Privatisierten gewährt worden sind.
- Bei Betrieben, die sich in der Abwicklung befinden, aber noch über ein entwicklungsfähiges unternehmerisches Potential verfügen, wird die Entstehung neuer Unternehmen aus der Abwicklung heraus angestrebt.

Es kommt jetzt darauf an, daß die Nachfolgeorganisationen der Treuhandanstalt ihren Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder leisten, indem sie die noch bestehenden vielfältigen Aufgaben zügig und wirtschaftlich zu Ende führen.

3. Durch Privatisierung Wachstumskräfte mobilisieren

38. Privatisierung von staatlichen Beteiligungen und Leistungen erschließt Bürgern und Unternehmen neue Betätigungsfelder, trägt durch mehr Eigenverantwortlichkeit und verstärkten Wettbewerb zu niedrigeren Kosten und höherer Qualität der Lei-

stung bei. Die Bundesregierung kann eine **erfolgreiche Privatisierungsbilanz** vorweisen. Seit 1982 ist die Zahl der Beteiligungen des Bundes und seiner Sondervermögen von 958 um über die Hälfte auf gegenwärtig unter 400 zurückgeführt worden. Der Privatisierungserlös für diesen Zeitraum lag bei 12,5 Mrd. DM. Mit den bisher größten Reformvorhaben Deutsche Bundespost (vgl. Ziffer 59) und Deutsche Bahn (vgl. Ziffer 68) hat die Bundesregierung wegweisende Privatisierungsentscheidungen vorbereitet und teilweise bereits umgesetzt. Der Weg einer konsequenten Privatisierung von Unternehmen im Bundesbesitz wird fortgesetzt (vgl. Übersicht 2).

Ein wichtiger Bestandteil der Privatisierungspolitik des Bundes ist der **Abbau des umfangreichen Liegenschaftsbesitzes** insbesondere in den **neuen Ländern**. Die Veräußerung dieser Liegenschaften konnte im vergangenen Jahr beschleunigt werden. Auch künftig wird die Bundesregierung über die Grundstücksverwertung berichten.

Alle **Aufgabenbereiche der Bundesverwaltung** sind dahin gehend zu überprüfen, ob und inwieweit sie nicht ebenso gut oder besser durch die Einschaltung Privater erledigt werden können. Die Bundesverwaltung muß von Leistungen, die sie nicht notwendig selbst wahrnehmen muß, entlastet werden. Die Verwaltungstätigkeit ist zu straffen und auf eine stärkere Projektorientierung auszurichten. Hierarchien und Entscheidungsebenen in der Bundesverwaltung sind

Übersicht 2

Privatisierungsvorhaben des Bundes

Eine kurzfristige Privatisierung bzw. Verringerung bestehender Beteiligungen ist nach dem Stand der Vorbereitungen bei folgenden Unternehmen beabsichtigt:

Deutsche Telekom AG
Deutsche Lufthansa AG
Neckar AG
Autobahn Tank & Rast AG,
(vormals: Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH)
Deutsche Außenhandelsbank AG
GBB – Genossenschafts-Holding Berlin/DG Bank – Deutsche Genossenschaftsbank
DFA Fertigungs- und Anlagenbau GmbH
Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH
Gesellschaft für Lagereibetriebe mbH
Heimbetriebsgesellschaft mbH
Mon Repos Erholungsheim Davos AG
Wohnungsbaubeteiligungen
DVG Deutsche Vertriebsgesellschaft

Mittelfristige Privatisierungslösungen werden darüber hinaus u. a. angestrebt bei

Deutsche Postbank AG, Deutsche Post AG,
Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL Bank), Flughafen- und Hafengesellschaften, Ostthannoversche Eisenbahnen AG, Bundesdruckerei GmbH.

zu reduzieren bzw. abzuflachen. Dabei soll auch eine intensivere Beteiligung der Beschäftigten an den Arbeitsprozessen u. a. durch Teamarbeit erreicht werden. Die Maßnahmen müssen begleitet werden von einer stärker zielorientierten Führung der Beschäftigten verbunden mit einer Stärkung ihrer Eigenverantwortlichkeit.

39. Der weitaus größere Teil der Privatisierungsmöglichkeiten liegt bei den Ländern und Gemeinden. Vor allem Aufgaben in den Bereichen Umweltinfrastruktur, Vermessungs- und Sachverständigenwesen, Bauplanung und öffentliche Bauverwaltung, technische Überwachung sowie im Verkehrsbereich sollten soweit wie möglich an private Unternehmen und Freie Berufe übertragen werden. Verstärkte Privatisierungsanstrengungen und ein Wirtschaftlichkeitsvergleich im wettbewerblichen Verfahren unter Einbeziehung Privater sind daher anzustreben. Die Bundesregierung wird deshalb zusammen mit den Ländern prüfen, ob eine Ergänzung des Haushaltsgrundsatzgesetzes, entsprechend der neuen Regelung in der Bundeshaushaltsordnung, wieder eingebracht werden soll. Der Bund wird den Kommunen auch in Zukunft durch Beratung, Leitfäden und Musterverträge helfen.

Die Länder sollten in ihre Kommunalordnungen und in die einzelnen Landesumweltgesetze privatisierungsfreundlichere Bestimmungen aufnehmen. Noch bestehende Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten privater Unternehmen, insbesondere in den Förderprogrammen der Länder, sind zu beseitigen. Mit der gleichen Zielrichtung wird die Bundesregierung im Jahressteuergesetz 1996 eine Anpassung der einschlägigen Bestimmungen zur steuerlichen Gleichstellung privater und öffentlicher Betreiber im Bereich der kommunalen Infrastruktur vorschlagen.

4. Durch Deregulierung Freiräume für Kreativität und Eigeninitiative eröffnen

40. Das bestehende Netz staatlicher Regulierungen engt immer noch zu sehr den Spielraum für private Initiative und unternehmerische Kreativität ein und belastet Bürger und Unternehmen mit vermeidbaren Kosten. Die *deutsche Wirtschaft* wird im internationalen Wettbewerb nur mithalten, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen verbessert werden. Die Bundesregierung wird daher ihre Politik der **Rechts- und Verwaltungsvereinfachung** in allen Bereichen fortsetzen und dabei die Rechte Dritter und den Schutz der Allgemeinheit, z. B. der Umwelt, beachten. Die unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes hat zum Jahresende 1994 einen ersten Bericht mit Empfehlungen zur Entlastung der Unternehmen, Bürger und Verwaltungen von administrativen Pflichten vorgelegt. Auf dem Prüfstand standen insbesondere die den Unternehmen und Bürgern zur Durchführung der Gesetze und Verordnungen auferlegten Pflichten, die der Kommission als Ergebnis eines öffentlichen Aufrufs als überflüssig, zu kompliziert oder zu aufwendig benannt wurden. Die Bundesregierung beabsichtigt, Empfehlungen der Kommission im Rahmen anstehender Gesetzesnovellierungen umzusetzen.

Ein wichtiger Aspekt ist die **Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren**. Der Industrie muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre Anlagen, Produkte und Dienstleistungen möglichst rasch den jeweils veränderten technischen und wirtschaftlichen Anforderungen anzupassen. Jede Verbesserung in diesem Bereich erleichtert es den Unternehmen, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die von der Bundesregierung eingesetzte unabhängige Expertenkommission zur Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren hat im Dezember 1994 ihren Bericht mit konkreten und wichtigen Vorschlägen zur Umgestaltung z.B. des Verwaltungsverfahrensrechts, zum Immissionsschutz, zum Baurecht und zur Verkürzung verwaltungsgerichtlicher Verfahren vorgelegt. Zur Vorbereitung einer zügigen Umsetzung dieser Empfehlungen wird eine Arbeitsgruppe der Ressorts und Koalitionsfraktionen gebildet. Ergebnisse werden im Sommer 1995 erwartet.

Die Bundesregierung hält an ihrer im Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland vom 3. September 1993 geäußerten Absicht fest, das Ladenschlußgesetz im Lichte der Erfahrung mit dem Dienstleistungsabend in Deutschland und der Praxis in anderen Ländern zu überprüfen. Die Bundesregierung hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, das alle wichtigen Aspekte im Zusammenhang mit einer Änderung der Ladenschlußregelung untersuchen soll. Das Gutachten zum Ladenschluß wird im Laufe des Jahres 1995 vorliegen. Die Bundesregierung wird das Gutachten auswerten und nach Gesprächen mit den Beteiligten prüfen, ob Änderungen in Betracht kommen.

41. Auch auf europäischer Ebene setzt sich die Bundesregierung für eine kritische Durchforstung der Vorschriften ein. Auf ihre Anregung hat der Europäische Rat die Einsetzung einer **europäischen Expertengruppe** zur Deregulierung beschlossen. Sie soll den Stand der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften prüfen, um festzustellen, inwiefern diese – durch zu starke oder lückenhafte Reglementierung – die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit effektiv behindern. Die Arbeitsgruppe wird im Sommer 1995 ihren Abschlußbericht vorlegen. Er wird konkrete Vorschläge enthalten, wie in der Europäischen Union Vorschriften z. B. zum Umweltrecht, zur Beschäftigung, zur Lebensmittelhygiene sowie zu technischen Standards gelockert und vereinfacht werden können.

5. Verstärkt auf die Antriebskräfte des Wettbewerbs setzen

42. Ziel der Wettbewerbspolitik ist es, Märkte offen zu halten und dafür zu sorgen, daß sich wirtschaftliche Strukturen im Wettbewerb herausbilden können, die im Markt Bestand haben. Dies gilt national wie international.

Zunächst werden zur Verstärkung des Wettbewerbs für die leitungsgebundenen Energien Strom und Gas das **Energiewirtschaftsgesetz** und das **Energiekartellrecht** im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschrän-

kungen novelliert (vgl. Ziffer 86). Darüber hinaus soll das **Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen** in seiner Gesamtheit an das europäische Wettbewerbsrecht angepaßt werden, sobald dessen Ausformung in wichtigen Bereichen zum Abschluß gekommen ist. Dies bedeutet insbesondere eine Überprüfung auch der anderen, nicht dem europäischen Recht entsprechenden Ausnahmereiche (u. a. Verkehr, Banken und Versicherungen).

In einem größeren Europa, dessen Märkte rasch zusammenwachsen, wird die EU-Kommission zunehmend nicht mehr in der Lage sein, den Anforderungen eines **wirksamen Vollzugs der Wettbewerbsregeln** zu entsprechen. Nach Auffassung der Bundesregierung kann das Wettbewerbsprinzip in Europa auf Dauer nur auf der Basis einer neuen Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission, ausgerichtet an den Grundsätzen der Dezentralität, Subsidiarität und Bürgernähe gesichert werden. Fälle von erheblichem Gemeinschaftsinteresse sollten auf Gemeinschaftsebene entschieden werden. In allen anderen Fällen sollte diejenige nationale Kartellbehörde handeln, auf deren Gebiet der Schwerpunkt des Kartellverstoßes liegt. Die Bundesregierung wird sich daher dafür einsetzen, die Kompetenzen der Mitgliedstaaten zur Durchsetzung von EG-Wettbewerbsrecht auszubauen. Zur Stärkung des Vollzugs auf der Ebene der Gemeinschaft wird die Bundesregierung in der für 1996 vorgesehenen Regierungskonferenz die **Errichtung eines Europäischen Kartellamtes** vorschlagen. Es sollte sowohl für den Vollzug der Wettbewerbsregeln zum Verbot wettbewerbshindernder Vereinbarungen oder Beschlüsse (Art. 85 EGV) und zum Mißbrauch einer den Markt beherrschenden Stellung (Art. 86 EGV) als auch für die Fusionskontrolle zuständig sein. Dadurch würde die Effizienz der Wettbewerbskontrolle erhöht, die Entscheidungspraxis transparenter gemacht und das Risiko wettbewerbsfremder Einflüsse verringert.

43. Kreditinstitute erfüllen in einer modernen Volkswirtschaft wichtige Funktionen. Das System der Universalbanken hat sich in Deutschland bewährt. Jedoch wirft die Kumulation von **Einflußmöglichkeiten der Kreditinstitute** durch Beteiligungsbesitz, Aufsichtsratsmandate und Vollmachtsstimmrechte neben der Funktion als Kreditgeber Fragen auf, die besonderer wettbewerbs- und ordnungspolitischer Aufmerksamkeit bedürfen. Zur Stärkung des Wettbewerbs sind die Kontrollen der Unternehmensleitungen durch die Aufsichtsräte effektiver zu gestalten. Hierfür prüft die Bundesregierung unter anderem eine stärkere Beschränkung der Zahl der von einer Person wahrgenommenen Aufsichtsratsmandate ggf. unter besonderer Berücksichtigung des Aufsichtsratsvorsitzes. Die personellen Verflechtungen zwischen verschiedenen Unternehmen sollen transparenter gemacht werden. Außerdem wird erwogen, die gleichzeitige Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten bei konkurrierenden Unternehmen gesellschafts- und/oder kartellrechtlich zu beschränken. Die Begrenzung dauerhafter Beteiligungen von Kreditinstituten an Unternehmen außerhalb des Finanzdienstleistungssektors sowie die Ausgestaltung des Vollmachtsstimmrechts werden geprüft.

Wesentlich ist auch die **Effizienz der Wirtschaftsprüfung**. Daher werden die entsprechenden Bestimmungen des Handels- und Gesellschafts- sowie des Wirtschaftsprüferrechtes insbesondere daraufhin untersucht, wie die Qualität der Prüfung und des Prüfer-testats, die Unabhängigkeit der Prüfer, ihre Haftung sowie ihre rechtlichen Beziehungen zum Aufsichtsrat verbessert werden können. Geprüft wird ferner, ob ein verbindlicher Wechsel der Wirtschaftsprüfer vorgeschrieben werden soll.

44. Wettbewerbspolitik dient den Verbrauchern; intensiver Wettbewerb sorgt für sinkende Kosten und Preise sowie höhere Qualität der Güter und Leistungen. Gleichzeitig ist **Verbraucheraufklärung** wettbewerbspolitisch bedeutsam, weil durch sie die Rolle der Verbraucher gestärkt und mehr Markttransparenz hergestellt wird. Die Bundesregierung leistet hierzu durch die finanzielle Unterstützung der in Deutschland tätigen Verbraucherorganisationen und der Stiftung Warentest weiterhin einen Beitrag.

Ferner wird die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode die **Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit** in deutsches Recht umsetzen; sie wird dabei alle Möglichkeiten zur Vereinfachung und Vereinheitlichung des bisher zersplitterten Produktsicherheitsrechtes im Interesse der Unternehmen und der Verbraucher nutzen.

6. Mittelstand stärken

45. Verlässliche gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen sind gerade in Zeiten rapiden strukturellen Wandels entscheidende Voraussetzung für den weiteren Erfolg der kleinen und mittleren Unternehmen in Handwerk, Handel, Industrie und sonstigen Dienstleistungen sowie der Freien Berufe. Unternehmensgründungen, die Verbesserung der Entwicklungschancen bestehender Unternehmen sowie Erleichterung bei der Unternehmensnachfolge stärken Wachstum, Wettbewerb, Innovationsfähigkeit und Präsenz auf neuen Märkten. Sie sind zugleich Voraussetzung für einen weiteren substantiellen Beitrag des Mittelstands für mehr Beschäftigung.

Moderne Mittelstandspolitik zielt auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, indem sie Leistungs- und Innovationsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen stärkt. **Mittelstandspolitisch wichtige Weichenstellungen** werden mit der 3. Stufe der Unternehmenssteuerreform, der Deregulierungspolitik auf nationaler und europäischer Ebene (vgl. Ziffern 99 f.), der Politik für die neuen Länder (vgl. Ziffer 34), im Umweltbereich (vgl. Ziffern 93 f.) und im Bildungs- und Weiterbildungssektor (vgl. Ziffern 56 ff.), im Bereich Forschung und Technologie (vgl. Ziffern 53 f.) sowie in der regionalen Wirtschaftspolitik (vgl. Ziffer 83) vorgenommen.

Mit dem **Jahressteuergesetz 1996** wird die Verwirklichung der 3. Stufe der Unternehmenssteuerreform angestrebt. Den kleinen und mittleren Unternehmen kommen insbesondere folgende steuerpolitische Maßnahmen zugute:

- mittelstandsfreundliche Senkung der Gewerbeertragsteuer,
- Erhöhung der Einheitswertgrenze von 240 000 DM auf mindestens 300 000 DM bei Sonderabschreibungen und Ansparabschreibungen nach § 7 g EStG
- weitere Verbesserungen der Regelungen für die Unternehmensnachfolge insbesondere bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer,
- Abbau unnötiger bürokratischer Hemmnisse durch den Übergang zum endgültigen Umsatzsteuersystem nach dem Ursprungslandprinzip in der Europäischen Union möglichst bis Ende 1996 (vgl. Ziffer 99),
- Überprüfung der betrieblichen Vermögensteuer sowie der Erbschaft- und Schenkungssteuer im Zusammenhang mit der bevorstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Besteuerung nach Einheitswerten unter Berücksichtigung der Belange des Mittelstandes.

Ferner wird die Bundesregierung eine **Initiative für mehr Existenzgründungen und unternehmerische Selbständigkeit** ergreifen, hierzu gehören:

- Abbau von Regulierung und Bürokratisierung,
- Verbesserung des Zugangs zum Kapitalmarkt,
- Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation bei kleinen und mittleren Unternehmen,
- Anstöße für die Privatisierung von bisher durch die öffentliche Hand erbrachten Leistungen,
- Fortsetzung der Flankierung der Präsenz mittelständischer Unternehmen auf den globalen Märkten, z. B. durch Messförderung und Auslands-handelskammern.

Die **bewährte Mittelstands- und Existenzgründungsförderung** einschließlich des Eigenkapitalhilfe-Programms und der ERP-Programme werden fortgesetzt. Dazu zählen Maßnahmen in den Bereichen Beratung, berufliche Qualifizierung, Finanzierung und Information. Nach Ansicht des Sachverständigenrates werden die Beschäftigungswirkungen der Existenzgründungsförderung tendenziell überschätzt (Ziffern 440 f. JG). Aus empirischen Untersuchungen für Deutschland ist bekannt, daß der Beschäftigungseffekt der Neugründungen anfangs zwar begrenzt ist, daß diese Unternehmen später aber überproportional zu Beschäftigungsgewinnen beitragen. Auch der Sachverständigenrat erkennt im übrigen den Mangel an Risikokapital als einen Grund für die Förderung von Existenzgründungen an (Ziffer 441 JG; zu dieser Problematik vgl. auch Jahresgutachten 1984/85, Ziffer 150).

Die **Instrumente der Mittelstandsförderung** sind jedoch stärker zusammenzufassen und zu vereinfachen. Hierzu sind eine Bundes- und eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt worden, um konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Transparenz und Konsistenz des Förderinstrumentariums zu entwickeln. Damit soll die Effizienz der teilweise von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Maßnahmen zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfä-

higkeit der Unternehmen sowie zur Stärkung der Bereitschaft zur Existenzgründung weiter erhöht werden. Darüber hinaus hat die Bundesregierung einen Beauftragten für den Mittelstand ernannt.

46. Durch die **Konzentration im Handel**, insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel, ist – wie auch die Monopolkommission feststellt – das Gefährdungspotential für den Wettbewerb zwar gestiegen, der Wettbewerb aber noch nicht beeinträchtigt. Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung des Jahres 1993 sorgfältig auswerten. Sie wird auch die Überprüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Einkaufskooperationen, die die EU-Kommission im Auftrag des Ministerrates durchführt, gerade im Hinblick auf die Bedeutung für kleine und mittlere Unternehmen aufmerksam verfolgen.

Zur Überwindung der noch bestehenden Defizite in der räumlichen Strukturentwicklung des Handels in den neuen Ländern und zur Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte wurde das deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft geschaffen.

47. Am 10. August 1994 ist das **Gesetz für kleine Aktiengesellschaften** und zur Deregulierung des Aktienrechts in Kraft getreten. Damit wird der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zum Kapitalmarkt auf mittlere Sicht erleichtert. Zur Verbesserung der Liquidität soll die 1994 beschlossene Neuregelung der Forderungsabtretung in § 354 a HGB und die in den neuen Ländern geplante Erhöhung der Umsatzgrenze, bis zu der die Mehrwertsteuer erst nach Bezahlung abzuführen ist, beitragen.

Am 1. Juli 1995 tritt das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz in Kraft. Die **Partnerschaftsgesellschaft** eröffnet als neue Personengesellschaft den Freien Berufen erweiterte Kooperationsmöglichkeiten sowohl innerhalb der Berufsgruppen als auch zwischen verschiedenen Freien Berufen und verstärkt so deren Konkurrenzfähigkeit im Binnenmarkt.

In Bereichen, in denen technische Überprüfungen gesetzlich vorgeschrieben sind, sind diese Dienstleistungen bislang behörden- oder monopolartig beliebenen Unternehmen vorbehalten. Die Deregulierungspolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, daß solche Prüfungen künftig auch von jedem **freiberuflichen Sachverständigen** vorgenommen werden können, der bestimmten Qualitätsanforderungen entspricht und einer Prüfororganisation angehört.

48. Auf Initiative der Bundesregierung und unter Würdigung der Ergebnisse der 2. europäischen Konferenz für das Handwerk und die kleinen Unternehmen in Berlin haben die Industrie- und Wirtschaftsminister der **Europäischen Union** beschlossen, die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen weiter zu verbessern. Dabei geht es insbesondere um Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung, den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Instrumente der Mittelstandsförderung sowie eine bessere Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen in wichtigen gemeinschaftlichen Politikbereichen wie Forschung, Entwicklung und Bildung.

7. Durch Forschung, Technologie und Innovation Beschäftigung erhöhen

49. Zur Bewältigung des Strukturwandels und zur Sicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in der deutschen Wirtschaft ist eine hohe Investitions- und Innovationsdynamik erforderlich. Nur wenn die Arbeitskräfte hoch qualifiziert sind, genügend Sachkapital und eine leistungsfähige Technologie zur Verfügung stehen, können die Unternehmen die Kostennachteile des Hochlohnstandorts Deutschland kompensieren und neue Produktfelder und Märkte erschließen (Ziffern 277 und 378 JG).

Die im Wachstumsprozeß geforderten **innovativen Leistungen** sind vorrangig in den Unternehmen zu erbringen. Aber auch die Politik ist gefordert. Durch einen im Vergleich zum Gesamthaushalt überproportionalen Anstieg der Ausgaben für Forschung und Technologie trägt die Bundesregierung dem Rechnung. Sie unterstützt neben der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Weiterentwicklung der innovationsfördernden Infrastruktur und Steigerung der Innovationsbereitschaft sowie eine schnellere marktwirksame Umsetzung technologischer Entwicklungen.

50. Einen Beitrag zur Stärkung der Innovationsdynamik soll der **Technologie- und Innovationsdialog** zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Staat leisten. Bei dem Gespräch mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften zur Zukunftssicherung des Standortes *Deutschland* und für mehr Beschäftigung am 25. Januar 1995 (vgl. Ziffer 11) wurde u. a. Übereinstimmung über folgende Punkte zur Erleichterung des Innovationsprozesses und zur Vermeidung unnötiger Friktionen erzielt:

- Es sollen beim Bundesminister für Wirtschaft weitere branchenbezogene Dialoge aufgenommen werden.
- Verbessert werden soll die Zusammenarbeit mit dem Ziel, den Wettbewerb zu stärken, Innovations- und Investitionshemmnisse in Gesetzen, Verordnungen sowie in der Verwaltungspraxis frühzeitig zu erkennen und Fehlentwicklungen und Bürokratisierung zu vermeiden. Die hierauf gerichteten Bemühungen werden von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften nachdrücklich unterstützt.
- Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften werden bei Unternehmensleitungen und Betriebsräten dafür werben, aktiv an den Tagen der Forschung der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie an der Initiative zur Verbesserung des Innovationsklimas von BDI und DIHT mitzuwirken. Die Bundesregierung sagte ebenfalls ihre Unterstützung zu.

51. Die Förderung der **Grundlagenforschung** auf hohem Niveau bleibt ein Schwerpunkt staatlicher Aktivität. Über eine engere Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft muß der erreichte hohe Leistungsstand schneller in marktgängige Produkte umgesetzt werden. Um eine breitenwirksame und rasche **Umsetzung neuer Technologien** zu unterstützen, werden erfolgreiche Förderprogramme und

-projekte fortgesetzt und Anreize für eine verstärkte Forschungs- und Entwicklungstätigkeit gegeben. Bei den „Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts“ konzentriert sich die Förderung auf grundlagennahe Themen, die vorwettbewerblichen Charakter haben und deren Bedeutung weit über einzelne Sektoren hinausgeht. Eine aktuelle Darstellung ihrer Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung wird die Bundesregierung mit dem nächsten Faktenbericht Forschung vorlegen.

52. Die Position der deutschen Wirtschaft im technologischen Wettbewerb basiert ganz wesentlich auf **innovativen mittelständischen Unternehmen**. Sie sind in erheblichem Umfang an den deutschen Ausfuhren beteiligt und decken als Entwickler und Lieferant technischer Komponenten wichtige Zulieferstrukturen ab, fördern die Breitenwirkung neuer Technologien und erhöhen aufgrund ihrer Flexibilität die Reaktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Bundesregierung stärkt Forschung, Entwicklung und Innovation in den kleinen und mittleren Unternehmen insbesondere durch Zugangserleichterungen zu den technologischen Fachprogrammen, durch Maßnahmen in den Bereichen Forschungskoope-ration, Fachinformation und des Technologietransfers sowie durch die verstärkte Nutzung der Verbundforschung. Im Rahmen der industriellen Gemeinschaftsforschung werden die Innovationspotentiale zahlreicher Wirtschaftszweige, ohne staatliche Selektion einzelner technologischer Entwicklungen, gefördert. Die Bundesregierung unterstützt technologieorientierte Unternehmensgründungen und – durch ein neues bundesweites Programm – die Bereitstellung von Beteiligungskapital für technologieorientierte Unternehmen.

In den *neuen Ländern* kommt dem Erhalt und dem Ausbau leistungsfähiger Forschungs- und Entwicklungskapazitäten eine herausragende Rolle für das Entstehen wettbewerbsfähiger und dynamischer Wirtschaftsstrukturen zu. Hier sind insbesondere die neuen Länder gefordert. Für eine Übergangszeit wird die Bundesregierung die wirtschaftliche Umstrukturierung, insbesondere auch die Erneuerung der Produktpalette, durch Maßnahmen zur Unterstützung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im notwendigen Umfang fördern.

Letztlich ist es Ziel der Förderpolitik, daß die Unternehmen auf mittlere Sicht die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Wirtschaft in notwendigem Umfang selbst vorhalten und aus eigener Kraft finanzieren. Sobald die Voraussetzungen hierfür geschaffen sind, kann die Förderung von Forschung und Entwicklung der Wirtschaft der neuen Länder auf das Maß zurückgeführt werden, wie es für eine entwickelte Volkswirtschaft üblich ist.

53. Die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen erfordert auch bei Forschung und Entwicklung eine **grenzüberschreitende Zusammenarbeit**. Die Bundesregierung räumt deshalb der Umsetzung der spezifischen Programme des vierten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung der Europäischen Union hohes Gewicht ein. Dabei findet insbesondere die europaweite Zusammenarbeit von

kleinen und mittleren Unternehmen stärkere Berücksichtigung. Mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, den USA, den Ländern des asiatisch-pazifischen Raums und den Ländern Lateinamerikas soll die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit ausgebaut werden. Dazu wird z. B. der Austausch von Wissenschaftlern gefördert; darüber hinaus kommt es auch darauf an, daß sich die Wirtschaft stärker für die Zusammenarbeit in der angewandten Forschung engagiert.

54. Die Bundesregierung beteiligt sich an der Vorbereitung der Weltausstellung **EXPO 2000 in Hannover**. Sie sieht die Weltausstellung als Chance für die deutsche Wirtschaft, zukunftsweisende Lösungen zum Leitthema „Mensch – Natur – Technik“ zu präsentieren. Die Wirtschaft kann zeigen, daß sie durch Spitzenleistungen, z. B. in der Umwelttechnik, Mikroelektronik und Medizintechnik oder in der Kommunikations- und Informationstechnik, für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet ist. Insbesondere im gemeinsam von Veranstalter und Teilnehmern zu gestaltenden Themenpark der Weltausstellung kann aufgezeigt werden, wie Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen und Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung umzusetzen sind. Die Bundesregierung sieht darin auch eine Möglichkeit, die Menschen mit den neuen Technologien und ihrer wirtschaftlichen sowie sozialen Bedeutung vertraut zu machen, kreative Kräfte in Wissenschaft und Gesellschaft frei zu setzen und damit insgesamt die Technologieakzeptanz zu erhöhen.

8. Bildung und Ausbildung entschlossen modernisieren

55. Eine zukunftsgerichtete Berufsbildungspolitik muß mit der schnellen Entwicklung des Wissens und der Fertigkeiten in einer sich rasch verändernden Berufswelt Schritt halten. Dies stellt hohe Anforderungen an die Aktualität der Inhalte und Ausbildungsmittel, an die Qualifikation des Berufsbildungspersonals sowie die Qualität der Lehr- und Lernmethoden. Daher muß das Verfahren zur **Neuordnung von Ausbildungsberufen** beschleunigt und flexibler gestaltet werden. Die Bundesregierung strebt hierzu eine entsprechende Vereinbarung mit den Sozialpartnern an.

Die **überbetrieblichen Berufsbildungsstätten** tragen wesentlich zur Qualitätssicherung und zur Unterstützung der Ausbildungsfähigkeit und -bereitschaft der kleinen und mittleren Unternehmen bei. Die Maßnahmen der Bundesregierung konzentrieren sich auf den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von überbetrieblichen Ausbildungsstätten in den neuen Ländern und die Modernisierung des bestehenden Netzes in den alten Ländern.

56. Damit der wachsende Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Fachkräften gedeckt werden kann, muß die Berufsausbildung für leistungsfähige Jugendliche, die heute zunehmend in Gymnasien und Hochschulen streben, attraktiver werden. Die dazu notwendige Verbesserung der Perspektiven beruflich qualifizierter Fachkräfte ist in erster Linie eine Aufgabe der Betriebe und Verwaltungen. Zur **Steigerung der Attraktivität der beruflichen Bildung** ge-

hört auch, daß der fachbezogene Zugang für qualifizierte Absolventen der beruflichen Bildung zur Fachhochschule und Universität verbessert werden soll; hierzu hält die Bundesregierung eine anerkannte bundeseinheitliche Regelung für erforderlich. Darüber hinaus wird die Bundesregierung die weitere Entwicklung und den Ausbau von Modellen fördern, die eine betriebliche Ausbildung mit einem Studium an Hochschulen verbinden.

Ein differenziertes Angebot beruflicher Aus- und Weiterbildung sollte es besonders leistungsfähigen Jugendlichen ermöglichen, schon in der Berufsausbildung oder in einer unmittelbar anschließenden Weiterbildungsphase anerkannte Zusatzqualifikationen als Grundlage für erweiterte berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zu erwerben. Durch eine systematische Verzahnung von Aus- und Weiterbildung sowie den Ausbau der Angebote anerkannter Aufstiegsfortbildung sollen chancenreiche Berufsbildungswege eröffnet werden, die Qualifikationen für attraktive Berufspositionen vermitteln. Die individuelle Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung soll verbessert und dabei die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zielstrebig verwirklicht werden. Hierzu strebt die Bundesregierung eine Reform der Ausbildungsförderung unter Einbeziehung der beruflichen Aufstiegsfortbildung an und wird alsbald entsprechende Vorschläge unterbreiten. Ferner soll die Begabtenförderung in der beruflichen Bildung weiterentwickelt werden.

Unter ökonomischen, arbeitsmarkt- und gesellschaftlichen Aspekten gilt es, auch den leistungsschwächeren Jugendlichen eine abgeschlossene Berufsausbildung zu ermöglichen. Der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung muß weiter gesenkt werden. Die Bundesregierung hat dazu 1993/94 ein Handlungskonzept vorgelegt, das gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft zügig umgesetzt und weiterentwickelt werden muß.

Alle Möglichkeiten der Differenzierung von Ausbildungsangeboten müssen genutzt werden, um leistungsschwächeren Schulabsolventen und jungen Erwachsenen ohne beruflichen Abschluß eine Qualifikation zu vermitteln, die ihre Chancen am Arbeitsmarkt verbessert. Dabei sind auch Berufe unterhalb der Facharbeiterebene in die Prüfung einzubeziehen.

Die Dynamik des europäischen Binnenmarktes erfordert eine Modernisierung des deutschen Berufsbildungssystems. Schwerpunkte sind dabei der Ausbau des Fremdsprachenlernens in der beruflichen Bildung, die Intensivierung des grenzübergreifenden Berufsbildungsaustausches im Rahmen von europäischen und bilateralen Austauschprogrammen sowie Schritte zur besseren Integration von Berufsbildungsaufenthalten im Ausland in die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Nicht zuletzt auch wegen der durch Überlastung gefährdeten Qualität der Hochschulausbildung, der zum Teil noch unzureichenden Ausrichtung der Studienangebote auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der Überlänge der Studienzeiten ist eine

Novellierung des Hochschulrahmengesetzes in dieser Legislaturperiode vorgesehen.

57. Eine der wichtigsten Aufgaben der Berufsbildungspolitik der Bundesregierung war es in den vergangenen Jahren, in den *neuen Ländern* ein qualitativ und quantitativ **ausreichendes Ausbildungsplatzangebot** zu schaffen und zu sichern. Mit einer Gemeinschaftsinitiative des Bundes, der neuen Länder und Berlins, an deren Finanzierung auch der Europäische Sozialfonds beteiligt ist, konnten 14 000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze auch 1994 bereitgestellt werden. Damit konnte, wie in den vergangenen Jahren, allen Jugendlichen in den neuen Ländern ein Ausbildungsplatz angeboten werden. Angesichts der steigenden Zahl außerbetrieblicher Ausbildungsplätze ist – unter Einbeziehung aller Beteiligten – eine Überprüfung und Neuausrichtung der Förderpolitik geboten. Letztlich muß es – wie der Sachverständigenrat zu Recht bemerkt – eigene Aufgabe der Unternehmen und Verwaltungen auch in den neuen Ländern sein, die von ihnen benötigten qualifizierten Arbeitskräfte auszubilden (Ziffer 277 JG).

In den *alten Ländern* geht seit einigen Jahren das Ausbildungsplatzangebot vor allem vieler Großunternehmen zurück. Die **Verantwortung für die Berufsausbildung** kann aber nicht allein von Handwerk und kleinen und mittleren Unternehmen getragen werden. Es ist kurzsichtig, die betriebliche Berufsausbildung an konjunkturellen Entwicklungen sowie kurzfristigen Kostenüberlegungen zu orientieren. Die so handelnden Unternehmen lassen dabei den mittel- und langfristigen Nutzen eigener Ausbildungsanstrengungen außer acht und unterschätzen die Kosten, die ihnen durch eine Qualifizierungslücke entstehen könnten. Die Bundesregierung fordert die Wirtschaft auf, im eigenen Interesse ihrer Verantwortung für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot wieder intensiver nachzukommen.

9. Weichen für die Entwicklung von Informationsinfrastrukturen und multimedialen Diensten stellen

58. Der Aufbruch in die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts hat weltweit begonnen. Dies läßt mit dem **Aufbau nachfragegerechter Informationsinfrastrukturen** auch in unserem Land neue Wachstumsmärkte und Arbeitsplätze entstehen. Die Verknüpfung von Unternehmen, Verwaltungen und Haushalten über Informations- und Kommunikationsnetze wird grundlegend geänderte Produktions-, Verteilungs- und Verwaltungsstrukturen mit neuen Formen der Arbeitsorganisation ermöglichen.

Im August 1994 hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan mit dem Titel „Europas Weg in die Informationsgesellschaft“ vorgelegt, der unter deutscher Präsidentschaft beraten und in seinen wesentlichen Zügen gebilligt worden ist. Eines der zentralen Anliegen darin ist es, in Europa einen klaren und verlässlichen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der es grundsätzlich jedem erlaubt, auf den Märkten der Information und Kommunikation unternehmerisch tätig zu werden.

59. Die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastrukturen ist eine notwendige Voraussetzung, um funktionsfähige Märkte für die zahlreichen Dienstleistungen und Anwendungen der Informationsgesellschaft zu schaffen. Die Bundesregierung hat daher beschlossen, im Einklang mit den Festlegungen des Rates der Europäischen Union das Übertragungswege- und Telefondienstmonopol zum 1. Januar 1998 aufzuheben. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Bundesregierung über die Genehmigung privater Netzinfrastrukturen für das Angebot von Telekommunikationsdienstleistungen im Einzelfall entscheiden. Sie wird Genehmigungen insbesondere für innovative Pilotprojekte zur Entwicklung der Informationsgesellschaft und in solchen Fällen erteilen, in denen die Aufrechterhaltung des Netzmonopols mit dem EG-Vertrag unvereinbar wäre.

Die Liberalisierung der Netzinfrastrukturen muß einhergehen mit einer wettbewerbsorientierten staatlichen Neuordnung der Post- und Telekommunikationsmärkte. Die Bundesregierung wird in einem transparenten Verfahren unverzüglich Entwürfe für eine grundlegende Neufassung des Post- und Telekommunikationsrechts sowie ein Konzept für die bis Ende 1997 geltende Genehmigungspraxis in Abstimmung mit dem Regulierungsrat erarbeiten.

Der Zugang zu den Märkten des Postwesens und der Telekommunikation soll grundsätzlich jedermann offenstehen. Im Bereich des Postwesens wird in der Zeit bis Ende 1997 der Markt für die Beförderung von Massensendungen stufenweise weiter geöffnet. Wo Marktzugangsbeschränkungen z. B. aufgrund nur begrenzt zur Verfügung stehender Frequenzen unvermeidbar sind, sollen die Verfahren zur Lizenzvergabe wettbewerbslich ausgestaltet werden. Staatliche Regulierung soll eine flächendeckende und preisgünstige Grundversorgung mit Dienstleistungen des Postwesens und der Telekommunikation gewährleisten. Zugleich müssen die Nachfrager einen diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen und Dienstleistungsangeboten erhalten. Zu den staatlichen Aufgaben gehört auch, daß ein wirksamer Verbraucher- und Datenschutz gewährt wird und knappe Ressourcen wie Frequenzen und Rufnummern effektiv verwaltet werden.

Die notwendigen Regulierungsziele sollen durch eine marktkonforme Gesetzgebung erreicht werden. Die damit verbundenen Belastungen für einzelne Anbieter dürfen nicht außer Verhältnis zu deren Marktstellung stehen. Einer besonderen Wettbewerbskontrolle sollen nur marktbeherrschende Unternehmen unterworfen werden. Anbieter von flächendeckenden Telekommunikationsdienstleistungen sollen auch weiterhin öffentliche Verkehrswege für Errichtung und Betrieb der erforderlichen Kabelverbindungen konzessionsfrei benutzen dürfen. Die Regulierungsaufgaben sollen weitgehend einer Behörde nach dem Modell des Bundeskartellamtes übertragen werden. Einzelne Regulierungsentscheidungen werden dann aufgrund gesetzlich normierter Maßstäbe getroffen werden und einer unmittelbaren richterlichen Kontrolle unterliegen.

60. Damit die Informations- und Kommunikationsdienste die notwendigen Entfaltungsmöglichkeiten erhalten, sind rechtliche Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene anzupassen, insbesondere auch der Jugendschutz, der Datenschutz, der Schutz der Privatsphäre, die Sicherheit in der Informationstechnik, die Kriminalitätsbekämpfung, der Schutz von Fernsehprogrammen, der Verbraucherschutz und das Urheberrecht. Darüber hinaus wird eine leistungsfähige europäische Kommunikationsinfrastruktur nur dann entstehen, wenn es gelingt, die Netze grenzüberschreitend zu verbinden und über sie Anwendungen und Dienste durchgehend europaweit zu verwirklichen. Durch Pilotprojekte in Forschung und Entwicklung und Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit sollen innovative Anwendungen beschleunigt für die breite Nutzung vorbereitet und konkrete Anwendungsmöglichkeiten erkundet werden. Die Nutzung der wirtschaftlichen Chancen der neuen Informationsinfrastrukturen ist vor allem Sache der Wirtschaft.

10. Wohnungsangebot ausweiten und familienfreundlicher gestalten

61. Trotz des kräftigen Anstiegs des Wohnungsneubaus in den zurückliegenden Jahren fehlt es insbesondere aufgrund starker Zuwanderungen, Einkommenssteigerungen und einer kräftigen Zunahme von Ein-Personen-Haushalten nach wie vor an preisgünstigem Wohnraum vor allem in Ballungsgebieten. In der Wohnungspolitik geht es deshalb darum, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für eine **Ausweitung des Wohnungsangebots** zu schaffen und die wohnungspolitischen Instrumente wirksamer auszugestalten. Der eingeschlagene Weg einer marktorientierten und sozial abgefederten Reform der Wohnungspolitik muß konsequent fortgesetzt werden, um durch ein hohes Wohnungsangebot die Standortattraktivität zu erhöhen und eine umfassende Mobilität der Arbeitskräfte zu gewährleisten. Das Gutachten der Expertenkommission Wohnungspolitik liefert hierzu wertvolle Hinweise. Die Bundesregierung wird zu den Vorschlägen in der ersten Hälfte dieses Jahres eine gesonderte Stellungnahme vorlegen.

62. Das **Mietrecht** muß entschlackt und für Vermieter und Mieter durchschaubarer gestaltet werden. Die Beseitigung nicht mehr zeitgemäßer Einzel- und Sonderregelungen soll die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau anregen. Die Bundesregierung wird bei den Reformschritten sorgfältig darauf achten, daß die soziale Schutzfunktion des Mietrechtes nicht beeinträchtigt wird.

63. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die geltende **Wohneigentumsförderung** gezielter auf Familien mit Kindern ausgerichtet, sozialer ausgestaltet und vereinfacht werden sollte. Sie wird hierzu ihre Vorschläge vorlegen und fordert die Länder auf, konstruktiv an der geplanten Reform der steuerlichen Wohneigentumsförderung mitzuarbeiten.

64. Der **soziale Wohnungsbau** wird weiterhin eine wichtige Säule der Wohnungspolitik sein. Er muß jedoch den ökonomischen und finanzwirtschaftlichen

Gegebenheiten besser Rechnung tragen und sozial treffsicherer ausgestaltet werden. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Grundprinzipien der mit dem Wohnungsbauförderungsgesetz 1994 eingeführten einkommensabhängigen Förderung im sozialen Wohnungsneubau im Rahmen eines III. Wohnungsbau-gesetzes auf den sozialen Wohnungsbestand zu übertragen. Im sozialen Wohnungsbau soll die Wohneigentumsförderung, z. B. auch in Form der Gruppenselbsthilfe, größeres Gewicht erhalten.

65. Zur Verbesserung der Wohnungssituation und zur Verstärkung der hohen Dynamik des Wohnungsbaus in den neuen Ländern ist es erforderlich, daß dort wie geplant ab Mitte 1995 das **Vergleichsmietensystem** eingeführt wird. Hierzu bedarf es einer ausgewogenen Vorgehensweise, welche einerseits der Wohnungswirtschaft nach dem Auslaufen der Zinssubventionen ausreichende Investitionsspielräume sichert, andererseits jedoch die Belastung der Mieter in sozial verträglichen Grenzen hält. Dem **Wohngeld** kommt in diesem Zusammenhang hohe Bedeutung zu. Die Bundesregierung wird sicherstellen, daß das Wohngeld für alte und neue Länder vereinheitlicht wird, seine soziale Ausgleichsfunktion erhalten bleibt und das Wohngeld familienfreundlich an die Einkommens- und Mietentwicklung der letzten Jahre angepaßt wird.

Modernisierung und Instandsetzung sowie verstärkte **Privatisierung** bleiben in den neuen Ländern zentrale Aufgaben. Dem hohen wohnungspolitischen Stellenwert der Instandsetzung und Modernisierung tragen das im Rahmen des Solidarpaktes auf 60 Mrd. DM aufgestockte Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau ebenso Rechnung wie die in den neuen Ländern auch für die Sanierung einsetzbaren Mittel des sozialen Wohnungsbaus. Dem Sachverständigenrat (vgl. Ziffer 85 JG) ist zuzustimmen, daß daneben in den kommenden Jahren kräftige Impulse durch die Entschuldung im Rahmen des Altschuldenhilfegesetz zu erwarten sind, das zugunsten der ostdeutschen Wohnungswirtschaft zum 1. Juli 1995 eine Kappung der Altschulden von annähernd 60 Mrd. DM auf rd. die Hälfte sowie eine Übernahme der Zinsverpflichtungen noch für das erste Halbjahr 1995 vorsieht. Die Bundesregierung wird auf eine beschleunigte Privatisierung bei der Umsetzung der Altschuldenhilfe-Regelung hinwirken.

Darüber hinaus wird auch 1995 der Hauptteil der Städtebaufördermittel in den neuen Ländern eingesetzt werden. Im Entwurf des Bundeshaushalts 1995 sind dafür 700 Mio. DM vorgesehen, davon 620 Mio. DM für die neuen und 80 Mio. DM für die alten Länder.

66. Bauen ist in *Deutschland* – gerade auch im internationalen Vergleich – teuer. Die Bundesregierung wird deshalb im Rahmen der **Kostensenkungs- und Wohnbaulandinitiative** zügig die notwendigen Konsequenzen aus den Vorschlägen der „Expertenkommission zur Kostensenkung und Verringerung von Vorschriften im Wohnungsbau“ ziehen. Schwerpunktmaßnahmen – wie z. B. die weitere Verringerung von Vorschriften – werden dazu beitragen, daß

in Deutschland in den nächsten Jahren preiswerter gebaut werden kann.

Eine auf Ausweitung und Verbesserung des Wohnungsbestandes abzielende Wohnungspolitik setzt ausreichendes Baulandangebot voraus. Die Politik der Innenentwicklung durch Baulückenschließung, Nachverdichtung und Dachgeschoßausbau bleibt weiterhin wichtig, reicht aber angesichts des großen Bedarfs an neuen Wohnungen nicht aus. Die Bundesregierung ist bereit, mit einem neuen Bund-/Länder-Baulanderschließungsprogramm in dieser Legislaturperiode die Ausweisung preisgünstigen Baulands zu fördern. Als flankierende Maßnahmen wird sie die verbilligte Abgabe von Bundesgrundstücken fortsetzen und eine stärkere Nutzung günstiger Erbbaurechte vorsehen, insbesondere für Familien mit Kindern. Länder und Gemeinden sind aufgefordert, entsprechende Maßnahmen auch in ihrem Verantwortungsbereich einzuleiten.

Die mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz eingeführten bzw. verbesserten bodenrechtlichen Instrumente – z. B. städtebaulicher Vertrag, Vorhaben- und Erschließungsplan, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen – haben die Ausweisung von Bauland deutlich beschleunigt. Die Bundesregierung stimmt dem Sachverständigenrat jedoch darin zu, daß nach wie vor Vollzugsdefizite vor Ort bestehen (Ziffer 97 JG). Sie appelliert an Länder und Kommunen, insbesondere die neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Verwaltung und privaten Unternehmen bei der Planung und Erschließung von Bauland weiter auszubauen und zu fördern.

11. Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems verbessern

67. Die hohe Belastung der Verkehrssysteme darf nicht zum Engpaßfaktor für Wirtschaftswachstum werden. Der Standort *Deutschland* als Verkehrsdreh-scheibe Europas erfordert deshalb **leistungsfähige integrierte Verkehrssysteme**, um steigenden Anforderungen an die Mobilität von Personen und Gütern Rechnung zu tragen. Die Bundesregierung hat bereits entsprechende Weichenstellungen vorgenommen, die in der weiteren Umsetzung ihre volle Wirkung zeigen werden; dafür stehen der erste gesamtdeutsche Bundesverkehrswegeplan 1992, die 17 Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, die Gesetze zur Straffung der Planungsverfahren für Verkehrswege, die Mobilisierung privaten Kapitals zur beschleunigten Realisierung vordringlicher Verkehrswegebauten, das Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz, die Realisierung der Magnetschnellbahn Transrapid auf der Strecke Hamburg–Berlin, das Tarifaufhebungsgesetz, der Abschluß des Luftverkehrsabkommens mit den USA und die Bahnreform.

Die Bundesregierung erachtet es als notwendig, die Effizienz und Umweltverträglichkeit der Verkehrssysteme zu erhöhen. Dies soll durch Einbindung von Schiene und Wasserstraßen in Transportketten, Stärkung des kombinierten Verkehrs, Anwendung von Telematiksystemen sowie durch eine Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personenverkehrs erfol-

gen. Auch die Kapazitäten im Seeverkehr müssen in Zukunft stärker ausgeschöpft werden. Mit diesem Konzept kann auch der steigende Gütertransit durch Deutschland umweltgerechter bewältigt werden. Hierzu wird die Bundesregierung im Sommer 1995 ein Aktionsprogramm vorlegen.

68. Um eine stärkere Einbindung des Verkehrsträgers Schiene in einen expandierenden Verkehrsmarkt zu erreichen, müssen die Bahnen sich dem Wettbewerb stärker öffnen. Durch die **Bahnreform** wird der Deutschen Bahn AG die Möglichkeit für eine dem Verkehrsmarkt angepaßte Unternehmensstrategie gegeben. Die diskriminierungsfreie Öffnung des Fahrwegs für Dritte wird dem Wettbewerbsprinzip auch im Schienenverkehr Rechnung tragen. Der Schienenpersonennahverkehr wird ab 1. Januar 1996 in die Aufgaben- und Finanzzuständigkeit der Länder übertragen, um ein Straße und Schiene umfassendes integriertes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr nach den jeweiligen regionalen bzw. kommunalen Erfordernissen planen und abwickeln zu können. Für die Bereiche Personenfernverkehr, Personennahverkehr, Güterverkehr und Fahrweg werden zwischen 1997 und 1999 eigene Aktiengesellschaften gegründet.

Die Bundesregierung wird auch weiterhin den Ausbau der Schieneninfrastruktur sicherstellen. Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene sollen die Attraktivität der Eisenbahnen verbessern, z. B. durch die Beseitigung technischer Hemmnisse für den grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr und den Einsatz moderner Techniken zur Verkehrsführung und -steuerung.

69. In einem **transeuropäischen Verkehrsnetz** wird der Verknüpfung der Verkehrssysteme durch übergreifende Kommunikations-, Leit- und Informationstechniken künftig eine zunehmende Bedeutung zukommen. Auf der Basis der Entschließung des Europäischen Verkehrsrates vom 24. Oktober 1994 sind nun vor allem die Europäische Kommission, aber auch Mitgliedstaaten und Industrie gefordert, die notwendigen europäischen Rahmenbedingungen für den **Einsatz moderner Telematiksysteme** im Verkehr zu schaffen. Ziel der Bundesregierung für 1995 ist es, unter Berücksichtigung der vom EU-Verkehrsministerat verabschiedeten Leitsätze die Netzpläne für alle Verkehrsträger schrittweise miteinander zu verknüpfen und Prioritäten bei der künftigen Umsetzung festzulegen. Dabei müssen auch die Schlußfolgerungen des EU-Gipfels in Essen berücksichtigt werden, die für Deutschland u. a. eine Einbindung in vier Hochgeschwindigkeitsprojekte im Bereich Schiene vorsehen.

70. Im Verbund mit Dänemark und den Benelux-Staaten werden für die Nutzung der Autobahnen durch LKW zeitbezogene Gebühren eingeführt. In Deutschland wurde damit am 1. Januar 1995 begonnen. Damit ist ein bedeutender Schritt zur gerechteren **Anlastung von Wegekosten** – auch von ausländischen LKW – und zur Abgabeharmonisierung gelungen. Diese zeitbezogenen Gebühren können ab 1998/99 durch streckenbezogene Gebühren ersetzt werden, mit denen insbesondere der unterschiedli-

chen zeitlichen und räumlichen Knappheit der Verkehrswege Rechnung getragen werden kann. Die technische Machbarkeit einer automatischen Gebührenerhebung und weitere Rahmenbedingungen, wie z. B. die Einhaltung des Datenschutzes, werden zur Zeit in einem Feldversuch untersucht, bevor politische Entscheidungen zur Umsetzung getroffen werden.

71. Die Bemühungen um eine **Harmonisierung** der Wettbewerbsbedingungen in der **Europäischen Union** werden fortgesetzt, um die Chancen der deutschen Verkehrswirtschaft im europäischen Güter- und Personenverkehr zu verbessern. Dabei muß auch ökologischen Belangen Rechnung getragen werden. In diesen Zusammenhang gehört auch die weitere Anpassung des Ordnungsrahmens im deutschen Straßengüterverkehr z. B. an die europäische Kabotageregelung.

12. Arbeitsmarktstrukturen flexibler gestalten

72. Die Umsetzung des Anfang 1994 von der Bundesregierung vorgelegten Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung hat die gesetzlichen **Rahmenbedingungen für einen flexibleren Arbeitsmarkt** deutlich verbessert. Private Arbeitsvermittlung ist bundesweit und für alle Tätigkeitsbereiche möglich. Die Bundesregierung fördert die Vermittlung schwervermittelbarer Arbeitsloser auch über den Weg der Arbeitnehmerüberlassung. Arbeitslose, die den Weg in die Selbständigkeit wagen, werden stärker unterstützt. Die Neugestaltung der Förderkonditionen für Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und der produktiven Arbeitsförderung Ost setzt zusätzliche Anreize zum Wechsel in eine reguläre Beschäftigung und ermöglicht bei gleichen Haushaltsmitteln die Förderung von mehr Teilnehmern. Das Instrument der produktiven Arbeitsförderung wurde für Problemgruppen auch auf die alten Bundesländer übertragen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bewahrten im Durchschnitt des vergangenen Jahres gut 1,6 Mio. Menschen vor Arbeitslosigkeit. Insbesondere in den neuen Bundesländern hat der massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente wesentlich dazu beigetragen, daß der gewaltige Strukturumbruch, der mit einem erheblichen Rückgang an Beschäftigung verbunden war, sich nicht in einer entsprechend hohen Arbeitslosigkeit niedergeschlagen hat. Dies ist mit ein Grund dafür, daß die Menschen in den neuen Ländern den Wandel akzeptieren und mittragen.

73. Inzwischen hat der wirtschaftliche Aufschwung sich auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar ausgewirkt. Jetzt kommt es darauf an, diese Entwicklung zu stärken und im wirtschaftlichen Aufschwung möglichst viele **wettbewerbsfähige Arbeitsplätze** neu zu schaffen. Zu Recht empfiehlt der Sachverständigenrat daher eine Doppelstrategie: Die Wachstumskräfte müssen gestärkt werden und zugunsten von Problemgruppen müssen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen werden (Ziffer 454 JG).

Notwendig ist dabei die Ergänzung durch eine beschäftigungsfördernde Tarifpolitik einschließlich einer Politik der Arbeitszeitflexibilisierung (vgl. Ziffern 28 ff.), wie sie bereits in der Tarifrunde 1994 eingeleitet wurde.

Im Vergleich mit anderen Ländern der Europäischen Union besteht in der deutschen Wirtschaft bei der Arbeitszeitflexibilisierung ein erheblicher Nachholbedarf. Die Verantwortlichen sollten daher die Situation in ihren Betrieben kritisch daraufhin überprüfen, ob die hergebrachten Arbeitszeit- und Organisationsmuster noch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen genügen. Ziel muß es sein, Lösungen zu entwickeln, die es einerseits den Arbeitnehmern ermöglichen, ihre Vorstellungen von Arbeit, Familienleben, Freizeit und Bildung besser als bisher zu verwirklichen und die andererseits durch eine optimale Gestaltung von Betriebszeiten und Nutzung der Anlagen die Ertragskraft der Unternehmen erhöhen.

Durch eine flexiblere Arbeitsorganisation und Verlängerung von Betriebszeiten werden die Betriebe in die Lage versetzt, das investierte Kapital besser zu nutzen. Außerdem können die Tarifparteien durch den Abschluß von Jahresarbeitszeitverträgen flexibler über das Verhältnis von Überstunden zu Neueinstellungen entscheiden. Dies gilt im Hinblick sowohl auf saisonale als auch auf konjunkturelle Schwankungen.

Die Bundesregierung hat die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Arbeitszeitflexibilisierung 1994 wesentlich verbessert. Im Rahmen der Arbeitszeitflexibilisierung kommt auch der Teilzeitarbeit erhebliche Bedeutung zu. Die Öffentlichkeitsoffensiven der Bundesregierung haben in dieser Frage breite Zustimmung gefunden. Hinzuweisen ist auf die gemeinsame Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft vom 16. September 1994, mit der sich diese in einem Aufruf an die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite für die Schaffung von zusätzlichen sozial abgesicherten Teilzeitarbeitsplätzen ausgesprochen haben.

Nach wie vor sind aber bei den Unternehmen Vorbehalte gegen Teilzeitarbeit festzustellen. Insbesondere ist das Vorurteil auszuräumen, daß Teilzeitarbeit in erster Linie für nicht bzw. weniger qualifizierte Tätigkeiten in Frage kommt. Die Aufklärungsarbeit für Teilzeitarbeit muß daher fortgesetzt werden. Bei den kleinen und mittleren Unternehmen ist die innerbetriebliche Beratung, u. a. über das Beratungsnetz des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft, zu verstärken. Außerdem müssen Bund, Länder und Gemeinden noch stärker als bisher ihre Vorreiterrolle bei der Teilzeitarbeit wahrnehmen.

74. Häufig wird die Auffassung vertreten, es sei besser durch Subventionen Arbeitsplätze zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Zu Recht bezeichnet der Sachverständigenrat diese Auffassung ebenso wie die Strategie einer generellen Umverteilung der vorhandenen – und vermeintlich nicht vermehrbaren – Arbeit als resignative Strategien (Ziffer 252 JG).

Effiziente Arbeitsmarktpolitik federt die notwendigen strukturellen Anpassungsprozesse nicht nur sozial ab, sondern unterstützt sie aktiv. Sie verbessert die individuellen Beschäftigungschancen der Arbeitslosen und baut Brücken in reguläre Beschäftigung. Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bleiben daher angesichts des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit in großem Umfang notwendig. Die dauerhafte Lösung der Beschäftigungsprobleme führt über die Stärkung des ersten Arbeitsmarktes, da nur er rentable und zukunftssichere Arbeitsplätze bereitstellen kann. Arbeitsmarktpolitik darf deshalb die Markprozesse nicht behindern und muß ausreichend Anreize zur Arbeitsaufnahme lassen. Zu beachten ist, daß die Hilfen, die Arbeitsmarktpolitik leistet, auf dem regulären Arbeitsmarkt erwirtschaftet werden müssen. Deshalb sind Fortschritte bei der Beschäftigung zu nutzen, um arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zurückzunehmen.

75. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wird das **arbeitsmarktpolitische Instrumentarium** – auch für die neuen Länder – noch stärker auf die **Wiedereingliederung** in den regulären Arbeitsmarkt ausgerichtet und auf **benachteiligte Gruppen konzentriert**:

- Bei dem Gespräch mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und für mehr Beschäftigung am 25. Januar 1995 (vgl. Ziffer 11) wurde verabredet, daß die Bundesregierung sich in den parlamentarischen Beratungen zum Haushalt 1995 für die Verlängerung des Programms zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt einsetzen wird. Bis 1999 sollen für zeitlich befristete Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber, die Langzeitarbeitslose einstellen, 3 Mrd. DM bereitgestellt werden. Davon werden insgesamt rd. 180 000 Einstellungen erwartet. Mit dieser Maßnahme setzt die Bundesregierung auch den unter deutscher Präsidentschaft gefaßten Beschluß des Europäischen Rates in Essen vom 9. und 10. Dezember 1994 zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in konkretes Handeln um. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Bundesregierung werden sich darüber hinaus gemeinsam dafür einsetzen, längerfristig Arbeitslosen bei Neueinstellungen eine faire Chance zu geben. Zu diesem Zweck soll die Bundesanstalt für Arbeit ihre Vermittlungsbemühungen und ihre Arbeitsförderungsleistungen noch stärker als bisher auf Langzeitarbeitslose ausrichten.
- Zur Wiedereingliederung Schwervermittelbarer fördert die Bundesregierung die zeitweise „Arbeitnehmerüberlassung zur Probe“ mit dem Ziel der Vermittlung auf einen regulären Arbeitsplatz. Die Wiedereingliederung Schwervermittelbarer soll insbesondere dadurch erleichtert werden, daß sich Unternehmen von ihnen in der Probezeit z. B. bei Nichteignung oder Krankheit ohne eigenes Risiko trennen können.
- Um Arbeitslose zu ermutigen, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen, soll die Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit verstärkt werden.

- Damit Sozialhilfebezieher zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts selbst beitragen können und um eine Brücke zur Überwindung ihrer Sozialhilfeabhängigkeit zu schaffen, sollen ihnen mehr Arbeitsmöglichkeiten angeboten werden.
- Die Bundesregierung bereitet eine Reform der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe vor mit dem Ziel, die beiden Instrumente stärker aufeinander abzustimmen, die Anreize zur Arbeitsaufnahme zu verstärken und die finanziellen Aufwendungen zu begrenzen.
- Die Arbeitslosenhilfe soll in pauschalierter Form gezielt und zeitlich befristet bei Aufnahme niedrig entlohnter Beschäftigung, beispielsweise bei saisonalen Beschäftigungen, weiter gewährt werden.
- Eine Expertenkommission wird Maßnahmen prüfen, um auch die Aufnahme niedrig bezahlter Arbeit attraktiver zu machen, Bürokratie im Sozialbereich abzubauen und soziale Hilfe zielgenauer zu leisten; ihr Bericht soll im Frühjahr 1996 vorgelegt werden.
- Notwendig ist auch, wie schon erwähnt (vgl. Ziffer 22), die stärkere Gewinnung privater Haushalte als Arbeitgeber. Die Bundesregierung wird hierfür die steuerlichen Voraussetzungen im Jahressteuergesetz 1996 schaffen.
- Außerdem wird die Bundesregierung prüfen, wie dem Trend zur Frühverrentung, zur Ausgrenzung älterer Arbeitnehmer und damit zur Entwertung von Kenntnissen und Erfahrungen entgegenzuwirken ist.

Der effiziente Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente verlangt eine leistungsstarke Verwaltung. Die Entscheidungsprozesse müssen daher stärker dezentralisiert und die arbeitsmarktpolitische Verantwortung ortsnäher organisiert werden. Dadurch wird eine noch bessere Abstimmung mit regional- und strukturpolitischen Anforderungen ermöglicht.

Funktionsstörungen auf dem Arbeitsmarkt können auch durch das Arbeitsrecht verursacht sein. Darauf haben in jüngster Zeit sowohl der Sachverständigenrat als auch die Monopolkommission insbesondere im Hinblick auf Kündigungsschutz- und Sozialplanregelungen (Ziffer 442 f JG) erneut hingewiesen. Die Bundesregierung wird deren Äußerungen sorgfältig prüfen.

13. Soziale Sicherung mit der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Einklang halten

76. Die Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit des Systems der sozialen Sicherung hängen unmittelbar vom Leistungsvermögen der Volkswirtschaft ab. Jede Verbesserung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist damit zugleich eine Maßnahme zur Sicherung des Sozialstaates. Zugleich trägt der Sozialstaat zur Sicherung des Standorts Deutschland bei, indem er soziale Sicherheit und sozialen Frieden schafft. Die Summe aller sozialen Leistungen hat einen Betrag erreicht, der etwa einem Drittel des gesamten Bruttosozialprodukts entspricht.

Dieser Anteil kann nicht erhöht werden. Bei der **langfristigen Sicherung des Sozialstaates** geht es auch darum, die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des einzelnen zu stärken. Ein kontinuierlicher Umbau des Sozialstaates ist erforderlich.

Zur systematischen Durchleuchtung des gesamten Systems sozialer Leistungen wird die Bundesregierung eine Regierungskommission mit Beteiligung von Experten einsetzen. Die Kommission soll Wechselwirkungen zwischen Arbeits- und Sozialeinkommen aufzeigen, kumulative und gegenläufige Effekte untersuchen, die Verteilungs- und Transferwirkungen überprüfen sowie Hinweise zur Harmonisierung der verschiedenen Einkommensbegriffe geben.

77. Die Reform im Gesundheitswesen wird durch eine dritte Stufe fortentwickelt. Der medizinisch-technische Fortschritt, die steigende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen, eine zunehmende Lebenserwartung sowie die demographische Entwicklung werden die gesetzliche Krankenversicherung zukünftig in steigendem Maße belasten. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat überein (Ziffer 266 JG), daß nach dem Auslaufen der administrativen, befristeten Maßnahmen der letzten Reformstufe (Vergütungsabsenkungen, Budgetierungen, Preismoratorium) durch die dritte Stufe der Gesundheitsreform verstärkt marktwirtschaftliche Elemente eingebaut werden müssen. Die Selbstverwaltung soll mehr Handlungsspielraum erhalten. Durch diese Reform wird sichergestellt, daß die gesetzliche Krankenversicherung unter Berücksichtigung des Solidaritätsprinzips auch in Zukunft in der Lage ist, alles medizinisch Notwendige zur Verfügung zu stellen und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Eine stärkere Eigenverantwortung des einzelnen, vermehrter Wettbewerb der Leistungserbringer sowie eine Verbesserung der Kosten- und Leistungstransparenz für die Versicherten können dazu beitragen, Fehlsteuerungen innerhalb des Systems abzubauen. All dies führt auch zu einer Begrenzung der Lohnnebenkosten.

Der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen wird Mitte 1995 seinen Endbericht mit Vorschlägen für die weitere Reform vorlegen. Danach wird die Bundesregierung ein Reformkonzept erarbeiten.

78. Bei der **gesetzlichen Pflegeversicherung** bleibt eine vollständige Kompensation der Arbeitgeberbeiträge unerläßlich. Inwieweit weitere Kompensationsmaßnahmen über die Abschaffung eines Feiertages hinaus bei der Einbeziehung der stationären Pflegeleistungen (zweite Stufe der Pflegeversicherung ab 1996) erforderlich sind, soll ein Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zeigen, das voraussichtlich im Sommer 1995 vorgelegt wird.

Die Beitragssätze zur Pflegeversicherung sind gesetzlich fixiert; die Ausgaben orientieren sich an den Einnahmen als Obergrenze.

79. Zum Thema **Alterssicherung** hat die Bundesregierung im Rahmen des Zukunftssicherungsberichts die aus heutiger Sicht möglichen Aussagen getrof-

fen. Sie hat insbesondere deutlich gemacht, daß ein etwaiger zusätzlicher – über die Maßnahmen des Rentenreformgesetzes 92 hinausreichender – Handlungsbedarf von der künftigen Entwicklung verschiedener Faktoren abhängen wird. Hieraus folgt, daß in den nächsten Jahren eine sorgfältige Analyse aller Entwicklungen, die auf die Finanzierung der Alterssicherung einwirken, erforderlich ist. Dazu gehören u. a. die demographische Entwicklung, die Dauer der Lebensarbeitszeit, das Erwerbsverhalten, die erwarteten Wirkungen des Rentenreformgesetzes, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, die Nutzung der Arbeitsmarktreserven. Damit die betriebliche Altersversorgung weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Alterssicherung der Arbeitnehmer leisten kann, sollen ihre Rahmenbedingungen verbessert werden.

80. Die Bundesregierung wird ihre **Politik zur Stärkung der Familie** konsequent fortsetzen, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit weiter erleichtern und den Familienlastenausgleich weiterentwickeln. Im Vordergrund stehen eine stufenweise Anhebung des Kinderfreibetrags und eine stärkere Orientierung des Kindergeldes an Einkommen und Kinderzahl der Familie (vgl. Ziffer 22).

14. Regionalpolitik auf neue Herausforderungen einstellen

81. Um den geänderten Rahmenbedingungen für die regionale wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland Rechnung zu tragen, haben Bund und Länder beschlossen, in einem ersten Schritt die Förderregeln der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA)** und in einem zweiten Schritt Kriterien und Verfahren zur Abgrenzung der GA-Fördergebiete zum 1. Januar 1997 auf den Prüfstand zu stellen. Ziel ist es, den Beitrag der Gemeinschaftsaufgabe zur Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und ihrer Unternehmen zu stärken, die Förderung zu vereinfachen, die Flexibilität der Förderung für die Länder zu erhöhen und die Förderregeln in alten und neuen Ländern verstärkt zusammenzuführen. So sollen z. B. die Anreize für grundlegende betriebliche Umstrukturierungs- und Anpassungsinvestitionen verbessert, das System der Fördersätze vereinfacht und die **Infrastrukturförderung** flexibler gestaltet werden. Wesentliches Element ist auch die Stärkung des industriellen Mittelstandes. In Modellvorhaben soll geprüft werden, inwieweit GA-Mittel eingesetzt werden können, um die Innovationskraft mittelständischer Unternehmen zu erhöhen. Die Weiterentwicklung der GA soll darüber hinaus dazu dienen, die Regionalförderung der Europäischen Union in den neuen Ländern weiterhin in möglichst enger Koordination mit der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zu halten.

82. Die GA-Fördergebiete in den alten Ländern sollen 1995 wieder 700 Mio. DM (Bund und Länder je zur Hälfte) zur Förderung gewerblicher Investitionen und komplementärer Investitionen in die wirtschaftsnahe, kommunale Infrastruktur erhalten. Hinzu kommen im Rahmen von Sonderprogrammen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und zum Ausbau

wirtschaftsnaher Infrastruktur 100 Mio. DM für die Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland sowie 12 Mio. DM für die Arbeitsmarkregion Wilhelmshaven (Bund und Länder je zur Hälfte).

Der Entwurf des Bundeshaushalts 1995 sieht für die **neuen Länder** für die Bewilligung neuer Investitionszuschüsse in diesem Jahr einen Betrag von rund 8,5 Mrd. DM (Bund und Länder je zur Hälfte) vor. Zusätzlich stehen den neuen Ländern 1995 Rückflüsse aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Höhe von voraussichtlich rund 2,0 Mrd. DM zur Verfügung. Davon werden rund 1,6 Mrd. DM zur Verstärkung der GA eingesetzt.

Mit diesen Mitteln fördert die GA in den neuen Ländern Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und Investitionen in die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur. Mit Fördermitteln von 1 Mrd. DM können erfahrungsgemäß Investitionen der gewerblichen Wirtschaft von rund 5 Mrd. DM unterstützt werden. Die GA leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in den neuen Ländern und zur Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze.

83. Vor Herausforderungen besonderer Art stehen die **ländlichen Räume**. Sie weisen deutliche Unterschiede in Wirtschaftskraft und -struktur sowie infrastruktureller Ausstattung auf. Der Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfung geht tendenziell zurück; in peripheren Räumen beträgt ihr Anteil heute weniger als 20 %. Die agrarstrukturellen Anpassungsprozesse werden fortschreiten. Der Abbau der Agrarüberschüsse, die zunehmende internationale Verflechtung sowie ein weiterer Anstieg der Arbeitsproduktivität werden die Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Erzeugung von Nahrungsrohstoffen weiter verringern. Ein Einkommensausgleich durch Transfers stößt national wie EU-weit an finanzielle Grenzen (Ziffer 272 JG). Zielsetzung muß es daher sein, die hohe Bereitschaft zur Aufnahme von Beschäftigung nahe der Landwirtschaft und auch außerhalb der Landwirtschaft zu unterstützen, sowie neue Erwerbsmöglichkeiten innerhalb der Landwirtschaft zu suchen und so die Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbreitern. Bereits erfolgreich vollzogene Umstellungen belegen die hohe Anpassungsbereitschaft der landwirtschaftlichen Haushalte und ihre Fähigkeit, Chancen zur Beschäftigung außerhalb der traditionellen Landbewirtschaftung zu suchen. Um insbesondere in den strukturschwächeren Regionen das **Angebot an alternativer Beschäftigung** zu erhöhen, sind u. a. vielfältige Hemmnisse zu beseitigen. Zur Unterstützung wird auch die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes einen angemessenen Beitrag leisten.

15. Energiepolitische Rahmenbedingungen weiterentwickeln

84. Energieerzeuger und Energieverbraucher benötigen für ihre Investitionsentscheidungen verlässliche Rahmenbedingungen. Die Bundesregierung strebt einen **parteiübergreifenden Konsens** in der Energiepolitik an, um eine möglichst breite Übereinstimmung über effiziente Wege zu einer langfristig siche-

ren, kostengünstigen und ressourcen- wie umweltschonenden Energieversorgung zu finden. Nach Meinung der Bundesregierung gehören dazu – neben weiteren Bemühungen bei der rationellen und sparsamen Energieverwendung auf allen Ebenen – die Nutzung eines ausgewogenen Energiemixes aus Mineralöl, Erdgas, Kernenergie, ein angemessener Beitrag von Stein- und Braunkohle aus heimischer Produktion sowie zunehmend auch erneuerbare Energien. Sie wird deshalb die Gespräche mit den politischen Parteien und den gesellschaftlichen Gruppen wieder aufnehmen.

85. Aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Oktober 1994 steht der Kohlepfennig als Finanzierungsinstrument für die Verstromung deutscher **Steinkohle** nur noch bis Ende 1995, dem Zeitpunkt des Auslaufens des Jahrhundertvertrages, zur Verfügung; danach muß die Finanzierung neu geregelt werden. Die Bundesregierung wird 1995 eine solche Regelung zur Finanzierung der Kohleverstromung für die Jahre ab 1996 und zur Abwicklung des laufenden Verstromungssystems, einschließlich der Tilgung der aufgelaufenen Verpflichtungen des Verstromungsfonds, vorlegen. In diesem Zusammenhang wird auch die Rückführung der Steinkohlesubventionen geprüft.

Die Bundesregierung wird die Lieferung deutscher Steinkohle an die Stahlindustrie auch künftig finanziell flankieren. Allerdings sind auch diese Hilfen eingebettet in den Gesamtzusammenhang der staatlichen Aufgaben und der sich daraus ergebenden finanziellen Möglichkeiten. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Bundesregierung ihre Entscheidung, die Finanzierung des Kokskohleplafonds durch Bundesmittel entsprechend dem Haushaltsentwurf 1995 zu begrenzen.

86. Bei den leitungsgebundenen Energien Strom und Gas muß auch der brancheninterne Wettbewerb verstärkt werden. Die Bundesregierung wird einen Gesetzentwurf zur **Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Energiekartellrechts** im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorlegen. Dabei geht es auch um die Abschaffung von ausschließlichen Wegerechten und Demarkationsverträgen sowie einen verbesserten Netzzugang Dritter. In das Energiewirtschaftsgesetz soll die Umweltverträglichkeit als gleichberechtigter Gesetzeszweck aufgenommen werden. Zugleich wird die staatliche Aufsicht als Beitrag zur Deregulierung auf das Maß zurückgeführt, das auch nach Einführung von mehr Wettbewerb notwendig bleibt. Dies bedeutet, daß energie- und umweltpolitische Ziele verstärkt durch generelle Rahmenbedingungen wie Umweltstandards oder finanzielle Be- und Entlastung erreicht werden müssen.

Unterschiede zwischen Strom und Gas werden angemessen berücksichtigt. Die Auswirkungen der Reform auf die wirtschaftlichen Belange der Kommunen sind sorgfältig zu prüfen; insbesondere soll das Recht der Kommunen auf die Erhebung von Konzessionsabgaben nicht beeinträchtigt werden. Von großer Bedeutung ist ferner eine gleichgewichtige Marköffnung in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Bundesregierung tritt dafür ein,

daß entsprechende Regelungen in den Richtlinien-vorschlägen der Europäischen Kommission zum Binnenmarkt für Strom und Gas verankert werden.

87. Eine **stärkere Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutzziele**n im Rahmen der Energiepolitik bleibt vorrangige Aufgabe. Hierzu sollen prioritär marktwirtschaftliche Instrumente eingesetzt werden. Zur Verminderung der energiebedingten Emissionen von klimarelevanten Spurengasen stehen mit der Energieeinsparung und der Verbesserung der Energieeffizienz auf der einen und der Substitution kohlenstoffreicher durch -ärmere und -freie Energieträger auf der anderen Seite zwei Wege zur Verfügung, die die Bundesregierung auch künftig beschreiten will.

Im Rahmen der Umsetzung und Fortentwicklung des nationalen CO₂-Konzepts zur Reduzierung von Kohlendioxyd hält die Bundesregierung eine **Harmonisierung der Energiebesteuerung** in der Europäischen Union weiterhin für notwendig. Das von der Bundesregierung verfolgte Ziel einer zumindest EU-weiten, aufkommensneutralen gesonderten CO₂-Energisteuer, die einheitlich von allen Staaten einzuführen wäre, ist nach den bisherigen Beratungen in der Europäischen Union allerdings nicht konsensfähig. Die Bundesregierung tritt daher dafür ein, zunächst die vorhandenen Verbrauchsteuerstrukturen gemeinschaftsweit gezielt und schrittweise zur Erreichung des CO₂-Stabilisierungsziels der Europäischen Union zu nutzen. Bei der Umsetzung etwaiger Maßnahmen im innerstaatlichen Recht ist die Aufkommensneutralität sicherzustellen.

88. Mit dem Vertragswerk über die **Europäische Energiecharta** ist die Basis für eine neue gesamteuropäische Energiegemeinschaft gelegt. Nach dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen und der Unterzeichnung des Vertragswerks am 17. Dezember 1994 in Lissabon hat die Bundesregierung das nationale Ratifizierungsverfahren eingeleitet. Gleichzeitig wird sie konstruktiv bei den Verhandlungen über den vorgesehenen zweiten Vertrag mitwirken, der die Gleichbehandlung von ausländischen und inländischen Investoren auch bei Neu-Investitionen regeln und energiebezogene Ausrüstungen in den Anwendungsbereich des Vertrags einbeziehen soll. Das Vertragswerk spiegelt eine neue Qualität der Ost-West-Zusammenarbeit im Energiebereich wider, die neben der fest verankerten Kooperation der westlichen Industrieländer insbesondere im Rahmen der Internationalen Energie-Agentur eine zunehmende Rolle spielen wird.

16. Marktkräfte für einen effizienten Umweltschutz nutzen

89. Eine gesunde und lebenswerte Umwelt ist Voraussetzung und Bestandteil unseres Wohlstandes und der Vorsorge für künftige Generationen. Deshalb wird die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für den Umweltschutz in der Sozialen Marktwirtschaft weiter verbessern. Sie ist wie der Sachverständigenrat (Ziffer 326 JG) der Auffassung, daß die Ausweisung von Knappheitspreisen für die Beanspruchung von Umweltgütern und die Verstärkung der wirtschaftlichen Anreize zu einem schonenden

Umgang mit Natur und Umwelt Kernelemente einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Umweltpolitik sind. Daher sieht die Bundesregierung auch zunehmend den **Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente** vor, wie z. B. Versicherungslösungen, Zertifikate, Gebühren, Sonderabgaben oder Steuern. Auch nach Ansicht des Sachverständigenrates ist es „ein Schritt in die richtige Richtung“, Schadstoffabgaben und Umweltsteuern in der Umweltpolitik größere Bedeutung zu verschaffen (Ziffer 333 JG); es gebe dabei allerdings eine Reihe von Problemen (vgl. Ziffer 26). Die Bundesregierung wird die Durchführung von Pilotprojekten zur Erprobung weiterer marktwirtschaftlicher Instrumente vorbereiten.

90. Soweit dies zum Schutz von Mensch und Umwelt erforderlich ist, wird der **umweltrechtliche Rahmen** fortentwickelt. Gleichzeitig werden die bestehenden und geplanten Vorschriften auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überprüft, um unnötige Belastungen der Wirtschaft und der Bürger zu vermeiden (vgl. Ziffer 40).

Eine Möglichkeit der Beschleunigung behördlicher Kontrollverfahren besteht im Umweltrecht in der **Einschaltung privater technischer Sachverständiger**. Dies sollte aber kein neues Zulassungsrecht für Sachverständige zur Folge haben. Vielmehr sollen von der Privatwirtschaft in eigener Verantwortung wettbewerblich organisierte und kontrollierte Zertifizierungssysteme stärker genutzt werden.

Auch auf europäischer Ebene wird sich die Bundesregierung um deutliche Fortschritte in Richtung Subsidiarität und Deregulierung bemühen. Dies gilt zum Beispiel im Hinblick auf die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Änderung der **Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung**, die wegen der darin enthaltenen Verfahrensvorschriften und administrativen Details im Widerspruch zum Ziel der Deregulierung steht.

91. Bei der **Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes** und der darin verankerten Produktverantwortung der Wirtschaft sollen, sofern kartellrechtlich zulässig, Selbstverpflichtungen der Wirtschaft Vorrang vor Verordnungen haben. Durch eine **Novellierung der Verpackungsverordnung** soll u. a. der Wettbewerb in der Entsorgungswirtschaft weiter gefördert werden, um insbesondere auch die Position mittelständischer Unternehmen zu stärken. Um die rechtlichen Anforderungen für eine umweltgerechte Entsorgung von Abfällen (TA-Siedlungsabfälle) zu erfüllen, sind die Länder aufgerufen, ihre **Entsorgungskapazitäten** zügig auszubauen.

Die **Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes** soll für bestehende Anlagen, insbesondere im Abwasserbereich, wesentlich stärker als bisher den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit berücksichtigen, ohne das hohe Niveau des Schutzes von Grund- und Trinkwasser zu beeinträchtigen. Die Bundesregierung

wird dazu beitragen, daß die Umsetzung des europäischen Rechts in diesem Bereich nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen der Bürger führt. Sie wird darüber hinaus die Rahmenbedingungen für Private zum Bau und Betrieb von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen sowie von Abfallanlagen verbessern (vgl. Ziffer 39).

Das **Naturschutzrecht** wird fortentwickelt und dabei den europäischen Regelungen angepaßt. Ein neues **Bundes-Bodenschutzgesetz** soll mehr Planungs- und Entscheidungssicherheit für Investitionen der Wirtschaft schaffen. Die unterschiedlichen Vorschriften der Länder zur Bewertung und Sanierung von Bodenbelastungen sollen harmonisiert werden, ohne neue bürokratische Strukturen zu errichten und zusätzliche Kosten zu verursachen.

Die Bundesregierung hält Maßnahmen für dringend geboten, um – auch im Hinblick auf die Gefährdung durch Sommersmog – die Vorläufersubstanzen für Ozon zu verringern. Die Benzinqualität soll europaweit verbessert und der Benzolgehalt so rasch wie möglich reduziert werden.

Das europaweite freiwillige **Öko-Audit** ist ein Beitrag zur Stärkung des betrieblichen Umweltschutzes. Die Bundesregierung setzt dabei auf die Eigeninitiative der Wirtschaft und wird Möglichkeiten zur Verminderung der behördlichen Überwachung prüfen.

92. Die Bundesregierung wird gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern die Bemühungen zur Umweltsanierung und zum Ausbau einer funktionsfähigen Umweltschutzinfrastruktur unverändert fortsetzen.

Die Verbesserung der Umweltsituation einschließlich der **Sanierung der ökologischen Altlasten** an den alten Industriestandorten ist für den Aufbau der Wirtschaft in den neuen Ländern weiterhin von großer Bedeutung. Dies wird besonders deutlich in den Regionen, in denen Altlasten-Großprojekte – wie z. B. die Sanierung der Braunkohletagebaue, der Chemiestandorte oder des Kalibergbaus – in Angriff genommen wurden. Der durch das Verwaltungsabkommen vom 1. Dezember 1992 zwischen Bund, Berlin und den ostdeutschen Ländern geregelte Einsatz erheblicher Mittel für die Beseitigung ökologischer Altlasten erbringt auch mittelfristig einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Erneuerung. Die Bundesregierung und die neuen Länder haben 1994 weitere Verfahrensvereinfachungen beschlossen und den Geltungsbereich auf alle ehemaligen Treuhandunternehmen ausgedehnt.

93. Die nationale Umweltpolitik muß durch **internationale Regelungen** ergänzt werden. Die Bundesregierung wird die erste Vertragsstaatenkonferenz zur Klimakonvention vom 28. März bis 7. April 1995 in Berlin nutzen, um den Schutz von Klima und Erdatmosphäre voranzutreiben. Sie wird das bereits verabschiedete nationale Klimaschutzkonzept umsetzen und fortentwickeln.

C. Die Europäische Union festigen und voranbringen

94. Wirtschaftspolitische Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 1994 bildeten die Sicherung der **Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa**, die stabilitätsgerechte Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Heranführung der Länder Mittel- und Osteuropas an die Europäische Union. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß nur mit einer marktwirtschaftlichen, stabilitäts- und wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik sowohl der Europäischen Union als auch ihrer Mitgliedstaaten die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen in Europa auf Dauer zu gewährleisten ist. Sie stimmt mit dem Sachverständigenrat überein, daß die Anpassungsaufgaben, die eine weltoffene Handelspolitik und eine zunehmende wirtschaftliche Integration der Reformstaaten im Osten an die Gemeinschaft stellen, entschlossen angegangen werden müssen (Ziffern 342 ff. JG). Europa braucht günstigere Investitions- und Innovationsbedingungen, um im verschärften globalen Wettbewerb bestehen zu können und wieder in eine Phase dynamischen und nachhaltigen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums überzugehen.

1. Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa durch strukturelle Verbesserungen steigern

95. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt in der Europäischen Union die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Die **Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze** erfordert eine Politik umfassender struktureller Reformen. Hierauf zielt der Aktionsplan des Europäischen Rates zum Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Es geht um eine Politik, die auf die Beseitigung unnötiger bürokratischer Regulierungen, die Stärkung des Wettbewerbs sowie die Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben hinwirkt. Auch der Abbau wettbewerbsverzerrender Subventionen in der Europäischen Union muß konsequent weiterverfolgt werden. Eine erfolgversprechende beschäftigungspolitische Strategie muß sich an diesen Leitlinien orientieren.

96. Der Europäische Rat in Essen am 9. und 10. Dezember 1994 hat hervorgehoben, daß die eingeschlagene Strategie für mehr Beschäftigung konsequent fortgesetzt werden muß. Aus der Sicht der Bundesregierung muß ihre Umsetzung ein Schwerpunkt sein. Hervorzuheben sind dabei die Ansatzpunkte, die auf eine **verbesserte Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes** gerichtet sind:

- Die Tarifvertragsparteien müssen ihrer Verantwortung für die Beschäftigung gerecht werden. Nur durch Lohnzurückhaltung und eine marktgerechte Lohndifferenzierung können kurz- bis mittelfristig

die notwendigen Beschäftigungswirkungen erzielt werden.

- Die Lohnnebenkosten müssen verringert werden. Der direkte Weg führt über Begrenzung und Effizienzverbesserung bei den Sozialausgaben.
- Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung müssen besser auf Reintegration ins Arbeitsleben ausgerichtet werden. Ein ausreichender Abstand zwischen Arbeitseinkommen und den Leistungen der sozialen Sicherung muß gewahrt bleiben, um hinreichende Anreize für die Arbeitsaufnahme bieten zu können.
- Längerfristig hat die berufliche Qualifizierung bei der Bekämpfung von struktureller Arbeitslosigkeit entscheidende Bedeutung, insbesondere bei der Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit.

97. Ein ebenfalls zentraler Bestandteil des Aktionsplans zum Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ist der **Aus- und Aufbau der Infrastrukturnetze**. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa und nicht zuletzt zur Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes geleistet werden. Es ist in erster Linie Sache der Privatwirtschaft, sich den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen und in bezug auf die Finanzierung die erforderlichen Initiativen zu ergreifen.

Liberalisierung und Beseitigung von Innovationshemmnissen müssen Schwerpunkt einer mittelfristigen Strategie sein, denn die Hindernisse beim Aufbau transeuropäischer Netze sind zumeist rechtlicher und administrativer Natur. Der Europäische Rat hat die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Überwindung dieser Hindernisse zu ergreifen. Der Rat der Telekommunikationsminister hat am 17. November 1994 beschlossen, zum 1. Januar 1998 die staatlichen Monopole für die Bereitstellung von Telekommunikationsinfrastrukturen aufzuheben. Die Bundesregierung sieht in diesen Beschlüssen wichtige Schritte in Richtung auf mehr Markt und Wettbewerb (vgl. Ziffern 58 ff.). Auch für die anderen Bereiche der Infrastruktur weist eine solche wettbewerbsorientierte Politik den richtigen Weg.

98. Auf Anregung der Bundesregierung hat die Europäische Kommission im September 1994 eine Expertengruppe eingesetzt, die Vorschläge zur **Vereinfachung des Gemeinschaftsrechts** und zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften machen soll („Molitor-Gruppe“). Diese Expertengruppe hat ihre Arbeit aufgenommen und ihre prioritären Sachgebiete festgelegt (vgl. Ziffer 41). Sie wird ihren Bericht auf Bitte des Europäischen Rates bis Juni 1995 vorlegen. Die Bundesregierung wird mit Nachdruck dafür eintreten, daß die Vorschläge im Sinne entschlosse-

ner Gesetzes- und Verfahrensvereinfachung gründlich geprüft und möglichst weitgehend verwirklicht werden.

99. Ein besonderes Anliegen der Bundesregierung bei der Stärkung des europäischen Binnenmarktes liegt in der **Rechtsangleichung im steuerlichen Bereich**. Hier soll insbesondere die geltende Mehrwertsteuerübergangsregelung durch eine Harmonisierung abgelöst werden. Die Bundesregierung setzt sich deshalb mit Nachdruck dafür ein, daß möglichst noch während der französischen Präsidentschaft bestehende Meinungsunterschiede der Mitgliedstaaten überwunden werden, so daß fristgerecht bis Ende 1996 eine praxisgerechte, einfache Handhabung auf der Basis des Ursprungslandprinzips erreicht werden kann, die bei den Unternehmen zur Kosteneinsparung und damit zu einer Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit führt.

Der Vollendung des Binnenmarktes im Bereich der **Finanzdienstleistungen** dient die Umsetzung der Wertpapierdienstleistungs- und der Kapitaladäquanz-Richtlinie in deutsches Recht. Durch die Umsetzung der Richtlinien wird der deutsche Markt für Wertpapierdienstleistungsunternehmen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ohne gesonderte Zulassung geöffnet. Auf den deutschen Märkten wird sich hierdurch der Wettbewerb im Emissionsgeschäft sowie im Wertpapierhandel verstärken. Umgekehrt wird deutschen Banken der Zugang zu den Börsen der anderen Mitgliedstaaten erleichtert.

Die Bundesregierung begrüßt das von der Europäischen Kommission verfolgte Ziel eines erleichterten und kostengünstigeren **grenzüberschreitenden Überweisungsverkehrs**. Hierzu bedarf es nach ihrer Auffassung keiner Richtlinie. Die von der Kreditwirtschaft vorbereitete Charta würde schneller und flexibler zu den notwendigen Verbesserungen führen.

100. Mit der **Reform der europäischen Agrarpolitik** im Jahre 1992, die eine Reduzierung der Preisstützung in einigen Produktbereichen und die Einführung direkter Kompensationszahlungen vorsah, ist die richtige Reformrichtung eingeschlagen worden. Sie wird durch die Ergebnisse der GATT-Uruguay-Runde außenwirtschaftlich flankiert. Die Bundesregierung setzt die eingeleitete Reform konsequent um. Die von ihr initiierte Reduzierung des administrativen Aufwandes muß ein Schwerpunkt zur Verbesserung der Akzeptanz der Reform bleiben, ohne daß allerdings dadurch die Reformansätze aufgeweicht werden.

2. Dem Konvergenzprozeß in Richtung Europäische Wirtschafts- und Währungsunion weitere Impulse verleihen

101. Verstärkte Konvergenzanstrengungen der Mitgliedstaaten, d. h. die stabilitätsgerechte Angleichung ihrer wirtschaftlichen Grunddaten sind die Schlüsselemente für eine tragfähige Verwirklichung der **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion**. Bei diesem Konvergenzprozeß sind deutliche Fortschritte erkennbar. Die meisten Mit-

gliedstaaten haben beachtliche Erfolge auf dem Weg zu mehr Geldwertstabilität erzielt. Im finanzpolitischen Bereich sind jedoch erhebliche Konvergenzdefizite unverkennbar. Zwar wird sich die Lage der öffentlichen Haushalte durch die europaweite konjunkturelle Belebung entspannen, doch sind die öffentlichen Defizite wie auch die Schuldenstände in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach wie vor strukturell überhöht. Im Bereich der Haushaltspolitik besteht deshalb – wie auch der Sachverständigenrat betont (Ziffer 358 JG) – für die meisten Mitgliedstaaten erheblicher Handlungsbedarf.

102. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung ein Schwergewicht der deutschen Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994 auf die **Verstärkung der Konvergenzanstrengungen** der Mitgliedstaaten und die konsequente Anwendung der neuen konvergenzfördernden Instrumente und Verfahren gelegt, die seit dem Eintritt in die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1994 zur Verfügung stehen:

- Das während der deutschen Präsidentschaft erstmalig durchgeführte Verfahren zur Überwachung der Haushaltslage hat in allen Mitgliedstaaten die Sensibilität für eine überzeugende Haushaltskonsolidierung deutlich geschärft. Das Verfahren wurde so rechtzeitig abgeschlossen, daß die Empfehlungen zum Defizitabbau noch bei den Beratungen der nationalen Haushalte in den Mitgliedstaaten für 1995 berücksichtigt werden können.
- Im Rahmen der sogenannten multilateralen Überwachung wurde der Konvergenzfortschritt in allen Mitgliedstaaten einschließlich der Umsetzung ihrer Konvergenzprogramme zur Erreichung der stabilitätspolitischen Ziele kritisch überprüft. Der Europäische Rat konnte am 9. und 10. Dezember 1994 in Essen eine zufriedenstellende Bilanz über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik innerhalb des letzten Jahres ziehen, in denen die ordnungspolitische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union verankert ist. Dabei hat sich die weitgehende Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedstaaten in den wirtschaftspolitischen Grundfragen erneut bestätigt.

Für die Bundesregierung wird bei der Entscheidung über den Beginn und die Teilnehmer der Währungsunion allein die Erfüllung der Konvergenz Erfordernisse den Ausschlag geben. Dies entspricht auch der eindringlichen Forderung des Sachverständigenrates (Ziffer 357 JG). Es kommt darauf an, daß in den nächsten Jahren konsequent in diesem Sinne verfahren wird. Nur erhöhte Eigenanstrengungen der Mitgliedstaaten und die Anwendung aller konvergenzfördernden Verfahren sichern eine zuverlässige Umsetzung des Vertrages von Maastricht hinsichtlich seines Zeitplans und Inhalts. Nur die strikte Auslegung und Einhaltung der Konvergenzkriterien des Vertrages gewährleisten die Funktionsfähigkeit der Währungsunion.

103. Bei der Koordinierung der nationalen Geldpolitiken hat die Zusammenarbeit der Zentralbanken durch die Errichtung des **Europäischen Währungs-**

stituts zum 1. Januar 1994 in Frankfurt/Main eine neue Qualität erhalten. Neben der Koordinierungsfunktion hat das Europäische Währungsinstitut die wichtige Aufgabe, ein Konzept für die einheitliche Geldpolitik in der Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion zu entwickeln. Einige Länder der Europäischen Union haben inzwischen weitreichende Reformen ihrer Zentralbankstatuten vorgenommen, um sie den Erfordernissen eines unabhängigen Systems europäischer Zentralbanken anzupassen. Bereits das Europäische Währungsinstitut darf – so auch der Sachverständigenrat (Ziffer 358 JG) – bei der Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben keinerlei Weisungen von Organen der Gemeinschaft oder von Regierungen der Mitgliedstaaten entgegennehmen und kann dadurch die Rollenverteilung von Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission im Verhältnis zu einer künftigen unabhängigen Europäischen Zentralbank frühzeitig einüben.

3. Die Europäische Union auf stabiler Grundlage fortentwickeln

104. Die Bundesregierung begrüßt die **Erweiterung der Europäischen Union** um Schweden, Finnland und Österreich. Sie geht davon aus, daß – wenn auch mit dem zum 1. Januar 1994 in Kraft getretenen Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum bereits ein hoher Integrationsgrad zwischen der Europäischen Union und den meisten EFTA-Staaten erreicht wurde – der Beitritt von Schweden, Finnland und Österreich Perspektiven für eine noch intensivere Kooperation und damit weitere Wachstumsimpulse der Gemeinschaft bringen wird. Die Bundesregierung erwartet zudem, daß die Mitgliedschaft dieser Staaten die Europäische Union auch in umwelt-, sozial- und sicherheitspolitischer Hinsicht stärken wird.

Sie respektiert die Entscheidung der norwegischen Bevölkerung gegen einen Beitritt zur Europäischen Union und setzt sich dafür ein, daß die zwischen der Gemeinschaft und Norwegen bestehenden binnenmarktähnlichen Verhältnisse auch nach dem negativen Ausgang des Referendums zum Beitritt Norwegens erhalten bleiben.

Nachdem sich die schweizerische Bevölkerung 1992 gegen eine Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum ausgesprochen hatte, bemühen sich die Europäische Union und die schweizerische Regierung, ihre Beziehungen auf bilateralem Wege auszubauen. Verhandlungen über bilaterale Abkommen auf den Gebieten freier Personenverkehr, Forschung, Landwirtschaft, öffentliches Auftragswesen und technische Handelshemmnisse haben im letzten Quartal des Jahres 1994 begonnen. Verhandlungen auf dem Gebiet des Luft- und des Güterkraftverkehrs sollen im März 1995 folgen. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß diese Gespräche rasch zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden.

105. Ein Schwerpunkt der europäischen Politik ist die **Heranführung der Staaten Mittel- und Osteuropas an die Europäische Union**. Auf dem Europäischen Rat in Essen am 9. und 10. Dezember 1994 wurde eine Strategie im Hinblick auf die Vorberei-

tung der Osterweiterung verabschiedet. Zum einen muß die Europäische Union ihre Institutionen und ihr Regelwerk reformieren, um für die neuen Mitglieder aufnahmefähig zu werden. Darüber hinaus erfordert eine wirksame Hilfe zur Selbsthilfe insbesondere auch die weitere Öffnung der Märkte der Europäischen Union für die mittel- und osteuropäischen Länder. Zum anderen müssen diese Staaten ihre Beitrittsfähigkeit auf Grundlage entschlossener Reformen selbst herbeiführen. Die politische Umsetzung der Strategie erfolgt im Rahmen strukturierter Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Staaten Mittel- und Osteuropas. Das bedeutet insbesondere, daß künftig regelmäßig multilaterale Treffen auf allen Ebenen stattfinden werden, um Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern. Im Mittelpunkt stehen die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Integration, insbesondere die Heranführung an den Binnenmarkt. Ein Weißbuch zur Rechtsangleichung in den mittel- und osteuropäischen Staaten wird erarbeitet.

106. Im Jahr 1996 wird eine Regierungskonferenz einberufen, um die Bestimmungen des Maastrichter Vertrages, für die eine Revision vorgesehen ist, in Übereinstimmung mit den allgemeinen Vertragszielen zu prüfen. Ziele der **Regierungskonferenz 1996** sind für die Bundesregierung die Vertiefung der Europäischen Union, die Stärkung ihrer demokratischen Legitimation sowie die Verbesserung von Effizienz und Bürgernähe der europäischen Politik. Eine sogenannte Reflexionsgruppe aus Vertretern der Außenminister, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments soll ab Juni 1995 die Konferenz auf der Grundlage von Berichten von Rat, Europäischem Parlament und Kommission über das Funktionieren des Vertrages über die Europäische Union vorbereiten. Die Bundesregierung wird sich intensiv an diesen vorbereitenden Arbeiten beteiligen. In diesem Zusammenhang wird sie sich für die Errichtung eines Europäischen Kartellamtes einsetzen (vgl. Ziffer 42).

107. Das im Vertrag über die Europäische Union verankerte **Subsidiaritätsprinzip** soll gewährleisten, daß die Entscheidungen in der Union möglichst praxis- und bürgernah getroffen werden. Was die Kompetenzverteilung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten betrifft, so hält der Sachverständigenrat aus ökonomischen Gesichtspunkten folgende Differenzierung für sachgerecht: „Begründet ist eine Vergemeinschaftung von Aufgaben dort, wo es europaweit um öffentliche Güter geht, wo also positive oder negative externe Effekte vorliegen, die räumlich über einzelne Länder hinausgehen. Aber: Das Grundprinzip muß sein, daß Dezentralisierung Vorrang hat und jede Form von Zentralisierung unter Beweiszwang steht.“ (Ziffer 388 JG) Die vertragliche Verankerung des Subsidiaritätsgrundsatzes war zweifellos ein Verhandlungserfolg der Bundesregierung im Rahmen der Beratungen des Maastrichter Vertrages. Bei seiner Tagung in Essen hat der Europäische Rat erneut die große Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips als Leitprinzip der Union bekräftigt. Allerdings wird dem Prinzip in der Praxis noch nicht in angemessenem Maße Rechnung getragen. Die Bundesregierung wird daher auch bei der Regie-

rungskonferenz 1996 auf eine strikte Anwendung und eine Präzisierung des Subsidiaritätsprinzips hinwirken. Unter allgemeinen Subsidiaritätsgesichtspunkten wird sie die Überprüfung bestehender vertraglicher Kompetenzen der Gemeinschaft ansprechen, ebenso wie eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen Union und Mitgliedstaaten, die das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung für Kompetenzen der Union wahrt. Es sollten keine neuen Aufgaben- und Ausgabenkompetenzen auf die Europäische Union übertragen werden, die in ausreichender Weise von den Mitgliedstaaten wahrgenommen werden können.

108. Mit Recht weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß sich mit einer konsequenten Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips auch die **Frage der verschiedenen Geschwindigkeiten** beim weiteren Integrationsprozeß innerhalb der Europäischen Union entschärft (Ziffer 388 JG). Die Bundesregierung betont in diesem Zusammenhang, daß der Integrationsfortschritt für alle Mitgliedstaaten offen bleiben muß. Nicht alle Länder der Europäischen Union müssen gleichzeitig und in gleicher Intensität in allen Bereichen voranschreiten; aber alle müsse einem gemeinsamen Ziel folgen und auf dem Weg dorthin mitgehen können.

D. Die Chancen für einen weiteren Ausbau der internationalen Arbeitsteilung nutzen

1. Die neuen weltwirtschaftlichen Herausforderungen offensiv annehmen

109. Die Globalisierung der Märkte führt zu immer engerer **internationaler Verflechtung** der Volkswirtschaften. Moderne Verkehrs- und Kommunikationsnetze erhöhen die Mobilität der Produktionsfaktoren (Kapital, qualifizierte Arbeit, technisches Wissen) und machen Produktionsstandorte zunehmend austauschbar. Zugleich bietet das Heranwachsen neuer Märkte und neuer Wettbewerber in den wirtschaftlichen Wachstumszentren der Welt den deutschen Unternehmen beträchtliche Chancen, wenn sie die damit verbundenen Herausforderungen offensiv annehmen und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die deutsche Außenwirtschaftspolitik hält an ihrer globalen Perspektive und an der Politik der offenen Märkte fest und setzt sich weiter für die Fortentwicklung des multilateralen Systems der Welthandelsordnung ein. In Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat (Ziffer 371 JG) ist die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung überdies darauf gerichtet, den Unternehmen im internationalen Standortwettbewerb gute Angebotsbedingungen zu verschaffen und Innovationshemmnisse abzubauen.

110. Von den Ergebnissen der am 15. April 1994 in Marrakesch offiziell abgeschlossenen GATT-Verhandlungen in der Uruguay-Runde (UR) werden beachtliche zusätzliche Impulse für den Welthandel ausgehen. Dies wird sich auf die stark außenhandelsorientierte deutsche Wirtschaft, auf die Investitionstätigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze positiv auswirken. Unter dem Dach der **Welthandelsorganisation (WTO)**, die Anfang dieses Jahres die Arbeit aufgenommen hat, werden weltweit die größten Liberalisierungsschritte in der Geschichte der Handelspolitik seit 1948 eingeleitet. Zudem wurde mit der Errichtung der WTO eine neue Qualität im Verfahren der internationalen Streitschlichtung erreicht. Die Umsetzung der UR-Ergebnisse hat wirtschaftspolitisch höchste Priorität.

Aufgabe der deutschen Außenwirtschaftspolitik ist es, wie auch der Sachverständigenrat empfiehlt (Ziffer 376 JG), die **multilaterale Handelsordnung über die UR-Ergebnisse hinaus weiter zu entwickeln** und die internationale Arbeitsteilung zu stärken. Nachverhandlungen in Untersektoren des GATT-Dienstleistungsabkommens sind bereits aufgenommen. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat darin überein, daß auch nach Abschluß der UR eine Reihe wichtiger Fragen in der Welthandelsordnung noch offen ist, und daß insbesondere von der Umsetzung der Beschlüsse in praktische Politik viel abhängen wird. Gleichwohl ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer liberalen Welthandelsordnung getan (Ziffer 404 JG).

111. Die Angleichung von Sozialstandards zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Standortwettbewerb durch handelspolitischen Druck lehnt die Bundesregierung in Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat ab (Ziffer 407 JG). Niemand kann ausbeuterische Gefangenens-, Kinder- und Zwangsarbeit akzeptieren. Die Bundesregierung setzt sich nachhaltig dafür ein, daß unwürdige Mißstände abgebaut werden. Dazu müssen primär zuständige Organisationen der Vereinten Nationen und die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) verstärkt auf Ratifizierung und Umsetzung der bereits bestehenden Konventionen drängen. Durch Handelsbeschränkungen würde aber die Wettbewerbsposition der in Frage stehenden Länder international verschlechtert, ohne gleichzeitig eine entsprechende Verbesserung der Sozialstandards zu erreichen. Nur durch eine ungehinderte Teilnahme der Länder am Welthandel können über wirtschaftliches Wachstum auch soziale Strukturänderungen erreicht werden. Die Bundesregierung begrüßt eine Diskussion dieses Themas in der WTO, denn Lösungen können nur kooperativ und im multilateralen Rahmen gefunden werden. Aus dem bei der OECD im Auftrag gegebenen Gutachten zu möglichen Verbindungen zwischen **Handel und Sozialstandards**, das 1995 vorliegen wird, werden sich wesentliche Erkenntnisse für die Weiterbehandlung dieses Themas ergeben.

112. Im multilateralen System wird es zukünftig stärker als bisher um die Entschärfung von Konflikten zwischen handels- und umweltpolitischen Zielen gehen. Der OECD-Ministerrat vom 7. und 8. Juni 1994 hat das Verhältnis zwischen **Handel und Umwelt** schwerpunktmäßig behandelt und das OECD-Sekretariat beauftragt, ihm 1995 einen Bericht zu erstatten, der substantielle Schlußfolgerungen enthält. Der mit Inkrafttreten des WTO-Abkommens etablierte Ausschuß „Handel und Umwelt“ hat die Behandlung der Themen des Marrakesch-Arbeitsprogramms aufgenommen. Die Bundesregierung unterstützt seine Arbeiten aktiv. Ihr geht es dabei in erster Linie darum, daß sich aus der notwendigen Beachtung umweltpolitischer Ziele keine neuen Handelshemmnisse ergeben.

113. Die Bundesregierung wird ihre Initiativen zur Erarbeitung eines Rahmens für eine internationale Wettbewerbsordnung und zur Integration multilateraler Wettbewerbsregeln in die WTO intensiv fortführen. Die neuen Abkommen zum Dienstleistungshandel und zum Schutz geistigen Eigentums in der UR-Schlußakte bedeuten hier erhebliche Fortschritte. Bei der weiteren Behandlung des Themas **„Handel und Wettbewerb“** strebt die Bundesregierung einen Mindeststandard substantieller Regeln zur Vermeidung wettbewerbsbeschränkender Praktiken an, deren

Einhaltung in der Völkergemeinschaft konsensfähig ist. Hierzu zählen das Verbot von Export- und Importbeschränkungen, von Absprachen über Mengen, Preise und Absatzregionen sowie Maßnahmen gegen den Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen. Die Bundesregierung begrüßt, daß das Thema nach Vorbereitung in der OECD in die WTO eingebracht werden soll.

114. Wichtiges Ziel der Bundesregierung ist die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Präsenz deutscher Unternehmen in den dynamisch wachsenden Regionen der Welt. Sie hat deshalb den Dialog mit den Partnerländern in der **Asien-Pazifik-Region** intensiviert und konkrete deutsche Wirtschaftsinteressen vor Ort politisch und mit den Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung und der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt flankiert. In Abstimmung mit dem Asien-Pazifik-Ausschuß der deutschen Wirtschaft führt sie diese Politik fort und beteiligt sich darüber hinaus an der Erarbeitung einer gemeinschaftlichen Asienstrategie der Europäischen Union. Die Bundesregierung sieht sich durch die überdurchschnittlich gestiegenen Exporte in die asiatisch-pazifische Region in diesem Vorgehen bestätigt.

Die politischen und wirtschaftlichen Reformen in den Ländern **Lateinamerikas**, ihre weitgehenden Marktöffnungsmaßnahmen, Liberalisierungen sowie die Wachstumsimpulse durch die verstärkten regionalen Integrationen eröffnen der Zusammenarbeit auch mit diesen Ländern neue Perspektiven. Die Bundesregierung hat deshalb in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft 1994 eine Lateinamerika-Initiative mit dem Ziel der Fortentwicklung der traditionell guten Beziehung zu Lateinamerika ergriffen. Hierzu gehört die Entwicklung eines Rahmenkonzeptes zur Förderung der deutsch-lateinamerikanischen Wirtschaftsbeziehungen, das bis zur Sommerpause vorgelegt wird. Dabei geht es vor allem um die verstärkte Nutzung des Außenhandelsinstrumentariums und um die politische Flankierung der wirtschaftlichen Kontakte. Darüber hinaus beteiligt sich die Bundesregierung auf Ebene der Europäischen Union aktiv an einer Verbesserung der Beziehungen zu den MERCOSUR-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay).

115. Die Wahrnehmung der Chancen in den neuen Wachstumsmärkten erfordert die Weiterentwicklung der Instrumente der **Außenwirtschaftsförderung**. Die Bundesregierung unterstützt deshalb die Stärkung des Auslandshandelskammernetzes einschließlich der Errichtung deutscher Industrie- und Handelszentren; sie entwickelt die Auslandsmessepolitik zeitgemäß weiter, insbesondere durch regionale Schwerpunktsetzung bei den weltwirtschaftlichen Wachstumszentren, und sie trägt zu einem bedarfsgerechten Dienstleistungsangebot der Bundesstelle für Außenhandelsinformation bei. Die Sondermaßnahmen der Außenwirtschaftsförderung für die Unternehmen aus den neuen Bundesländern werden auch 1995 fortgesetzt.

Die Bundesregierung mißt der Werbung für den Standort Deutschland im Ausland weiterhin hohe Bedeutung zu.

116. Für die deutsche Exportwirtschaft behält die **Absicherung von Exportkrediten** durch Ausführgewährleistungen des Bundes (HERMES-Deckungen) ihre Bedeutung, nicht zuletzt als Instrument der Förderung ostdeutscher Unternehmen. Die Bundesregierung wird ihre flexible Deckungspolitik fortsetzen, die sowohl die Risiken als auch das im jeweiligen Projekt enthaltene Transferpotential berücksichtigt. Dies gilt auch für die Länder Mittel- und Osteuropas, deren Bemühungen um Reform und Anpassung auf diese Weise gefördert werden. Die Bundesregierung wird sich an den Arbeiten zur Harmonisierung der Exportkreditversicherungen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union, die der Beseitigung noch bestehender innergemeinschaftlicher Wettbewerbsverzerrungen dienen, aktiv beteiligen.

Im Zusammenhang mit dem Problem des Konditionenwettbewerbs bei der Finanzierung von Großprojekten betrachtet die Bundesregierung den in der OECD erreichten Konsens, keine Exportkredit-Subventionen zuzulassen, als ersten wichtigen Schritt zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsbedingungen. Auch die Reform des HERMES-Entgelts ist eine wichtige Voraussetzung für die Wahrung der Chancengleichheit deutscher Exporteure.

117. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben ihre Arbeit zur **Harmonisierung der Ausfuhrkontrollen** für Güter mit sowohl zivilem als auch militärischem Verwendungszweck (dual-use) erfolgreich abschließen können. Dies ist vor allem das Ergebnis beharrlichen Handelns der Bundesregierung. Die gefundene Lösung stellt einen wichtigen Schritt zur Vereinheitlichung der Exportkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck in der Union dar, weil sie die Voraussetzungen für gleiche Wettbewerbschancen zwischen den europäischen Unternehmen verbessert.

Die der Kontrolle des Hochtechnologietransfers im Ost-West-Handel dienende COCOM-Absprache ist Ende März 1994 von den Mitgliedstaaten aufgehoben worden. Ziel der laufenden Verhandlungen ist ein breiteres internationales Kontrollregime für konventionelle Waffen und dual-use-Güter unter Einbeziehung weiterer Staaten.

2. Die Zusammenarbeit mit den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa und den Entwicklungsländern verstärken

118. Die zunehmende **Integration der Länder Mittel- und Osteuropas in die Weltwirtschaft** führt zu einer neuen Arbeitsteilung, insbesondere in Europa. Der notwendige Strukturwandel bei uns hin zu hochwertigen und technologisch anspruchsvollen Produkten erfährt dadurch noch größere Dringlichkeit. Gleichzeitig eröffnen sich für die deutsche Industrie mit dem Aufbau eines neuen Kapitalstocks in den Reformländern zusätzliche Möglichkeiten für die Lieferung von Investitionsgütern. Darüber hinaus können die deutschen Unternehmen in diesen Ländern Partner für eine dauerhafte Zusammenarbeit gewinnen, um durch grenzüberschreitende Kooperation Kostenvorteile zu nutzen. Auf diese Gesichtspunkte

weist zu Recht auch der Sachverständigenrat hin (Ziffern 372 ff JG).

119. Der Umbau der Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas hat in einigen Ländern erkennbare Fortschritte gemacht. Dessen ungeachtet bedarf die Umwandlung in demokratische und leistungsfähige Marktwirtschaften weiter der nachhaltigen **Unterstützung durch die westlichen Industrieländer**. Die Bundesregierung wird bei der Mobilisierung multilateraler und internationaler Hilfe für die Reformländer auf wirtschaftlichem, finanziellem, sozialem und politischem Gebiet auch künftig eine führende Rolle spielen. Dies gilt besonders auch für die europäischen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

120. Von großer Bedeutung für den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen ist die **technische Zusammenarbeit**. Hierzu leistet die Bundesregierung wichtige Beiträge sowohl durch ihre Beteiligung an den Programmen der Europäischen Union, der OECD und der internationalen Finanzorganisationen als auch insbesondere durch ihr eigenes Beratungskonzept. Die Beratung auf der Basis von Länderprogrammen, die mit den Regierungen der betroffenen Staaten koordiniert werden, hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

121. Die Flankierung der Reformen durch internationale Finanzhilfen kann nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Auf Dauer müssen die Reformländer in die Lage versetzt werden, den Umstrukturierungsprozeß aus eigener Kraft fortzuführen. Hierzu gehört, daß der **Zugang zu den westlichen Märkten** für Waren und Dienstleistungen aus diesen Staaten gewährt wird. Die Bundesregierung nimmt die hierauf gerichteten Mahnungen des Sachverständigenrates sehr ernst (Ziffer 382 JG). Sie setzt sich auch nachdrücklich für die weitere Integration der Reformstaaten in die internationalen Wirtschaftsorganisationen, z. B. in die WTO, ein.

122. Auf bilateraler Ebene fördert die Bundesregierung direkte **Kontakte deutscher Unternehmen** in diese Länder **sowohl im Bereich des Handels** – u. a. durch die Bereitstellung von HERMES-Bürgschaften – **als auch der Direktinvestitionen**. Zur Förderung deutscher Direktinvestitionen hat die Bundesregierung mit sämtlichen mittel- und osteuropäischen Staaten sowie mit einer Reihe von Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion Investitionsschutzverträge abgeschlossen. Damit wurde die Basis für die Übernahme von Kapitalanlagegarantien sowie für die Anwendung weiterer Förderinstrumente, insbesondere für mittelständische Investoren, auch gegenüber diesen Ländern geschaffen. Deutschland nimmt unter den westlichen Anlegerländern in Mittel- und Osteuropa hinter den USA den zweiten Platz ein, wobei von Gesamtinvestitionen in Höhe von bisher ca. 5 Mrd. DM auszugehen ist. Über 10 % der deutschen Auslandsinvestition fließen in die Reformstaaten, mit steigender Tendenz.

Die Unternehmenskontakte werden durch Regierungskonsultationen – u. a. im Rahmen von Kooperationsräten mit einzelnen Reformstaaten – flankiert. Die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Handels- und Kooperationsbeziehungen im jeweiligen Partnerland sind auch Thema des von Deutschland

initiierten **West-Ost-Wirtschaftsdialogs**. Der Fortsetzung dieses Dialogprozesses dient das nächste Treffen der Wirtschafts-, Industrie- und Handelsminister, das im ersten Halbjahr 1995 in den USA stattfinden wird. Diesem Treffen wird erneut ein Forum hochrangiger Wirtschaftsrepräsentanten der beteiligten Länder vorausgehen, bei dem über eine Ausweitung der unternehmerischen Zusammenarbeit zwischen West und Ost sowie über weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen für westliche Investoren in Mittel- und Osteuropa gesprochen wird.

123. Der wirtschaftlichen Entwicklung in Rußland kommt angesichts der Größe und des politischen Gewichts des Landes besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung sieht den russischen Militäreinsatz in Tschetschenien und die damit verbundenen Verletzungen von Menschenrechten und humanitären Prinzipien mit großer Sorge. Der Konflikt muß schnellstens friedlich gelöst werden. Er stellt eine ernste Gefahr für die erfolgreiche Fortsetzung politischer und wirtschaftlicher Reformen dar, dies gilt auch angesichts der daraus resultierenden budgetären Belastungen. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung darauf drängen, daß die notwendigen Reformen fortgeführt werden. Wichtig ist, daß der Reformprozeß in Zusammenarbeit mit dem IWF vorangetrieben, die Integration des Landes in die Weltwirtschaft vollzogen sowie die internationale Kreditwürdigkeit Rußlands wiederhergestellt wird. Die Bundesregierung mißt auch der Aufrechterhaltung eines angemessenen Schuldendienstes bei den Verhandlungen mit Rußland im Rahmen des Pariser Clubs große Bedeutung bei. Für 1995 erwartet die Bundesregierung auch den Abschluß der Verhandlungen zwischen westlichen Banken und der russischen Regierung über die Umschuldung privater Bankenforderungen; außerdem muß eine faire Lösung für die unversicherten Forderungen deutscher Exporteure gefunden werden.

124. Eine vertiefte weltwirtschaftliche Integration führt zu wachsenden gegenseitigen Abhängigkeiten auch im Verhältnis von Industrie- und **Entwicklungsländern**. Dies macht einen verstärkten Dialog und eine intensivere Zusammenarbeit zur Lösung der globalen Herausforderungen wie Armut, Umweltzerstörung, Überbevölkerung und Migration erforderlich.

Die Bundesregierung begrüßt die Eigenanstrengungen und **Fortschritte** der Entwicklungsländer bei **strukturellen Anpassungen und marktwirtschaftlicher Politik**. Sie unterstützt vor allem die Bemühungen der Entwicklungsländer, sich durch Marktöffnung und Liberalisierung stärker in die Weltwirtschaft zu integrieren. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß auch der deutsche und europäische Markt für die wettbewerbsfähiger gewordenen Entwicklungsländer offengehalten werden muß und noch weiter geöffnet werden sollte. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß Deutschland bereits heute in der Europäischen Union der wichtigste Handelspartner der Entwicklungsländer ist – und zwar auch der größte Importeur von Produkten aus diesen Ländern. Auch importiert die Europäische Union insgesamt mehr Güter aus Entwicklungsländern als etwa die USA oder Japan.

E. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1995

125. Die Jahresprojektion der Bundesregierung über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1995 konzentriert sich auf *Gesamtdeutschland*. Der kräftige Aufholprozeß der letzten Jahre in den neuen Ländern hat die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen Ost und West merklich verringert. Trotz noch großer Unterschiede in vielen Bereichen wächst die Wirtschaft in den alten und den neuen Ländern immer stärker zusammen. Die Verflechtungen beider Teilgebiete werden ständig enger. Die regionale Zuordnung vieler wirtschaftlicher Aktivitäten wird zunehmend schwieriger, in vielen Fällen ist sie sogar nicht mehr möglich oder sinnvoll. Da die für West- und Ostdeutschland getrennt ausgewiesenen volkswirtschaftlichen Nachfrageaggregate immer größere Fehler- und Unsicherheitsmargen aufweisen, haben die Schätzungen besonders für die neuen Länder eher Modellcharakter.

1. Festigung des Aufschwungs

126. Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1994 erheblich besser verlief als allgemein prognostiziert wurde, geht die Bundesregierung, wie inzwischen fast alle Wirtschaftsprognosen, für 1995 von einer **Festigung des Aufschwungs** und einer **weiteren leichten Beschleunigung des Wachstums** aus. Hierauf deuten auch die neuesten in die Zukunft weisenden Indikatoren hin.

Angesichts der 1994 beobachteten konjunkturellen Dynamik in den alten Ländern, die schon Selbstverstärkungsprozesse in Gang gesetzt hat, erscheinen die verhalten optimistischen Perspektiven eher vorsichtig angesetzt. Der Sachverständigenrat betont zu Recht, daß nach einer Rezession ein Aufschwung rasch an Kraft gewinnt, weil die zyklischen Auftriebskräfte ihn hochschaukeln (Ziffer 190 JG). Doch ist unter den Bedingungen des Jahres 1995 Vorsicht angebracht. Denn es sind auch **dämpfende Einflüsse** auf die Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr zu erwarten (vgl. Ziffer 10 der Anlage). So können die gestiegenen Kapitalmarktzinsen die Investitionsdynamik abbremsen und vor allem den Wohnungsbau negativ beeinflussen. Der fiskalisch bedingte Kaufkraftentzug (z. B. Solidaritätszuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer) dürfte dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirken. Die Einkommensentzugseffekte werden voraussichtlich vor allem den Privaten Verbrauch treffen. Retardierende Einflüsse werden vermutlich auch auf die Investitionen und die Beschäftigung in konsumnahen Wirtschaftsbereichen ausgehen.

Andererseits gehen weiterhin **erhebliche Impulse** vom Ausland aus. Auch dürften die Konsolidierungsschritte in den öffentlichen Haushalten das Vertrauen in die Lösbarkeit der finanzwirtschaftlichen Probleme stärken, die im Zusammenhang mit der

Vereinigung Deutschlands zeitweise entstanden waren. Die positiven Konjunkturaussichten deuten darauf hin, daß das Vertrauen der Verbraucher und Investoren inzwischen wieder merklich gewachsen ist. Der Kurs der Finanzpolitik wird den Kapitalmarkt entlasten und in Zukunft wieder mehr Raum für den privaten Sektor schaffen. Die Wirtschaftspolitik bleibt ausgerichtet auf die Sicherung des Standortes Deutschland durch Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Rückdrängung staatlicher Eingriffe. Die erheblichen Rationalisierungsanstrengungen der Wirtschaft, die hohen Produktivitätssteigerungen und die zuletzt mit Augenmaß betriebene Lohnpolitik haben die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wieder vorangebracht.

Bei Fortsetzung der moderaten Lohnpolitik werden zudem die Situation am Arbeitsmarkt weiter entschärft und die Preisauftriebstendenzen begrenzt. Die besseren Wachstumsperspektiven und günstige Ertragsaussichten erhöhen die Investitionsneigung der Wirtschaft und ermöglichen die Wiederbesetzung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die zusätzliche Beschäftigung wird schließlich zu höheren Einkommen der privaten Haushalte führen. Damit verbreitert sich allmählich die Basis für eine Stärkung des Privaten Konsums. Auch der Sachverständigenrat erwartet dieses **typische „zyklische Ablaufmuster“**. Da von der privaten Verbrauchsnachfrage „fürs Erste nur geringe Impulse zu erwarten“ seien, sieht der Sachverständigenrat das Jahr 1995 allerdings als „die Zeit der Investitionen, nicht die des Privaten Verbrauchs“ (Ziffer 198 JG).

Der **Aufschwung im Westen Deutschlands** ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die wirtschaftliche **Umstrukturierung und der Aufholprozeß in Ostdeutschland** zusätzlich an Breite und Dynamik gewinnen. Die Investitionen werden zunehmend rentabler und stärken damit das künftige Wachstumspotential, nicht zuletzt die industrielle Basis. Dadurch gewinnen die endogenen Wachstumskräfte in den neuen Ländern immer mehr an Bedeutung und führen dazu, daß sich der wirtschaftliche Aufbauprozeß allmählich selbst verstärkt. Hinzu kommt, daß die Nachfrage aus den alten Ländern, aber mehr und mehr auch aus dem Ausland, die Absatzmöglichkeiten ostdeutscher Produkte verbessert.

127. Auch 1995 werden wesentliche Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft noch von den Exporten ausgehen. Die Aussichten für eine Fortsetzung der Ausfuhrdynamik sind günstig, denn die Basis für die weitere Entfaltung der außenwirtschaftlichen Wachstumskräfte in diesem Jahr hat sich nochmals spürbar verbreitert: Das **weltwirtschaftliche Umfeld** stellt sich erheblich freundlicher dar als noch vor Jahresfrist. Alle Industrieländer befinden sich inzwischen zunehmend synchron im wirtschaftlichen

Aufwind; insbesondere bei unseren Haupthandelspartnern in Europa belebt sich die Konjunktur. Der Welthandel, der schon 1994 sehr kräftig gestiegen war, dürfte angesichts der guten Wachstumsperspektiven kaum an Schwung verlieren. Auch der Sachverständigenrat kommt zu dem Ergebnis, daß der weltwirtschaftliche Aufschwung mittlerweile ein breites Fundament besitzt und gute Chancen bestehen, daß er sich 1995 weiter entfalten kann (Ziffer 193 JG).

Die aus der „Reinigungskrise“ der letzten Rezession gestärkt hervorgegangenen westdeutschen Unternehmen haben wieder deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, da in großem Umfang rationalisiert wurde und die Lohnstückkosten im Jahresdurchschnitt 1994 – erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – zurückgegangen sind. Verteuerungen deutscher Ausfuhr Güter aufgrund der Höherbewertung der D-Mark konnten auf diese Weise mehr als aufgefangen werden. Nicht nur die Stärkung der Angebotsseite, sondern auch die Impulse von der Nachfrageseite unterstützen die **Ausfuhrkonjunktur**: Die deutschen Exportmärkte könnten im Vergleich zum Welthandel überdurchschnittlich wachsen, da immerhin drei Viertel unserer Ausfuhren in den westeuropäischen Wirtschaftsraum gehen, in dem die konjunkturelle Erholung sich verstärkt fortsetzen dürfte. Gleichzeitig werden die deutschen Exporte dadurch begünstigt, daß in der gegenwärtigen Konjunkturphase die Staaten Westeuropas vor allem Investitionsgüter nachfragen, die alleine etwa die Hälfte der deutschen Ausfuhren ausmachen. Außerdem haben sich die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe, das mehr als 90 % aller Warenausfuhren tätigt, in den letzten Monaten nochmals deutlich verbessert, und die Auslandsaufträge haben schon seit geraumer Zeit stark zugenommen. Für den Jahresdurchschnitt 1995 wird ein realer Anstieg der gesamtdeutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen um 7 bis 8 % erwartet. Die Güterexporte dürften dabei überproportional zunehmen. Wie bereits im Vorjahr dürfte die heimische Exportwirtschaft damit wieder voll am Welthandelswachstum teilhaben, wenn nicht sogar Marktanteile zurückgewinnen, die zuvor verloren gegangen waren.

128. Die Belebung der Exportnachfrage, und die damit verbundene Produktionsausdehnung, die starken Rationalisierungsanstrengungen und nicht zuletzt eine wieder erhebliche Verbesserung von Ertragslage und -perspektiven, haben bewirkt, daß die **Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland** seit Beginn des letzten Jahres wieder langsam in Gang gekommen sind. Das derzeitige Investitionsniveau reicht allerdings bei weitem nicht aus, um ein mittelfristig angemessenes Wirtschaftswachstum und einen höheren Beschäftigungsstand zu sichern. Die Kapazitäten sind nämlich bereits jetzt höher ausgelastet als in vergleichbaren Phasen früherer Konjunkturzyklen. Hierauf weist auch der Sachverständigenrat hin (Ziffer 211 JG). Die Fortsetzung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung möglichst vieler Arbeitsplätze setzen also eine wieder beschleunigte Zunahme des Sachkapitalbestandes und damit

des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials voraus. Hilfreich sind in diesem Zusammenhang auch eine flexible Arbeitsorganisation und längere Maschinenlaufzeiten. Anderenfalls würde die derzeitige zyklische Aufwärtsentwicklung bald an Kapazitätsgrenzen stoßen.

Die neuerliche Verstärkung der Investitionstätigkeit, die im vergangenen Jahr noch überwiegend auf Rationalisierung und Ersatzbeschaffung ausgerichtet war, dürfte mit fortschreitendem Konjunkturaufschwung sich allmählich auf **Erweiterung der Kapazitäten** verlagern. Nach Umfragen des Ifo-Instituts werden für 1995 kräftige Investitionserhöhungen im Verarbeitenden Gewerbe geplant, und zwar besonders beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe und bei Herstellern von Grundstoffen und Produktionsgütern. Bei den Verbrauchsgüterproduzenten und in anderen konsumnahen Bereichen ist dagegen kurzfristig, angesichts des sich ohne Schwung entwickelnden Privaten Verbrauchs, kaum schon mit merklich höheren Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten zu rechnen. Von daher wird das Investitionsgeschehen in diesem Jahr im Unternehmenssektor sehr differenziert verlaufen. Nach aller Erfahrung werden die zwar verbesserten, aber noch verhaltenen Investitionspläne freilich rasch aufgestockt, wenn sich die Auftriebstendenzen erkennbar gefestigt haben.

Die Situation am Kapitalmarkt ist inzwischen insofern als normalisiert anzusehen, da die kurzfristigen Zinsen wieder unter den langfristigen liegen. Investitionen in langfristiges Kapital sind damit wieder relativ attraktiver als kurzfristige Geldanlagen. Der Sachverständigenrat sagt zurecht, daß **Renditeüberlegungen** „Dreh- und Angelpunkt bei Investitionsentscheidungen“ sind (Ziffer 209 JG). Allerdings sind die langfristigen Zinsen im internationalen Geleitzug wieder gestiegen. Wenn diese nicht retardierend auf die Investitionsneigung wirken sollen, müssen die Nachfrage- und Kostentendenzen auch künftig so zusammenwirken, daß sich der Abstand zwischen Sach- und Geldkapitalrenditen eher noch erweitert.

Die Bestimmungsgründe für die **Unternehmensinvestitionen in den neuen Ländern** gleichen sich nach der ersten Umstrukturierungsphase immer mehr denjenigen in Westdeutschland an. Auch hier spielt auf Dauer die erwartete Sachkapitalrendite im Investitionskalkül die entscheidende Rolle, d. h. mittelfristig müssen sich Investitionen auch ohne massive Fördermaßnahmen lohnen. Hier hat die ostdeutsche Wirtschaft bedeutende Fortschritte gemacht, die stetige Aufstockung der Investitionsbudgets deutet in diese Richtung.

Insgesamt wird in *Deutschland* von einem realen Anstieg der **Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich** um 8 bis 9 % ausgegangen. Der Konjunkturphase entsprechend werden die Ausrüstungsinvestitionen rascher expandieren als die gewerblichen Bauinvestitionen. Das Anstiegstempo der Unternehmensinvestitionen wird sich dabei in West- und Ostdeutschland annähern; gleichwohl dürfte der Zuwachs in den neuen Ländern merklich höher ausfallen und voraussichtlich wieder eine zweistellige Rate

aufweisen. Neben den Anlageinvestitionen wird wohl auch die Vorratsaufstockung nochmals einen spürbaren Wachstumsbeitrag liefern, wenngleich geringer als im letzten Jahr.

Nach dem außergewöhnlich starken Nachfrageschub im Vorjahr werden von den **Wohnungsbauinvestitionen** 1995 spürbar geringere Wachstumsimpulse ausgehen. Der Abbau von Fördermaßnahmen für selbstgenutztes Eigentum, die inzwischen wieder deutlich gestiegenen Hypothekenzinsen und die gedämpften Einkommensperspektiven lassen – unabhängig vom weiterhin hohen Bedarf – eine merkliche Verlangsamung der Wohnungsbautätigkeit erwarten. Dies hat sich bereits in nachlassenden Bauaufträgen niedergeschlagen. Insbesondere *in den alten Ländern* wird sich das Wachstum beim Wohnungsbau verringern. *In Ostdeutschland* ist dagegen, unter dem Einfluß des hohen Nachhol- und Erneuerungsbedarfs vor allem im Mietwohnungsbau, abermals mit einer deutlichen Ausweitung zu rechnen. Gestützt wird diese Entwicklung durch die sich immer mehr klärenden Besitzverhältnisse und die Fortsetzung staatlicher Fördermaßnahmen. Die Wohnungsbauinvestitionen könnten – vor allem aufgrund der starken Zunahme in den neuen Ländern – 1995 in *Deutschland* insgesamt real um 5 bis 6 % steigen.

Angesichts der Konsolidierungsbemühungen des Staates ist mit einem Rückgang der **öffentlichen Investitionen** zu rechnen, der in *Westdeutschland* merklich ausfallen dürfte. *In den neuen Ländern* wird es voraussichtlich nach der starken Zunahme der Infrastrukturinvestitionen in den letzten drei Jahren jetzt zu einer geringeren Zuwachsrate kommen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften daher in *Deutschland* insgesamt im Jahresdurchschnitt 1995 um 6 bis 7 % steigen.

129. Der **Private Verbrauch** wird in diesem Jahr voraussichtlich wiederum nur unterdurchschnittlich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Das **verfügbare Einkommen** der privaten Haushalte dürfte insgesamt nur geringfügig stärker ansteigen als 1994. Dabei wird unterstellt, daß die Effektivlohnsteigerungen je Beschäftigten in den alten Ländern etwas höher als im Vorjahr ausfallen. Außerdem wird sich mit der Verbreiterung des Wirtschaftswachstums die Beschäftigung wieder ausweiten. Damit nehmen die Bruttolöhne und -gehälter konjunkturbedingt merklich stärker als zuletzt zu. Infolge des Solidaritätszuschlags werden sich die Nettolöhne und -gehälter in der Summe allerdings nur schwach erhöhen. Bei den Transferleistungen ist mit einer geringeren Zunahme als zuletzt zu rechnen, und zwar sowohl aufgrund der niedrigeren Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen als auch wegen eines nur geringfügigen Rentenanstiegs als Folge der verhaltenen Nettolohnentwicklung im Vorjahr. Gewinnentnahmen sowie Vermögenseinkommen werden dagegen vermutlich überdurchschnittlich steigen, trotz der auch hier dämpfenden Wirkung des Solidaritätszuschlags. In den neuen Ländern sind die Zuwächse der Einkommen zwar noch merklich höher als in Westdeutschland. Bei der beschäftigungspolitisch notwendigen weiteren Begrenzung des Lohnanstiegs

dürfte ihre Ausweitung dennoch fühlbar schwächer als bisher ausfallen.

Die direkten Wirkungen der zusätzlichen Belastung durch den Solidaritätszuschlag lassen sich zwar einigermaßen verläßlich quantifizieren, doch ist es schwer abschätzbar, wie dadurch das Konsum- bzw. das Sparverhalten beeinflußt wird. Im letzten Jahr kam es trotz ähnlicher Entzugseffekte wie 1995 – entgegen den allgemeinen Erwartungen – zu einem Anstieg des Privaten Verbrauchs, da die Spartätigkeit erheblich verringert wurde. In diesem Jahr erscheint ein weiteres Absinken der **Sparquote** allerdings wenig wahrscheinlich, da mit gestiegenem Zinsniveau auch die Sparneigung wieder zunehmen dürfte. Hierin liegt gleichwohl ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor für die Projektion. Für den Privaten Verbrauch in *Gesamtdeutschland* wird daher eine nur moderate reale Steigerung von etwa 1 % erwartet.

Bei der staatlichen Endnachfrage zeichnet sich aufgrund der Konsolidierungsbemühungen nicht nur ein Rückgang der öffentlichen Investitionen ab, auch der **Staatsverbrauch** der Gebietskörperschaften wird keine Impulse liefern. Jedoch bedingt die Einführung der Pflegeversicherung Mehrausgaben im Sozialversicherungsbereich.

130. Die weltwirtschaftlichen sowie die finanz-, einkommens- und geldpolitischen Bedingungen dürften 1995 insgesamt zu einem **realen Wachstum** der **gesamtdeutschen Produktion** um etwa 3 % führen. Damit würde die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung weiter steigen. Hinter der erwarteten leicht beschleunigten Gangart der Konjunktur steht neben der Fortsetzung des dynamischen Ausfuhrwachstums binnenwirtschaftlich eine Verschiebung der Auftriebskräfte vom Wohnungsbau zu den Unternehmensinvestitionen. Für *Westdeutschland* könnte sich ein Wirtschaftswachstum von ca. 2½ % einstellen, *in den neuen Ländern* dürfte es sich wiederum in einer Größenordnung von 8 bis 10 % bewegen. Bei Abwägung aller Chancen und Risiken für die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung besteht durchaus die Möglichkeit einer stärkeren zyklischen Dynamik als sie hier unterstellt wird. Sicher erscheint ein solches Ergebnis aus heutiger Sicht allerdings nicht.

2. Besserung am Arbeitsmarkt

131. Die Wende am Arbeitsmarkt wurde aufgrund des beschleunigten Wirtschaftswachstums erheblich früher als erwartet eingeleitet. Häufig wird übersehen, daß die Beschäftigung der Produktion immer mit Verzögerung folgt und die Arbeitslosigkeit neben der Nachfrage nach Arbeitskräften auch von der Entwicklung des Erwerbspersonenangebots abhängt; dieses wird durch die Altersstruktur der Bevölkerung, ihre Erwerbsneigung sowie durch Zuwanderungen bestimmt (vgl. Ziffer 4). Im Aufschwung können zunächst Produktivitäts- und Arbeitskräftereserven mobilisiert werden; Einstellungen erfolgen erst wieder, sobald diese ausgeschöpft sind und sich die Produktionsperspektiven nachhaltig verbessert haben. Zu Unrecht wird daher oft in der ersten Erholungsphase nach einer Rezession beklagt, daß das Wirtschaftswachstum keine Wirkungen auf den Ar-

beitsmarkt zeige. So blieb auch in der Frühphase des gegenwärtigen Aufschwungs die Diskussion um ein vermeintliches „jobless growth“ nicht aus. Tatsächlich hat auch in diesem Aufschwung der Arbeitsmarkt positiv auf die Konjunkturentwicklung reagiert.

Nach den z. Zt. verfügbaren Informationen waren die Besserungstendenzen bei der Arbeitslosigkeit sogar stärker ausgeprägt als bei der Beschäftigung; das gesamte Angebot an **Erwerbspersonen** hat sich demnach leicht verringert. Auch wenn bei insgesamt noch nicht gestiegener Nachfrage nach Arbeitskräften die Erwerbsneigung vorübergehend gesunken sein könnte, deutet dies doch darauf hin, daß der durch Zuwanderungen und aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung ausgelöste Angebotsdruck nachläßt. Demographisch bedingt wird sich der Rückgang der deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den nächsten Jahren fortsetzen. Im begonnenen Aufschwung besteht daher die Chance, daß die Zunahme der Beschäftigung sich wieder stärker in einer Abnahme der Arbeitslosigkeit widerspiegelt, als dies in den letzten 20 Jahren bei kräftigem Wachstum der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter der Fall war.

Für die *alten Länder* geht die Bundesregierung davon aus, daß die **Beschäftigung** 1995 bei geringer werdenden Produktivitätsreserven wieder merklich zunimmt und die **Arbeitslosigkeit** entsprechend zurückgeht. In den *neuen Ländern* war die Arbeitsmarktentwicklung bisher noch stark von Strukturveränderungen geprägt. Ihre Auswirkungen überlagern hier den allgemein üblichen Zusammenhang von Produktion, Produktivitätsentwicklung und Beschäftigung. Das Auseinanderklaffen von Lohn- und Produktivitätsniveau ist weiterhin ein großes Problem, das sich nur allmählich verringert. Die **Lohn-Produktivitäts-Lücke** in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung betrug im Vergleich zu den alten Ländern 1994 immer noch rund 33 %. Im Verarbeitenden Gewerbe, das dem internationalen Wettbewerb besonders ausgesetzt ist, sind die Unterschiede mittlerweile erheblich geringer. Gemessen an den Löhnen je Umsatzeinheit, die als Annäherungsgröße für die Produktivität verwendet werden können, übertraf diese Relation in Ostdeutschland das westdeutsche Niveau 1994 um rund 10 %; sie dürfte sich 1995 noch weiter verringern. Da davon auszugehen ist, daß innerhalb der Industrie selbst auch noch große Produktivitätsabweichungen bestehen, kann sich wahrscheinlich eine Reihe von Unternehmen inzwischen durchaus mit westlichen Anbietern messen. Der Umstrukturierungsprozeß ist sicher noch nicht in allen Sektoren abgeschlossen, so daß hier Entlassungen nach wie vor nicht vermeidbar sind. Doch hat sich die Produktionsbasis offenbar so weit verbreitert, daß auch die Beschäftigungsmöglichkeiten insgesamt gestiegen sind. Per Saldo wurden seit dem 2. Quartal 1994 mehr Arbeitskräfte eingestellt als an anderer Stelle freigesetzt. Inzwischen nimmt die Beschäftigung beschleunigt zu.

132. Mit der Festigung und Verbreiterung des Wirtschaftswachstums bestehen für 1995 gute Aussichten, daß sich die Zunahme der Beschäftigung und

der Rückgang der Arbeitslosigkeit beschleunigt fortsetzen. In *Deutschland* insgesamt dürfte die **Zahl der Erwerbstätigen** um gut $\frac{1}{2}$ bis 1 % im Jahresdurchschnitt 1995 ansteigen. In absoluter Rechnung würde dies eine Zunahme um bis zu 300 000 bedeuten, die sich etwa zu gleichen Teilen auf die *alten und neuen Länder* verteilen könnte. Im Verlauf des Jahres 1995 dürfte der Zuwachs an Arbeitsplätzen zudem deutlich höher ausfallen, als es in den Jahresdurchschnittsangaben zum Ausdruck kommt. Sein Ausmaß hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit sich die lohnpolitische Vernunft auch tatsächlich fortsetzt. Spiegelbildlich zum Verlauf der Erwerbstätigkeit sind die Erwartungen für die Entwicklung der **Arbeitslosenzahl**: Sie dürfte im Jahresdurchschnitt um rund 300 000 auf ca. 3,4 Mio zurückgehen. Der Abbau dürfte etwa je zur Hälfte auf die alten und die neuen Ländern entfallen.

Die Bundesregierung ist für die Arbeitsmarktentwicklung in diesem Jahr also erheblich zuversichtlicher als der Sachverständigenrat, der nicht mit einer „grundlegenden Wende auf dem Arbeitsmarkt“, vor allem aufgrund „beträchtlicher Flexibilisierungsreserven“ (Ziffer 238 JG), rechnet. Angesichts der auch von ihm erwarteten höheren Wachstumsdynamik 1995 erscheint es wenig plausibel, daß die schon bis Jahresende 1994 eingetretene Zunahme der gesamtdeutschen Beschäftigung und gleichzeitig die Abnahme der Arbeitslosigkeit nahezu zum Stillstand kommen sollten, wie es die Sachverständigenrats-Prognose unterstellt. Dem Sachverständigenrat ist zwar zuzustimmen, daß die Lage am Arbeitsmarkt immer noch Grund zur Besorgnis gibt (Ziffer 240 JG), doch sind nach Auffassung der Bundesregierung die Anzeichen einer Besserung bereits deutlicher sichtbar. Diese Tendenz gilt es durch eine Erhöhung der Beschäftigungsintensität des Wachstums u. a. durch mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt zu stärken.

3. Weitere Beruhigung der Preisentwicklung

133. Trotz der Festigung des Wirtschaftswachstums in Deutschland bestehen gute Aussichten, daß sich die im letzten Jahr eingetretenen Erfolge bei der Stabilisierung des Preisniveaus 1995 nochmals vergrößern. Beim Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ging in den *alten Ländern* die laufende saisonbereinigte Jahresrate in den letzten Monaten auf etwa 2 % zurück. Wenn die Tarifabschlüsse auch in diesem Jahr die noch angespannte Arbeitsmarktlage und den begrenzten Verteilungsspielraum beachten, dann dürfte sich von der Lohnseite kein nennenswerter neuerlicher Kostendruck aufbauen. Von den Einfuhren her könnte er jedoch wieder etwas größer werden. Auch die Nachfrageseite bietet keinen Anlaß zu größeren Spannungen für die Preisbildung in diesem Jahr. Die nur schwache Verbrauchsnachfrage sorgt für intensiven Wettbewerb um den Kunden. Die Preiserhöhungsspielräume sind daher begrenzt. Die hohen Zuwächse bei den Wohnungsbauinvestitionen in den letzten Jahren dürften darüber hinaus zur weiteren Verlangsamung des Mietenanstiegs beitragen. Auch bei den administrierten Preisen sollte – nach den kräftigen

Erhöhungen in den vergangenen Jahren – eine Beruhigung eintreten (vgl. hierzu Ziffer 234 JG).

134. In den neuen Ländern dürften sich die Preise ähnlich moderat wie in den westlichen Ländern entwickeln. In einigen Bereichen, wie z.B. bei den öffentlichen Verkehrstarifen und staatlichen Gebühren, sind durch den weiteren Abbau von Subventionen immer noch etwas stärkere Preissteigerungen als in Westdeutschland zu erwarten. Die Einführung des Vergleichsmietensystems in diesem Jahr könnte sich ebenfalls tendenziell erhöhend auf das Verbraucherpreisniveau auswirken.

Für die **Preisentwicklung des Privaten Verbrauchs** in Gesamtdeutschland wird unter diesen Bedingungen – in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (vgl. Ziffer 4 des Anhangs) – eine Verlangsamung von 2,7 % im Vorjahr auf bis zu 2 % im Jahre 1995 erwartet, davon in den alten Ländern auf etwa 2 % und in den neuen Ländern auf ca. 2½ %. Auf den ersten Blick mag diese Projektion ehrgeizig erscheinen, bei Wertung der Angebots- und Nachfragebedingungen sowie bei der weiterhin auf Geldwertstabilität ausgerichteten Politik der Deutschen Bundesbank erscheint dieses Ziel aber durchaus erreichbar. Es ermöglicht bei dem deutlich gebremsten Kostenanstieg eine nochmalige Ausdehnung der Gewinnspannen. Trotz der moderaten Preisentwicklung verbessert sich die Ertragslage der Unternehmen und damit die Investitionsfähigkeit weiter. Andererseits darf die zu Recht eingeforderte Begrenzung des Lohnkostenanstiegs auch nicht durch stärker steigende Preise konterkariert werden: Lohndisziplin und Preisstabilität bedingen einander.

4. Ein weiterer Schritt in Richtung außenwirtschaftliches Gleichgewicht

135. Mit der Vereinigung Deutschlands hat sich eine außenwirtschaftliche Konstellation herausgebildet, die gekennzeichnet ist durch Leistungsbilanzdefizite und Kapitalimporte. Der Fehlbetrag der **Leistungsbilanz** und der spiegelbildlich dazu höhere Kapitalbedarf haben also nicht zu einem Vertrauensverlust der internationalen Märkte in die Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit Deutschlands geführt. Der Wert der D-Mark blieb im Gegenteil fest, die außenwirtschaftliche Position, besonders im internationalen Gütertausch, hat sich in jüngster Zeit sogar zusehends wieder verbessert. Dem Sachverständi-

genrat ist zuzustimmen, daß dieses internationale Vertrauen nicht aufs Spiel gesetzt werden darf (Ziffer 257 JG).

136. Die dynamische Exportkonjunktur wird sich in diesem Jahr fortsetzen. Die Einfuhren, die zum Teil Vorleistungen für die Ausfuhren darstellen, aber auch teilweise direkt in den Endverbrauch gehen, dürften etwas schwächer ansteigen. Dementsprechend dürfte die **Handelsbilanz** 1995 nochmals einen deutlich höheren Überschuß ausweisen als im Vorjahr. Im Gegensatz dazu steht eine Ausweitung des Defizits der **Dienstleistungsbilanz**. Bei einem sich vermutlich nur wenig verändernden Fehlbetrag in der Übertragungsbilanz kann damit gerechnet werden, daß sich das Leistungsbilanzdefizit 1995 wieder etwas zurückbildet. Dies bedeutet, daß zunehmend weniger auf ausländisches Kapital zurückgegriffen werden muß. Letztlich spiegelt sich hierin der geringer werdende Kreditbedarf des Staates aufgrund der fortschreitenden Konsolidierung wider; es wird aber auch deutlich, daß sich die Basis für die Eigenfinanzierung der Unternehmen verbessert. Damit erwartet die Bundesregierung, daß sich die **außenwirtschaftliche Position Deutschlands** festigt und ein weiterer Schritt in Richtung der Erreichung des Ziels des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts erfolgt. Die Fortschritte auf diesem Gebiet dürften inzwischen zudem bereits größer sein, als dies derzeit statistisch ausgewiesen wird.

Die **Bilanz der Kapitalerträge** wird nämlich in erheblichem Maße verzerrt, d.h. das statistische Zahlenbild überzeichnet die wahre Belastung der deutschen Volkswirtschaft mit Zinsausgaben an das Ausland beträchtlich. Denn Kapitalertragszahlungen an das Ausland sind in großem Maße nicht den ausländischen Empfängerbanken zuzurechnen, sondern inländischen Anlegern, die Konten im Ausland haben, ohne daß eine entsprechende Gegenbuchung als Einnahme erfaßt werden könnte. Die Deutsche Bundesbank weist in ihrem Monatsbericht für Dezember 1994 darauf hin, daß es sich um „größere Milliardenbeträge handeln“ dürfte, um die die deutsche Kapitalertragsbilanz – und damit entsprechend auch die Leistungsbilanz – zu ungünstig dargestellt wird. Dies bedeutet, daß auch die inländischen Vermögensbesitzern zufließenden Einkommen höher sind, als es derzeit im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der zusammengefaßten Größe Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zum Ausdruck kommt.

Tabelle 1

Eckwerte der Jahresprojektion 1995 in der Bundesrepublik Deutschland

	alte	neue	insgesamt	alte	neue	insgesamt
	Länder			Länder		
	1994 ⁴⁾			1995 ⁵⁾		
	- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -					
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts						
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (BIP)	2,3	8,9	2,8	rd. 2 ½	8 bis 10	rd. 3
Erwerbstätige	-1,2	0,8	-0,9	rd. ½	rd. 2 ½	½ bis 1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,2	-0,4	0,1	rd. 0	.	.
BIP je Erwerbstätigen	3,6	8,0	3,7	rd. 2	6 bis 7	2 bis 2 ½
BIP je Erwerbstätigenstunde	3,4	8,5	3,6	rd. 2	.	.
nachrichtlich:						
Arbeitslosenquote in % ¹⁾	(8,2)	(15,2)	(9,6)	(7 ½ bis 8)	(12 bis 13)	(knapp 9)
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	3,5	7,5	4,1	2 ½ bis 3	4 bis 5	rd. 3
Staatsverbrauch	2,3	4,5	2,7	3 bis 4	rd. 3	3 bis 4
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	18,4	5,8	rd. 6	26 bis 18	8 bis 9
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(10,1)	(3,5)	(13,6)	(22 bis 26)	(6 bis 8)	(28 bis 34)
Inlandsnachfrage	3,9	9,8	4,8	rd. 4	rd. 9	rd. 5
Außenbeitrag (Mrd. DM) ²⁾	(239,6)	(-221,8)	(17,8)	(258 bis 262)	(-232 bis -236)	(24 bis 28)
(in % des BIP)	(8,0)	(-65,1)	(0,5)	(rd. 8 ½)	(rd. -60)	(rd. ½)
Bruttoinlandsprodukt	4,4	11,5	5,1	rd. 4 ½	10 bis 12	rd. 5
In Preisen von 1991						
Privater Verbrauch	0,9	4,4	1,3	½ bis 1	2 bis 2 ½	rd. 1
Staatsverbrauch	1,1	1,8	1,2	rd. 1	rd. ½	rd. 1
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	15,6	4,3	4 bis 5	13 bis 15	6 bis 7
Ausrüstungen	-2,5	7,8	-0,6	7 ½ bis 8 ½	11 bis 13	rd. 9
Bauten	3,9	20,0	7,4	1 ½ bis 2 ½	14 bis 16	5 bis 5 ½
Inlandsnachfrage	1,9	7,5	2,7	rd. 2	6 bis 7	rd. 3
Ausfuhren ²⁾	7,4	22,6	6,8	rd. 7 ½	22 bis 24	7 bis 8
Einfuhren ²⁾	7,2	9,4	6,2	rd. 7 ½	rd. 7	5 ½ bis 6 ½
Außenbeitrag (in % des BIP) ³⁾	(7,0)	(-82,4)	(-0,7)	(rd. 7 ½)	(rd. -77)	(rd. - ½)
Bruttoinlandsprodukt	2,3	8,9	2,8	rd. 2 ½	8 bis 10	rd. 3
nachrichtlich:						
Bruttosozialprodukt	1,6	8,1	2,1	rd. 2 ½	8 bis 10	rd. 3
Preisentwicklung (1991 = 100)						
Privater Verbrauch	2,6	3,0	2,7	rd. 2	rd. 2 ½	rd. 2
Inlandsnachfrage	2,0	2,2	2,1	rd. 2	rd. 2 ½	rd. 2
Bruttoinlandsprodukt	2,1	2,4	2,2	rd. 2	rd. 2	rd. 2
Verteilung des Bruttosozialprodukts						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,1	8,7	2,1	3 bis 3 ½	7 ½ bis 8	3 ½ bis 4
Bruttoeinkommen aus Unternehme- r-tätigkeit und Vermögen	9,1	9,2	9,1	6 bis 8	30 bis 40	7 bis 9
Volkseinkommen	3,3	8,7	3,9	rd. 4 ½	8 bis 10	rd. 5
Bruttosozialprodukt	3,7	10,9	4,4	rd. 4 ½	10 bis 12	rd. 5
nachrichtlich:						
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer (Inländer) .	1,8	7,6	2,5	rd. 2 ½	rd. 5 ½	rd. 3
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	-1,4	0,4	-1,0	rd. ½	rd. 2	rd. 1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	2,2	5,0	2,5	2 ½ bis 3	4 bis 5	rd. 3
Sparquote in %	(11,1)	(10,3)	(11,0)	(rd. 11)	(rd. 10)	(rd. 11)

1) Bezogen auf alle Erwerbspersonen

2) Ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen

3) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

4) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1995

5) Jahresprojektion

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1994¹⁾ sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verlief 1994 insgesamt **bedeutend günstiger**, als es in der Jahresprojektion **erwartet** worden war. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, daß die konjunkturelle Dynamik in den alten Ländern erheblich kräftiger in Gang kam als vorausgeschätzt, und zwar nicht zuletzt infolge erheblich gebesserter Exportmöglichkeiten. Allerdings war bereits in der Jahresprojektion, im Gegensatz zu der vor Jahresfrist weitverbreiteten Skepsis, dargelegt worden, daß die Chancen eines besseren gesamtwirtschaftlichen Ergebnisses höher einzuschätzen seien als die Risiken einer ungünstigeren Entwicklung (JWB 1994, Ziffer 142). In den alten und den neuen Ländern wurden die Erwartungen für das jahresdurchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beträchtlich übertroffen.

Erstaunlich positiv war die Entwicklung des Privaten Verbrauchs, und zwar trotz der Belastungen aus Mineralölsteuererhöhung und Beitragsanhebung zur Rentenversicherung sowie der noch rückläufigen Beschäftigung. Ein fühlbarer Rückgang der Sparneigung und deutlich gestiegene Entnahmen und Vermögenseinkommen ließen die Verbrauchsausgaben im Westen real leicht ansteigen statt wie angenommen abnehmen; in den neuen Ländern war der Private Verbrauch ebenfalls merklich lebhafter als vor Jahresfrist projiziert. Auch die Wohnungsbauinvestitionen sowie die Ausfuhren stiegen bedeutend stärker als erwartet. Dagegen führte die beachtlich gebesserte gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland noch nicht zu einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen, sie fielen niedriger aus als vorausgeschätzt; allerdings bestätigte sich die erwartete Belebung im Verlauf. Ebenso war die Preisniveauentwicklung etwas günstiger als die ehrgeizigen Ansätze der Jahresprojektion.

Die Bruttolöhne- und -gehälter je Beschäftigten nahmen in den alten und neuen Ländern in dem mit der Projektion erwarteten Umfang zu; die Unternehmenserträge fielen höher aus. Auch verlief die Beschäftigungsentwicklung insbesondere in Ostdeutschland besser als prognostiziert. Erstmals seit der Vereinigung kam es in den neuen Ländern zu einem Beschäftigungsanstieg sowohl im Jahresdurchschnitt als auch im Verlauf. In den alten Ländern stabilisierte sich die Beschäftigung 1994 im Verlauf; schließlich trat eine Tendenzwende ein, die zu einem gegenüber den Schätzansätzen niedrigeren Beschäftigungsrückgang im Jahresdurchschnitt führte. Spiegelbildlich dazu blieb die registrierte Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland deutlich unter dem projizierten Niveau.

2. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts hat in Deutschland nach den ersten vorläufigen Berechnun-

gen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 1994 real 2,8 % (Bruttoinlandsprodukt real: +2,1 %) betragen. In der Projektion waren 1 bis 1 ½ % erwartet worden: In Westdeutschland nahm das Bruttoinlandsprodukt real um 2,3 % und das Bruttoinlandsprodukt um 1,6 % zu; in der Jahresprojektion war nur von einem Anstieg um jeweils ½ bis 1 % für diese beiden Globalgrößen ausgegangen worden. Die gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt schwächere Zunahme des Bruttoinlandsprodukts erklärt sich aus einem gegenüber dem Ausland deutlich rückläufigen Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Hier spielen die von inländischen Anlegern bei depotführenden Auslandsbanken gutgeschriebenen Zinszahlungen eine Rolle, die in der Bilanz der Kapitalerträge den ausländischen Banken zugeordnet werden, obwohl sie Erträge von Inländern darstellen; damit wird die Entwicklung der Kapitalertragszahlungen an das Ausland per Saldo überzeichnet. Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht im Dezember 1994, es würde sich „... um größere Milliardenbeträge handeln, um die die deutsche Kapitalertragsbilanz zu ungünstig dargestellt wird“. Für die neuen Länder ergaben die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für das Bruttoinlands- und -sozialprodukt mit 8,9 % bzw. 8,1 % einen Zuwachs, der ebenfalls über den Spannen der Jahresprojektion von jeweils 6 bis 8 % lag. Die divergierende Entwicklung des Bruttoinlands- und Bruttoinlandsprodukts resultiert hier aus einem niedrigeren Saldo der Pendlereinkommen.

Der Anstieg der *gesamtdesischen Inlandsnachfrage* ging real mit 2,7 % deutlich über den prognostizierten Ansatz (½ bis 1 %) hinaus. In den *alten Ländern* lag ihr Zuwachs mit real 1,9 % weit über der Obergrenze der vorausgeschätzten Spanne der Jahresprojektion von 0 bis ½ %. Dazu trugen höhere als erwartete Ausgaben für den Privaten und den Staatsverbrauch, ein stärkerer Vorratsaufbau und ein kräftigeres Wachstum der Wohnungsbauinvestitionen bei. Bei den Anlageinvestitionen (+1,3 %; Jahresprojektion: 0 bis 1 %) wurde der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen durch den dynamischen Wohnungsbau überkompensiert. In den *neuen Ländern* übertraf die reale Zunahme der Inlandsnachfrage mit 7,5 % (Jahresprojektion: +3 bis +5 %) ebenfalls den Schätzansatz erheblich. Dies ist gleichfalls auf den stärker als angenommenen Zuwachs des Privaten und öffentlichen Verbrauchs, im Gegensatz zu den alten Ländern aber auch auf die kräftiger gestiegenen Anlageinvestitionen (15,6 %; Jahresprojektion: 12 bis 14 %) zurückzuführen. Dabei entwickelten sich die Bauinvestitionen mit 20 % (Jahresprojektion: 14 bis 16 %) dynamischer als angenommen, und zwar insbesondere wegen des zunehmend expansiven Wohnungsbaus. Die Ausrüstungsinvestitionen erreichten dagegen mit 7,8 % knapp die Untergrenze der angenommenen Spanne (8 bis 10 %). Beim Staatsverbrauch ergab sich wegen höherer Sozialversicherungsausgaben statt des unterstellten Rückgangs eine Ausweitung.

Während in der Jahresprojektion für die *gesamtdesischen Exporte und Importe* von Waren und

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1994 der Bundesregierung (Drucksache 12/278)

Dienstleistungen mit einer realen Zunahme von 3 bis 4 % bzw. 1 bis 2 % gerechnet worden war, hat sich der Außenwirtschaftsverkehr nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit +6,8 % bei den Ausfuhren und mit +6,2 % bei den Einfuhren weitaus dynamischer entwickelt. Wie erwartet ging vom Außenbeitrag damit ein leicht expansiver Effekt auf das reale Wachstum des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts aus. Hier spiegelt sich einerseits die zunehmende Auslandsnachfrage, vor allem nach Investitionsgütern, aufgrund der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in den Industrieländern sowie andererseits die infolge gesunkener Lohnstückkosten in Deutschland deutlich gebesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wider.

Der innerdeutsche Waren- und Dienstleistungsverkehr, der in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bei regional getrennten Darstellungen konzeptionell als Aus- und Einfuhr betrachtet werden muß, hat erheblich kräftiger zugenommen als vor Jahresfrist erwartet worden war. Dies gilt in beiden Richtungen, von Ost- nach Westdeutschland allerdings von einem äußerst niedrigen Niveau ausgehend.

3. Mit dem über den Annahmen der Jahresprojektion verlaufenden Wirtschaftswachstum in Deutschland kam es auch zu einem deutlich stärkeren **Produktivitätsanstieg**; das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen nahm um 3,7 % zu (Jahresprojektion: 2½ bis 3 %). In den *alten Ländern* wurde dabei der obere Rand der Schätzmarke (2 bis 2½ %) mit 3,6 % beträchtlich übertroffen, in den *neuen Ländern* entsprach der Produktivitätszuwachs mit 8,0 % den Erwartungen (Jahresprojektion: 7 bis 9 %). Gleichzeitig mit dem beschleunigten gesamtwirtschaftlichen Wachstum in beiden Teilregionen entwickelte sich damit auch die **Beschäftigung** günstiger. So fiel der Rückgang der Zahl Erwerbstätiger nach dem Arbeitsortkonzept insgesamt mit 308 000 oder 0,9 % merklich geringer aus als vor Jahresfrist angenommen (Jahresprojektion: -450 000 bis -500 000 oder rund -1½ %). In den *alten Ländern* nahm sie um 358 000 oder 1,2 % ab (Jahresprojektion: -400 000 bis -450 000 oder rund -1½ %). Entgegen den Erwartungen ist es bereits im letzten Jahr in den *neuen Ländern* zu einem seit der Wiedervereinigung erstmaligen Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt um 50 000 oder 0,8 % gekommen. In der Jahresprojektion war noch von einem Rückgang um 50 000 bis 100 000 oder rund 1 % ausgegangen worden. Die Zahl der ostdeutschen Berufspendler nach Westdeutschland nahm dabei nur noch geringfügig zu. Aufgrund der insgesamt weniger ungünstigen Beschäftigungslage blieb das Niveau der registrierten **Arbeitslosigkeit** mit 3,70 Mio., davon 2,56 Mio. in den *alten* und 1,14 Mio. in den *neuen Ländern*, spürbar unter den prognostizierten Ansätzen; im Jahresverlauf hat die Arbeitslosigkeit seit dem Frühsommer abgenommen. Ihr jahresdurchschnittlicher Anstieg in Deutschland um rund 280 000 ist dabei allein auf die Entwicklung in den *alten Ländern* zurückzuführen. In Ostdeutschland blieb dagegen die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt trotz der insgesamt nachlassenden Entlastungen des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums leicht unter dem Vor-

jahresniveau bei deutlicher Rückführung im Jahresverlauf.

4. Der Anstieg des **Verbraucherpreisniveaus** in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung lag in *Westdeutschland* mit 2,6 % unter dem als ehrgeizig bezeichneten Ansatz der Jahresprojektion (rund 3 %), während der monatlich berechnete Preisindex für die Lebenshaltung mit +3,0 % im Jahresdurchschnitt und +2,7 % am Jahresende damit den seinerzeitigen Erwartungen exakt entsprach. Im saisonbereinigten Verlauf betrug die Jahresrate der letzten drei Monate etwa 2 %. Der den inländischen Preisauftrieb messende **Preisindex des Bruttoinlandsprodukts** blieb mit 2,1 % an der Untergrenze der prognostizierten Spanne (2 bis 2½ %). Hier machte sich vor allem die erstmals über ein ganzes Jahr zu verzeichnende Abnahme der Lohnstückkosten entlastend bemerkbar. In den *neuen Ländern* verlief die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe trotz des fortgesetzten Subventionsabbaus mit 3,0 % noch erheblich spürbarer unterhalb der vor Jahresfrist geschätzten Marge (Jahresprojektion: 4 bis 5 %). Dabei ist eine weitere Annäherung an das Verlaufsmuster des westdeutschen Preisindex festzustellen. Der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg in den *neuen Ländern* fiel daher mit 2,4 % ebenfalls deutlich niedriger als erwartet (4 bis 6 %) aus. Die Lohnstückkosten nahmen dabei nur noch geringfügig zu, die im Ganzen noch unbefriedigende Ertragslage der Unternehmen konnte sich also erheblich verbessern. Für *Deutschland insgesamt* ergab sich somit ein leicht unter dem Projektionsansatz liegender Preisanstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,2 % (Jahresprojektion: rund 2½ %).

5. Das **Wachstum des nominalen gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts** überschritt mit 5,1 % trotz des geringeren gesamtwirtschaftlichen Preisauftriebs aufgrund der kräftigeren realen Entwicklung den oberen Rand der Schätzmarke von 3½ bis 4½ %. Dies gilt auch für die nominale Inlandsnachfrage, die eine Zunahme von 4,8 % erreichte (Jahresprojektion: 3 bis 4 %). In den die Gesamtentwicklung dominierenden *alten Ländern* übertrafen das nominale Bruttoinlandsprodukt mit 4,4 % bzw. die Inlandsnachfrage mit 3,9 % die Obergrenzen der prognostizierten Spannen (2½ bis 3½ % bzw. 2 bis 3 %) deutlich. In den *neuen Ländern* lag die Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts mit 11,5 % innerhalb der Schätzmarke (10 bis 14 %) und die der Inlandsnachfrage ging mit 9,8 % darüber hinaus (Jahresprojektion: 6 bis 9 %).

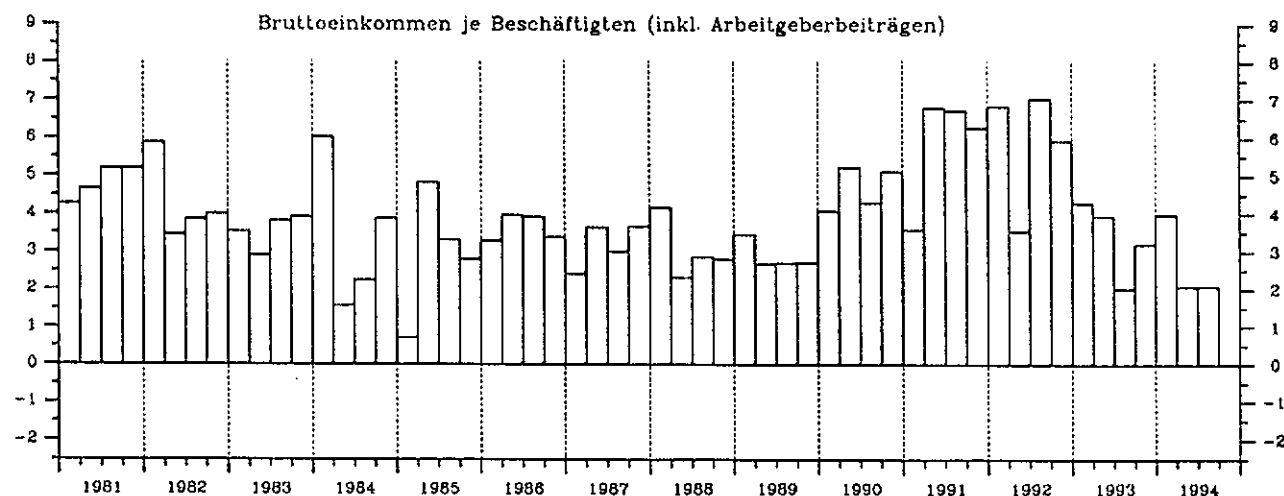
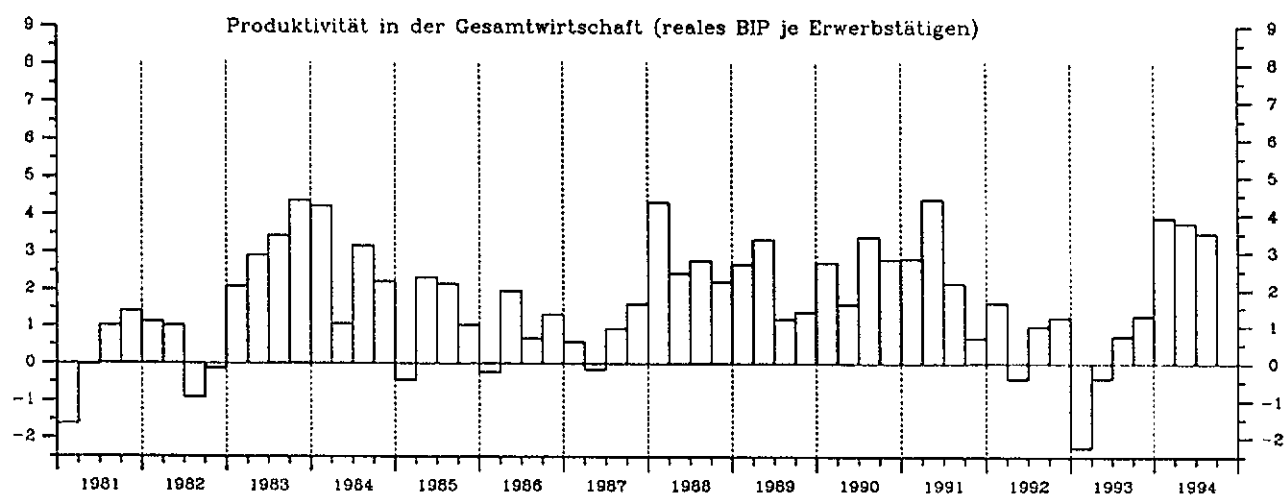
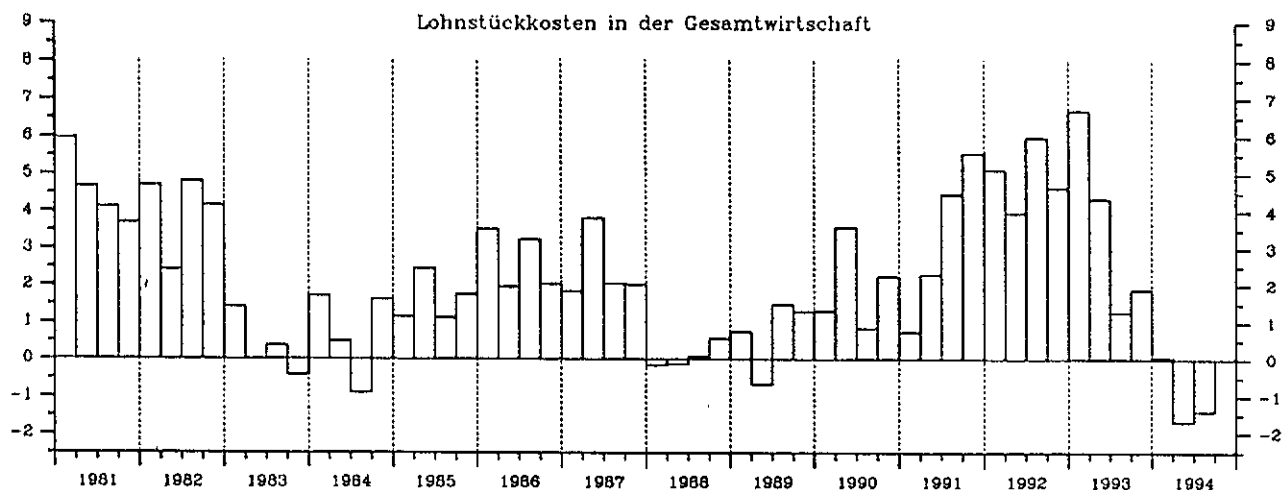
Der **nominale Außenbeitrag** trug mit einem expansiven Impuls von knapp ½ Prozentpunkt bei einer leichten terms-of-trade-Verbesserung wie erwartet zur nominalen Ausweitung des Bruttoinlandsprodukts bei.

6. Der Anstieg der **Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten** mit Wohnsitz in *Westdeutschland* erreichte mit 1,8 % knapp den Projektionsansatz (rund 2 %). Wegen des gegenüber den Annahmen geringeren Beschäftigungsrückgangs nahm die Bruttolohn- und -gehaltssumme mit 0,4 % wie erwartet zu. Der Zuwachs der Effektivlöhne von Arbeitneh-

LOHNSTÜCKKOSTEN, PRODUKTIVITÄT UND EINKOMMEN

IN DEN ALTEN LÄNDERN

Veränderung gegen Vorjahr in %, Index 1991=100, Inlandskonzept



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

mern mit Wohnsitz in den *neuen Ländern* verlief mit 7,6 % an der Obergrenze der prognostizierten Marge (6½ bis 7½ %), was u. a. auf den starken Abbau der Kurzarbeit zurückzuführen ist. Da im Gegensatz zur Projektionserwartung die Beschäftigung anstieg, fiel die Zunahme der Brutto-lohn- und -gehaltssumme mit 8,0 % fühlbar höher als vorausgeschätzt aus.

Die gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße **Brutto-sozialprodukt** lag mit einem nominalen Wachstum von 4,4 % in *Deutschland* am oberen Rand der projizierten Spanne (3½ bis 4½ %). Dieses Ergebnis wurde von der Entwicklung der *alten Länder* bestimmt, hier ging der nominale Zuwachs von 3,7 % leicht über die prognostizierte Obergrenze hinaus (Jahresprojektion: 2½ bis 3½ %). In den *neuen Ländern* blieb der nominale Anstieg des Sozialprodukts mit 10,9 % wegen der erheblich günstigeren Preisentwicklung im unteren Bereich der angenommenen Marge (Jahresprojektion: 10 bis 14 %).

Das Statistische Bundesamt hat erneut für das aus dem Bruttosozialprodukt abgeleitete **Volkseinkommen** eine gesamtdeutsche sowie eine regionalisierte Schätzung veröffentlicht. Da die Annahmen des Amtes zu den Abschreibungen auf den Kapitalstock der neuen Länder teilweise noch mit Unsicherheiten behaftet sind, blieben diesbezügliche Aussagen in der Jahresprojektion 1994 auf die alten Länder beschränkt. Den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge hat das *gesamtdeutsche Volkseinkommen* um 3,9 % zugenommen. In den *alten Ländern* übertraf es mit 3,3 % den oberen Rand der geschätzten Marge (2 bis 3 %). In den *neuen Ländern* expandierte es um 8,7 %. Die *gesamtdeutschen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit* stiegen mit 2,1 % genau im Rahmen der Erwartungen (1½ bis 2½ %); ihr Anstieg bewegte sich in den *alten Ländern* mit 1,1 % an der Untergrenze der Projektion (1 bis 1½ %), in den *neuen Ländern* ging er mit 8,7 % deutlich darüber hinaus (Jahresprojektion: 5 bis 7 %). Aufgrund der stärkeren Expansion des Volkseinkommens nahmen die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** mit 9,1 % in *Deutschland* insgesamt kräftiger als erwartet zu. Ihr Zuwachs betrug in den *alten Ländern* ebenfalls 9,1 % (Jahresprojektion: 4 bis 6 %) und in den *neuen Ländern* 9,2 %. Dies zeigt, daß sich die Ertragslage der westdeutschen Unternehmen nach den starken Einbußen infolge der Rezession wieder spürbar verbessern konnte. Für Ostdeutschland verdeutlicht diese Entwicklung, daß im Ergebnis einer zunehmend besseren Wettbewerbsfähigkeit immer mehr Unternehmen die Gewinnschwelle erreichen bzw. sie überschreiten.

7. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in Deutschland sind in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 1994 um 4,7 % gestiegen und lagen somit innerhalb der prognostizierten Spanne (4 bis 5 %). Dabei erreichte die Zunahme der Einkommens- und Vermögensübertragungen mit 6,3 % die Untergrenze der geschätzten Marge (Jahresprojektion: +6 bis +8 %). Dies ist auf ein gegenüber den Projektionsansätzen deutliches Zurückbleiben der

laufenden Übertragungen an das Ausland zurückzuführen. Demgegenüber expandierte der **Staatsverbrauch** mit +2,7 % infolge merklich gestiegener Sozialversicherungsausgaben kräftiger als mit der Jahresprojektion (+1 bis +2 %) angenommen worden war. Die **öffentlichen Investitionen** haben bei rückläufiger Entwicklung in *Westdeutschland* entgegen den Erwartungen (Jahresprojektion: -3 bis -5 %) insgesamt um 2,3 % zugenommen, da es in den *neuen Ländern* abermals zu einem kräftigen Anstieg kam. Die Ausweitung der öffentlichen Einnahmen ging mit 6,0 % über die Obergrenze der prognostizierten Spanne (+4½ bis +5½ %) hinaus. Dabei verlief die Zunahme des Steueraufkommens mit 4,6 % trotz spürbarer Mehreinnahmen bei den Steuern vom Umsatz an der Untergrenze der Projektionsansätze (+4½ bis +5½ %). Hierbei haben strukturelle Verschiebungen bei den Veranlagungssteuern als Folge des Standortsicherungsgesetzes und die gegenüber den Erwartungen geringeren Einnahmen aus dem Zinsabschlag eine Rolle gespielt. Der Anstieg der Sozialbeiträge von 7,2 % fiel aufgrund der günstigeren Beschäftigungslage im Vergleich zu den Projektionsansätzen höher als angenommen (5½ bis 6½ %) aus. Die sonstigen Einnahmen expandierten mit 8,8 % kräftig und überschritten somit beträchtlich die vorausgeschätzte Marge (Jahresprojektion: +2 bis +3 %).

Aufgrund einer - wie erwartet - insgesamt stärkeren Einnahmen- als Ausgabenentwicklung ist das **Finanzierungsdefizit des Staates** in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gegenüber 1993 um 14,8 Mrd. DM auf 90,3 Mrd. DM oder 2,7 % des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts zurückgegangen. Es lag damit unterhalb der Projektionsansätze (-95 bis -105 Mrd. DM oder rund -3 % des Bruttoinlandsprodukts). Dies ist einerseits auf eine stärkere als erwartete Abnahme des Defizits der Gebietskörperschaften und andererseits auf einen gegenüber den Annahmen geringeren Rückgang des Überschusses im Bereich der Sozialversicherung zurückzuführen.

8. Der geringeren Finanzierungslücke des Staates stand eine stärker gesunkene Geldvermögensbildung der privaten Haushalte infolge einer deutlichen Abnahme der Ersparnis gegenüber. Der Fremdmittelbedarf des Unternehmenssektors (einschließlich Wohnungsbau) hat trotz der gestiegenen Investitionen, vor allem in Wohnbauten und in den Vorratsaufbau, bei verbesserten Selbstfinanzierungsbedingungen 1994 spürbar abgenommen. Zum gesamten Aufkommen an Finanzierungsmitteln haben wiederum vermehrte Kapitalimporte beigetragen, wie sie sich im nochmals ausgeweiteten **Leistungsbilanzdefizit** widerspiegeln.

9. Das Statistische Bundesamt führt turnusgemäß im Herbst eine **Neuberechnung des Inlandsprodukts für die vergangenen drei Jahre** durch, da zu diesem Zeitpunkt wichtige Basisstatistiken aus Erhebungen vorliegen, die jährlich oder in mehrjährigen Abständen stattfinden und für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewertet werden können. Diese ersetzen die mit Hilfe aktueller Indikatoren fortgeschriebenen vorläufigen kurzfristigen Ergebnisse und stellen sie auf ein besseres Fundament. Die Revi-

sion im Herbst 1994 ergab, wie schon im Jahr zuvor, relativ starke Änderungen beim Bruttoinlandsprodukt und seinen Komponenten für 1991 bis 1993. Es kam zu deutlichen Niveauanhebungen für das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt, und zwar sowohl für die alten als auch für die neuen Länder. Wegen des vergleichsweise geringen Wertes des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland wirkten sich die Niveauänderungen hier erheblich stärker aus; die Korrektur betrug immerhin zwischen 10 und 14 % der bisherigen Ergebnisse. Während sich jetzt für Westdeutschland die wirtschaftliche Entwicklung 1991 und 1992 gegenüber dem bisherigen Stand günstiger darstellt und der rezessive Einbruch 1993 etwas schwächer ausfiel, weisen die revidierten Daten in Ostdeutschland ein für 1992 und 1993 geringeres Wachstum bei allerdings beträchtlich höherer Ausgangsbasis 1991 aus. Größere Revisionen als früher sind nicht ungewöhnlich, da die Fortschreibungsgrundlagen durch die deutsche Vereinigung erheblich unsicherer geworden sind; dies gilt auch für Westdeutschland. Hier wird erneut deutlich, daß eine regionalisierte Berechnung des gesamten Wirtschaftskreislaufs in einem einheitlichen Wirtschafts- und Währungsgebiet sowohl aus statistisch-methodischen Gründen als auch wegen der schwindenden Datenbasis, u. a. aufgrund der nur unvollständig erfaßbaren innerdeutschen Waren- und Dienstleistungsströme, auf Dauer nicht möglich ist (JWB 1994, Ziffer 137). Diese Revisionen erklären auch einige Abweichungen zwischen Projektion und tatsächlicher Entwicklung 1994.

Auf der Basis von Eckdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kann der wirtschaftliche Aufholprozeß in den *neuen Ländern* durch wichtige **Ost-West-Relationen gesamtwirtschaftlicher Daten** dokumentiert werden. Unterschiede zu diesen Relationen in früheren Jahreswirtschaftsberichten sind im wesentlichen auf die erwähnte Revision der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zurückzuführen; insgesamt stellen sich die Relationen aus ostdeutscher Sicht aufgrund des höheren Ausgangsniveaus 1991 für das Bruttoinlandsprodukt jetzt günstiger dar als früher. Wegen der noch stark abweichenden Preisniveaus und -strukturen in Ost- und Westdeutschland können solche Relationen sinnvollerweise nur in jeweiligen Preisen berechnet werden (vgl. hierzu Ziffer 9 der Anlage A des Jahreswirtschaftsberichts 1994). Bei einem Bevölkerungsanteil von rund 19 % trugen die neuen Länder 1994 zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt von 3 320,0 Mrd. DM mit 10,3 % bei. Diese Anteilsverbesserung um 0,6 Prozentpunkte gegenüber 1993 ergab sich nahezu ausschließlich durch das stärkere reale Wachstum im Vergleich zu Westdeutschland, während in den Vorjahren auch die in Ostdeutschland höhere gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung infolge des Subventionsabbaus eine Rolle gespielt hatte. Die hohe Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Produktionsentwicklung, die sich auf der Grundlage einer stark verbreit-

terten Wachstumsbasis vollzog, dominierte erstmals den gesamten Produktivitätszuwachs, da gleichzeitig die Beschäftigung zunahm. So hat sich das ostdeutsche Produktivitätsniveau 1994, hier gemessen als Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen, im Vergleich zu den alten Ländern auf 51,8 % erhöht (1993: 49,5 %). 1991 hatte es erst 31 % betragen. Gleichzeitig sind die Effektivlöhne der in den neuen Ländern beschäftigten Arbeitnehmer brutto von 67,6 % auf 71,5 % des westdeutschen Durchschnitts gestiegen. Netto hat sich die Relation von 71,7 % auf 75,6 % erhöht. Die Lohn-Produktivitäts-Lücke – auf der Basis der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit je Beschäftigten im Inland – ist damit wieder etwas größer geworden. Sie überstieg 1994 um 33 % das westdeutsche Niveau nach 31,7 % im Vorjahr, da die Lohnstückkosten in den alten Ländern sanken und in Ostdeutschland leicht zugenommen haben.

Trotz der verbesserten gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Produktivitätsrelationen Ostdeutschlands klafft nach wie vor eine große Lücke zwischen den eigenerwirtschafteten und den verfügbaren Einkommen, die im wesentlichen durch Transferzahlungen der alten Länder geschlossen werden muß. So entsprach 1994 das verfügbare Einkommen je Einwohner insgesamt 71,3 % und das der privaten Haushalte 66,6 % des westdeutschen Niveaus, demgegenüber erreichte das eigenerwirtschaftete Bruttosozialprodukt je Einwohner erst einen Anteil von 50,0 %. Das Auseinanderdriften von Nachfrage und Produktion konnte damit noch nicht aufgehalten werden; es wird in der dem absoluten Wert nach nochmals größer gewordenen Differenz zwischen Inlandsnachfrage und Bruttoinlandsprodukt deutlich. Dieser negative „Außenbeitrag“ Ostdeutschlands stieg von 206,7 Mrd. DM 1993 auf 221,8 Mrd. DM im Vorjahr an. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt verringerte sich jedoch die Lücke zwischen Nachfrage und Angebot, so daß 1994 die Inlandsnachfrage das Bruttoinlandsprodukt nur noch um 65 % nach fast 68 % im Jahr zuvor übertraf. 1991 freilich hatten Verbrauch und Investitionen Ostdeutschlands noch um 74 % über der eigenen Produktionsbasis gelegen.

Eine starke Verbesserung ist abermals bei der Kennziffer Anlageinvestitionen je Einwohner eingetreten, sie überschritt 1994 mit rund 11 400 DM das westdeutsche Niveau um rund 33 %, nachdem 1993 erstmals der westdeutsche Stand um rund 14 % übertroffen worden war. In dieser positiven Entwicklung spiegelt sich allerdings auch der deutliche Einbruch der Anlageinvestitionen 1993 und ihre erst schwache Zunahme 1994 in den alten Ländern wider. Die Angleichung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Westdeutschlands sowie die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in den neuen Ländern verlangen aber weiterhin eine hohe Investitionsintensität, um die Schere zwischen Produktions- und Einkommensentwicklung allmählich zu schließen.

Tabelle 2

Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten

	1990	1991	1992	1993	1994 ¹⁾	1990	1991	1992	1993	1994 ¹⁾
	Wirtschaftswachstum ¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Preisentwicklung ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Bundesrepublik Deutschland ³⁾	+5,7	+5,0	+2,2	-1,1	+2,8	+2,7	+ 3,7	+4,6	+3,9	+2,8
USA	+1,2	-0,6	+2,3	+3,1	+3,9	+5,1	+ 4,2	+3,2	+2,5	+2,2
Japan	+4,8	+4,3	+1,1	+0,1	+1,0	+2,6	+ 2,5	+2,1	+1,0	+0,8
Frankreich	+2,5	+0,8	+1,2	-1,0	+2,2	+2,8	+ 3,1	+2,4	+2,1	+1,8
Großbritannien . . .	+0,4	-2,0	-0,5	+2,0	+3,5	+5,5	+ 7,4	+4,7	+3,5	+2,6
Italien	+2,1	+1,2	+0,7	-0,7	+2,2	+6,2	+ 6,8	+5,3	+4,7	+3,9
Kanada	-0,2	-1,8	+0,6	+2,2	+4,1	+4,3	+ 4,8	+1,3	+1,7	+0,9
Spanien	+3,6	+2,2	+0,8	-1,0	+1,7	+6,5	+ 6,3	+6,4	+5,1	+4,7
Niederlande	+4,1	+2,1	+1,4	+0,4	+2,5	+2,2	+ 3,4	+3,0	+2,1	+2,2
Schweden	+1,4	-1,1	-1,9	-2,1	+2,3	+9,7	+10,1	+2,6	+6,1	+3,1
Schweiz	+2,3	0	-0,3	-0,9	+1,7	+5,3	+ 5,7	+4,2	+3,0	+0,9
Belgien	+3,2	+2,3	+1,9	-1,7	+2,3	+3,7	+ 2,5	+2,1	+2,6	+2,5
Österreich	+4,2	+2,7	+1,6	-0,3	+2,6	+3,1	+ 3,5	+3,8	+3,6	+3,0
Dänemark	+1,4	+1,0	+1,2	+1,4	+4,7	+2,7	+ 2,2	+2,1	+1,7	+2,0
Finnland	0	-7,1	-3,6	-2,0	+3,5	+6,0	+ 5,6	+4,1	+3,9	+1,7
Norwegen	+1,7	+1,6	+3,4	+2,2	+3,6	+4,8	+ 4,1	+2,6	+1,9	+1,5
OECD-Länder insgesamt	+2,6	+1,0	+1,6	+1,3	+2,8	+6,1	+ 5,8	+4,7	+3,8	+4,2
	Arbeitslose ³⁾ in % aller Erwerbspersonen					Leistungsbilanz in % des BIP bzw. BSP				
Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	6,4	6,7	7,7	8,9	9,6	3,1	- 1,1	-1,1	-1,1	-1½
USA	5,5	6,7	7,4	6,8	6,1	-1,7	- 0,1	-1,1	-1,6	-2,3
Japan	2,1	2,1	2,2	2,5	2,9	1,2	2,2	3,2	3,1	3,0
Frankreich	8,9	9,5	10,4	11,7	12,6	-1,3	- 0,6	0,3	0,8	0,7
Großbritannien . . .	5,9	8,2	9,9	10,2	9,4	-3,4	- 1,3	-1,8	-1,7	-0,9
Italien	11,5	11,0	11,6	10,4	11,3	-1,6	- 2,1	-2,3	1,2	1,6
Kanada	8,1	10,3	11,3	11,2	10,5	-3,8	- 4,1	-3,8	-4,3	-3,9
Spanien	16,3	16,3	18,4	22,7	24,3	-3,4	- 3,2	-3,2	-1,1	-1,0
Niederlande	7,5	7,0	6,7	8,3	9,3	3,5	2,6	2,1	3,3	3,3
Schweden	1,7	2,9	5,3	8,2	7,9	-2,9	- 2,0	-3,1	-0,9	1,1
Schweiz	0,5	1,1	2,5	4,5	4,7	3,8	4,6	6,2	8,0	6,2
Belgien	8,7	9,3	10,3	11,9	12,6	1,9	2,4	3,1	5,7	5,7
Österreich	3,2	3,5	3,6	4,2	4,4	0,7	0	-0,1	-0,5	-0,8
Dänemark	9,6	10,5	11,2	12,2	12,0	1,0	1,7	3,4	4,1	2,3
Finnland	3,5	7,6	13,1	17,9	18,3	-5,1	- 5,5	-4,6	-1,1	2,4
Norwegen	5,2	5,5	5,9	6,0	5,5	3,5	4,8	2,5	2,3	2,4
OECD-Länder insgesamt	6,2	6,9	7,7	8,0	8,2	-0,8	- 0,3	-0,4	0	-0,2

1) Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen

2) Deflator des Privaten Verbrauchs

3) Nationale Definition der Arbeitslosen

4) Schätzungen der OECD, für Bundesrepublik Deutschland amtliche Angaben bzw. eigene Berechnungen

5) Bis 1991: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; ab 1992 Deutschland insgesamt

6) Bis 1990: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; ab 1991 Deutschland insgesamt

Quellen: OECD, für Bundesrepublik Deutschland nationale Quellen

Tabelle 3

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1994
mit der Jahresprojektion der Bundesregierung**

	Jahresprojektion			tatsächliche Entwicklung ⁴⁾		
	alte	neue	insgesamt	alte	neue	insgesamt
	Länder			Länder		
	- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -					
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts						
Bruttoinlandsprodukt						
in Preisen von 1991 (BIP)	½ bis 1	6 bis 8	1 bis 1 ½	2,3	8,9	2,8
Erwerbstätige	rd. -1 ½	rd. -1	rd. -1 ½	-1,2	0,8	-0,9
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	rd. -½	.	.	0,2	-0,4	0,1
BIP je Erwerbstätigen	2 bis 2 ½	7 bis 9	2 ½ bis 3	3,6	8,0	3,7
BIP je Erwerbstätigenstunde	2 ½ bis 3	.	.	3,4	8,5	3,6
nachrichtlich:						
Arbeitslosenquote in % ¹⁾	(rd. 8 ½)	(rd. 16)	(rd. 10)	(8,2)	(15,2)	(9,6)
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts						
in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	2 bis 3	4 ½ bis 5 ½	2 ½ bis 3 ½	3,5	7,5	4,1
Staatsverbrauch	1 bis 2	2 bis 3	1 bis 2	2,3	4,5	2,7
Bruttoanlageinvestitionen	2 bis 3	15 bis 18	4 bis 6	2,3	18,4	5,8
Vorratsveränderung (Mrd. DM) ²⁾	(0 bis -4)	(6 bis 8)	(4 bis 6)	(10,1)	(3,5)	(13,6)
Inlandsnachfrage	2 bis 3	6 bis 9	3 bis 4	3,9	9,8	4,8
Außenbeitrag (Mrd. DM) ²⁾	(232 bis 236)	(-210 bis -214)	(18 bis 22)	(239,6)	(-221,8)	(17,8)
(in % des BIP) ²⁾	(rd. 8)	(rd. -69)	(rd. ½)	(8,0)	(-65,1)	(0,5)
Bruttoinlandsprodukt	2 ½ bis 3 ½	10 bis 14	3 ½ bis 4 ½	4,4	11,5	5,1
In Preisen von 1991						
Privater Verbrauch	0 bis -1	0 bis 1	0 bis -1	0,9	4,4	1,3
Staatsverbrauch	0 bis -1	-1 bis -2	0 bis -1	1,1	1,8	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	0 bis 1	12 bis 14	2 bis 4	1,3	15,6	4,3
Ausrüstungen	0 bis 2	8 bis 10	2 bis 3	-2,5	7,8	-0,6
Bauten	rd. 0	14 bis 16	2 ½ bis 3 ½	3,9	20,0	7,4
Inlandsnachfrage	0 bis ½	3 bis 5	½ bis 1	1,9	7,5	2,7
Ausfuhren	3 bis 4	6 bis 8	3 bis 4	7,4	22,6	6,8
Einfuhren	1 ½ bis 2 ½	2 bis 4	1 bis 2	7,2	9,4	6,2
Außenbeitrag (in % des BIP) ²⁾	(rd. 7)	(rd. -89)	(rd. -½)	(7,0)	(-82,4)	(-0,7)
Bruttoinlandsprodukt	½ bis 1	6 bis 8	1 bis 1 ½	2,3	8,9	2,8
nachrichtlich:						
Bruttosozialprodukt	½ bis 1	6 bis 8	1 bis 1 ½	1,6	8,1	2,1
Preisentwicklung (1991 = 100)						
Privater Verbrauch	rd. 3	4 bis 5	rd. 3	2,6	3,0	2,7
Inlandsnachfrage	rd. 2 ½	3 ½ bis 4 ½	2 ½ bis 3	2,0	2,2	2,1
Bruttoinlandsprodukt	2 bis 2 ½	4 bis 6	rd. 2 ½	2,1	2,4	2,2
Verteilung des Bruttosozialprodukts						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 bis 1 ½	5 bis 7	1 ½ bis 2 ½	1,1	8,7	2,1
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4 bis 6	.	.	9,1	9,2	9,1
Volkseinkommen	2 bis 3	.	.	3,3	8,7	3,9
Bruttosozialprodukt	2 ½ bis 3 ½	10 bis 14	3 ½ bis 4 ½	3,7	10,9	4,4
nachrichtlich:						
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer (Inländer)	rd. 2	6 ½ bis 7 ½	2 ½ bis 3	1,8	7,6	2,5
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	rd. -1 ½	rd. -2	rd. -1 ½	-1,4	0,4	-1,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	rd. 1 ½	4 ½ bis 5 ½	rd. 2	2,2	5,0	2,5
Sparquote in % ²⁾	(rd. 11 ½)	(rd. 12)	(rd. 11 ½)	(11,1)	(10,3)	(11,0)

¹⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen ²⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1993 ³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1995

Tabelle 4

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1994
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)
Bundesrepublik Deutschland – insgesamt –

	Jahresprojektion der Bundesregierung	Tatsächliche Entwicklung ³⁾
	– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –	
Einnahmen		
Steuern	+ 4½ bis + 5½	+ 4,6
Sozialbeiträge ¹⁾	+ 5½ bis + 6½	+ 7,2
Sonstige Einnahmen	+ 2 bis + 3	+ 8,8
Einnahmen insgesamt	+ 4½ bis + 5½	+ 6,0
Ausgaben	+ 1 bis + 2	+ 2,7
Einkommens- und Vermögensübertragungen	+ 6 bis + 8	+ 6,3
Investitionen	– 3 bis – 5	+ 2,3
Ausgaben insgesamt	+ 4 bis + 5	+ 4,7
Finanzierungssaldo Mrd. DM	–95 bis –105	–90,3
(in % des BIP)	(– rd. 3)	(–2,7)

¹⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

²⁾ Einschließlich Zinsen

³⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1995

B. Jahresprojektion 1995

10. In den alten Ländern wird sich der **Aufschwung** im Jahr 1995 **fortsetzen** (vgl. Ziffer 198 JG). Dadurch erhält auch der wirtschaftliche **Aufholprozeß in den neuen Ländern zusätzliche Impulse**. Das Wirtschaftswachstum dürfte in diesem Jahr bei insgesamt moderater Kosten- und nur verhaltener Nachfrageentwicklung im Inland weitgehend frei von inflationären Verspannungen bleiben. Die Erwerbstätigkeit wird zunehmen und die Arbeitslosigkeit zurückgehen. Da die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung neben der Auslandsnachfrage jetzt verstärkt auch von den Unternehmensinvestitionen getragen wird, verbessern sich die Aussichten für ein kräftiges und dauerhaftes Wachstum. Dies erleichtert die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, obwohl die staatlichen Finanzierungserfordernisse im Zusammenhang mit dem Aufbau Ostdeutschlands auch weiterhin beträchtlich sein werden.

Die Konjunkturaussichten stellen sich aus heutiger Sicht aufgrund deutlicher Verbesserungen bei den **externen und internen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** erheblich günstiger dar als vor Jahresfrist (Ziffern 188–189 JG). Von der außenwirtschaftlichen Seite wirkt sich aus, daß die weltwirtschaftliche Erho-

lung – insbesondere in Westeuropa – inzwischen noch stärker vorangeschritten ist. Binnenwirtschaftlich schlägt vor allem die auch für 1995 erwartete mehr am Verteilungsspielraum und an der ungünstigen Beschäftigungslage orientierte Lohnpolitik zu Buche, die zur Kostenentlastung der Unternehmen beiträgt und so ihre internationale Wettbewerbsposition verbessert. Daß sich die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven heute wesentlich günstiger darstellen, dazu hat auch die Wirtschaftspolitik beigetragen. So muß dem Sachverständigenrat zufolge der „Beitrag ins Bild gerückt werden, den die Wirtschaftspolitik zur konjunkturellen Erholung beigesteuert hat“ (Ziffer 188 JG). Mit den haushaltspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der Standorticherung wurde das Vertrauens von Unternehmen und Haushalten in die Solidität von Wirtschafts- und Finanzpolitik gestärkt. Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung ist bis zuletzt deutlich an der anhaltenden Verbesserung der wichtigsten Konjunkturindikatoren ablesbar. Das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau lag um die Jahreswende 1994/95 beachtlich über dem Jahresdurchschnitt 1994. Auf der Basis saisonbereinigter Daten dürfte der „Überhang“ für das Bruttoinlandsprodukt im 4. Quartal 1994 in Westdeutschland real reichlich 1 % und für Gesamtdeutschland etwa 1 ½ % betragen haben.

Dies alles darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die weitere wirtschaftliche Entwicklung durchaus auch mit **Risiken** behaftet ist (vgl. auch Ziffer 126). So werden aufgrund der Steuer- und Abgabenerhöhungen in diesem Jahr die Nettolöhne und -gehälter nur geringfügig steigen. In welcher Größenordnung dieser fiskalisch bedingte Kaufkraftentzug nachfragedämpfend und damit wachstumsbremsend wirken wird, hängt zwar von den Reaktionen der privaten Haushalte hinsichtlich ihres Konsum- bzw. Sparverhaltens ab. Angesichts der seit dem Frühjahr letzten Jahres kräftig gestiegenen Kapitalmarktzinsen erscheint es aber wenig wahrscheinlich, daß die Sparquote in diesem Jahr nochmals unter dem Vorjahreswert liegen wird. Die Bundesregierung teilt deshalb die Auffassung des Sachverständigenrates, daß die vom Privaten Verbrauch ausgehenden Impulse nur gering sein werden (Ziffer 198 JG). Ein Risiko für das Ausmaß der Konjunkturdynamik stellt darüber hinaus auch für sich gesehen der weltweite Anstieg der Kapitalmarktzinsen dar. Zwar fiel der Wiederanstieg von niedrigem Niveau in Deutschland nur unterdurchschnittlich aus, wovon vor allem der Wohnungsbau tangiert werden dürfte. Aber auch das Kalkül bei den Unternehmensinvestitionen wird davon beeinflusst, wenn ihm nicht entsprechend gestiegene Erwartungen für die Sachkapitalrendite entgegenstehen. Den Nachfragerisiken auf der Verbraucherseite und bei den Investitionen steht allerdings die **Chance** gegenüber, daß sich die Auftriebskräfte im Verlaufe des Aufschwungs deutlicher als erwartet gegenseitig verstärken könnten, wie dies auch in der Vergangenheit oft der Fall war. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß die außenwirtschaftlichen Impulse vor allem dann kräftiger ausfallen, wenn sich das Wachstum in den Partnerländern der Europäischen Union in größerem Maße als allgemein angenommen beschleunigen sollte. Das Risiko wieder steigender Lohnkostenbelastungen können die Tarifvertragsparteien durch eine Fortsetzung des zuletzt moderaten lohnpolitischen Kurses selbst begrenzen.

11. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1995 wird von fast allen Beobachtern ähnlich eingeschätzt, und zwar sowohl hinsichtlich des Tempos als auch der Struktur des Wachstums. Dennoch ist das Spektrum der vom Herbst letzten bis zu Beginn dieses Jahres bekannt gewordenen Vorausschätzungen relativ groß. Die **Bandbreite der Erwartungen** für den realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland 1995 beträgt immerhin 2 bis 3½ %. In ihr spiegelt sich eine unterschiedliche Bewertung der erwähnten Risiken wider.

Die Bundesregierung liegt mit ihrer Projektion eines **realen Wirtschaftswachstums** in Deutschland von **rund 3 %** – wie der Sachverständigenrat und die weit überwiegende Mehrheit der anderen Beobachter – im oberen Bereich des Prognosespektrums. Für Westdeutschland steht dahinter ein realer Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von rund 2½ % und für Ostdeutschland ein solcher von 8 bis 10 %.

Für die *alten Länder* wird angenommen, daß sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung mit ähnlichem Tempo wie bisher fortsetzt. Die wirtschaftlichen Aktivitäten werden wiederum kräftige **außenwirtschaft-**

liche Impulse erhalten. Die internationalen Organisationen erwarten die Fortsetzung des Wachstums der Weltwirtschaft. Einer als wahrscheinlich angesehenen langsameren konjunkturellen Gangart in Nordamerika steht eine höhere Schlagzahl insbesondere im westeuropäischen Raum gegenüber. Hier befinden sich die wichtigsten Handelspartnerländer inzwischen in Konjunkturphasen mit typischerweise starker Investitionstätigkeit. Die daraus resultierende kräftige Nachfrage nach Investitionsgütern kommt insbesondere den deutschen Ausfuhren zugute. Auch **binnenwirtschaftlich** sind die Rahmenbedingungen günstig, wenngleich vom Privaten Verbrauch – bedingt durch die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Steuer- und Abgabenerhöhungen – zunächst kaum nennenswerte Impulse ausgehen dürften (Ziffer 198 JG). Neben den außenwirtschaftlichen Impulsen wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum, nicht zuletzt aufgrund der verbesserten Sachkapitalrendite, in zunehmendem Maße auch von den Unternehmensinvestitionen getragen. Ihr Anstieg dürfte die nachlassenden Impulse vom Wohnungsbau zumindest ausgleichen.

Die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung in den *neuen Ländern* dürfte in diesem Jahr ungebrochen stark sein. Die **Hauptimpulse** für das Wachstum in Ostdeutschland gehen dabei voraussichtlich von der Investitionstätigkeit und den Lieferungen nach Westdeutschland aus. Mit den kräftigen Investitionen seit der Wiedervereinigung, die wahrscheinlich auch in diesem Jahr anhalten werden, ist der notwendige Aufbau wettbewerbsfähiger Produktionskapazitäten ein gutes Stück vorangekommen. Deswegen werden die endogenen Wachstumskräfte künftig einen immer breiteren Raum einnehmen, wenngleich derzeit noch überwiegend öffentliche Unterstützungsmaßnahmen den Aufholprozeß in Ostdeutschland bestimmen. Zugute kommen wird dem wirtschaftlichen Wiederaufbau in den neuen Ländern der konjunkturelle Aufschwung in Westdeutschland und die Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Wachstums. Damit verbessern sich insbesondere die Aussichten derjenigen Unternehmen, die dem überregionalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Sie können verlorengangene Marktanteile zurückgewinnen und neue Märkte erschließen.

Der Jahresprojektion 1995 werden im einzelnen folgende **Annahmen** zugrundegelegt:

a) Für die **Weltkonjunktur und das internationale Umfeld** wird in Übereinstimmung mit den Erwartungen internationaler Organisationen, des Sachverständigenrates und der Wirtschaftsforschungsinstitute unterstellt:

- Die konjunkturelle Erholung in den Industrieländern setzt sich fort. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Durchschnitt aller OECD-Länder – nach rund 2½ % im Vorjahr – 1995 um rund 3 % wachsen.
- In den neu aufstrebenden Industrieländern Südostasiens bleibt die Wirtschaftsentwicklung dynamisch.
- Dagegen verläuft der Umstrukturierungsprozeß in Mittel- und Osteuropa weiterhin differenziert.

Einzelnen Wachstumsregionen stehen nach wie vor Länder mit anhaltender Schrumpfung der gesamtwirtschaftlichen Produktion gegenüber.

- Von der Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Wachstums wird der internationale Gütertausch starke Impulse erhalten. Deswegen wird erwartet, daß sich die expansive Entwicklung des Welthandels mit einem realen Anstieg von 7 bis 8 % fortsetzt.
- Die deutschen Exportmärkte könnten aufgrund der Investitionsdynamik bei den wichtigsten Handelspartnern überproportional zum Welthandel wachsen.
- Das Austauschverhältnis der D-Mark gegenüber den Währungen der EU-Länder ändert sich nicht nennenswert. Gegenüber dem US-\$ könnte der Wert der DM im Jahresverlauf zwar bei Ausweitung des Zinsdifferentials etwas abnehmen; da die Kosten- und Preisentwicklung in Deutschland wegen der unterschiedlichen Konjunkturphasen aber eher niedriger als in den USA ausfallen dürfte, wird der Projektion zugrunde gelegt, daß die reale Kursentwicklung davon weitgehend unberührt bleibt.

b) Für die **Binnenwirtschaft** wird von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Die Lohnpolitik trägt auch weiterhin den wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfordernissen Rechnung und bleibt – trotz konjunktureller Belebung – auf moderatem Kurs. Da der durch den Produktivitätsanstieg bestimmte neu entstehende Verteilungsspielraum begrenzt ist und der Preisauftrieb sich weiter zurückbildet, fällt der gesamtwirtschaftliche Effektivlohnanstieg nur wenig höher als im Vorjahr aus.
- Die Finanzpolitik hält am eingeschlagenen Kurs der strikten Ausgabenbegrenzung fest. Bei der staatlichen Endnachfrage ergibt sich lediglich durch die Leistungen im Rahmen der Pflegeversicherung ein Anstieg. Die öffentlichen Investitionen werden sich verringern. Der Abbau des Finanzierungsdefizits wird durch die konjunkturelle Erholung erleichtert.
- Die Stabilisierungsaufgabe der Geldpolitik wird dadurch unterstützt, daß sowohl von der Kosten- als auch von der Nachfrageseite dämpfende Einflüsse auf die Preisentwicklung ausgehen dürften.

12. Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist weiter deutlich aufwärtsgerichtet. Das günstige Bild der Weltwirtschaft wird im wesentlichen von den OECD-Ländern, den aufstrebenden Ländern Ost- und Südostasiens einschließlich China sowie einigen Ländern Lateinamerikas geprägt. Die meisten der noch im Systemübergang befindlichen Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas müssen dagegen noch z. T. erhebliche Einbußen der wirtschaftlichen Aktivitäten hinnehmen. Die Expansion in den Aufschwungländern verläuft bisher hinsichtlich Dynamik und Zeitstruktur regional sehr differenziert, die Wachstumsraten gleichen sich aber jetzt mehr und mehr an. So sind die Vereinigten Staaten 1995 bereits im vierten Jahr

nach der Rezession, während in den meisten westeuropäischen Industrieländern die wirtschaftliche Entwicklung sich erst seit dem letzten Jahr verstärkt erholt hat. Auch die japanische Wirtschaft hat im Verlaufe des letzten Jahres das Rezessionstal langsam verlassen, nicht zuletzt durch kräftige Einkommensteuersenkungen. Die wirtschaftliche Erholung in allen Industrieländern hat als Gemeinsamkeit, daß überall z. T. erhebliche geldpolitische Lockerungen vorausgegangen waren. In einigen Ländern – so z. B. in den USA – nehmen die monetären Impulse wegen der inzwischen strafferen Geldpolitik ab, während die expansiven Wirkungen der vorangegangenen geldpolitischen Lockerung in Westeuropa noch anhalten.

Von der weltweit anziehenden Investitionskonjunktur dürften besonders die **deutschen Ausfuhren** begünstigt werden, zumal sich die Wettbewerbsposition der Unternehmen auf den Weltmärkten durch die Kostenentlastungen infolge der Rationalisierungsanstrengungen und der moderaten Tariflohnausschlüsse deutlich verbessert. Für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter war dies um so wichtiger, weil so die höhere Bewertung der D-Mark gegenüber dem Durchschnitt aller Industrieländer im Jahresdurchschnitt weitgehend aufgefangen werden konnte. Diese gegenläufigen Wirkungen werden sich bezüglich der Marktanteilsentwicklung in diesem Jahr aller Voraussicht nach in etwa die Waage halten, da die relative Kostensituation nach den Angaben der Jahresprojektion weiterhin entspannt bleibt. Deshalb darf erwartet werden, daß die Ausfuhren real ungefähr mit dem gleichen Tempo zunehmen wie das Welthandelsvolumen. Für Deutschland insgesamt dürfte unter diesen Annahmen bei moderat steigenden Exportpreisen der

nominale Anstieg der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen 9 bis 10 %

betragen. Dies entspräche einem realen Zuwachs von 7 bis 8 %. Dabei dürften die Güterexporte, wie bereits im Vorjahr, überdurchschnittlich zunehmen.

Bei einer nach West- und Ostdeutschland getrennten Kreislaufrechnung sind auch die **innerdeutschen Leistungsströme** zu erfassen. Nach den Regeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen müssen die Waren- und Dienstleistungsströme der jeweils liefernden Region als „Ausfuhren“ gebucht werden. Die wichtigste Datengrundlage für die Schätzung der Lieferströme zwischen den alten und neuen Ländern ist die zum Ende dieses Jahres auslaufende Statistik des innerdeutschen Warenverkehrs. Aufgrund bedenklich großer Untererfassungen und mangelnder Repräsentanz dürfte sie die tatsächlichen Verhältnisse schon lange nicht mehr korrekt und verläßlich abbilden. Die erheblichen Ergebnisunsicherheiten dieser Statistik pflanzen sich in den daraus abgeleiteten Schätzungen des innerdeutschen Güteraustausches sowie weiterer wichtiger regionalisierter Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, insbesondere der Ausrüstungsinvestitionen, fort. Der Sachverständigenrat spricht in diesem Zusammenhang von mittlerweile bedenklich großen Schätzfehlern (Ziffer 200 JG). Sie beruhen auf der

grundsätzlichen Schwierigkeit, daß die regionale Darstellung des Wirtschaftsgeschehens ein und desselben Wirtschafts- und Währungsraumes – in voller Gliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – nicht möglich ist. Insofern haben regional getrennte Rechnungen eher Modellcharakter, als daß sie reale Vorgänge abzubilden vermögen.

Der Modellrechnung der Jahresprojektion liegt die Annahme zugrunde, daß die Lieferungen in West-Ost-Richtung zwar weiter zunehmen werden, allerdings angesichts des bereits hohen Niveaus gegenüber dem Vorjahr gedämpft. Da für den erforderlichen Auf- und Umbau des Kapitalstocks in den neuen Ländern in hohem Umfange Investitionsgüter benötigt werden, dürfte die Bedeutung der ostdeutschen Verbrauchsgüternachfrage an der in Westdeutschland wirksamen Gesamtnachfrage weiter abnehmen. Dazu trägt nicht zuletzt auch der konkurrenzfähiger werdende ostdeutsche Konsumgütersektor bei. In umgekehrter Richtung dürfte sich die Dynamik der Lieferungen von Ost- nach Westdeutschland weiter erhöhen, denn aufgrund der Umstrukturierungsfortschritte in den neuen Ländern können viele ostdeutsche Anbieter mehr und mehr auch im überregionalen Wettbewerb bestehen. Hinzu kommt, daß mit der Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs auch nachfrageseitig die Chancen besser werden, auf westdeutschen Märkten stärker als bisher Fuß zu fassen.

13. Die Investitionen werden nach wie vor in den alten und den neuen Ländern von unterschiedlichen Kräften angetrieben: Während in *Westdeutschland* konjunkturelle Einflüsse das Wachstum der Investitionen dominieren, wird die Investitionsentwicklung in *Ostdeutschland* noch immer vorwiegend durch die Umstrukturierung der Wirtschaft und den Aufholprozeß getragen.

Insgesamt hat sich das Investitionsklima erheblich verbessert. In den *alten Ländern* wird sich voraussichtlich die schon seit Anfang 1994 wieder aufwärts gerichtete **Investitionsneigung** der Unternehmen weiter verstärken. Die Vergangenheitserfahrung zeigt, daß die Investitionsplanungen im Verarbeitenden Gewerbe im allgemeinen mit Verzögerung dem Geschäftsklima folgen. Umfragen des Ifo-Instituts zufolge bewegte sich dieses während der Rezessionsphase bereits seit Mitte 1993 wieder kontinuierlich nach oben. Dementsprechend wurden inzwischen die Investitionsbudgets aufgestockt. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß sich bereits seit Anfang 1994 die Aufträge aus dem Inland beim Investitionsgüterproduzierenden Gewerbe zunehmend belebt haben. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe hat sich schon seit geraumer Zeit erhöht und dürfte 1995 wieder den Normalbereich erreichen. Während im Vorjahr in erster Linie Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen durchgeführt wurden, dürfte sich der Schwerpunkt 1995 allmählich auf Erweiterungsinvestitionen verlegen. Diese sind vielfach mit Produkt- und Prozeßinnovationen verbunden. Dafür sprechen neben der höheren Auslastung die merklich gebesserten Absatzaussichten und die günstigeren Ertragsperspektiven. Allerdings wird die Investitionsbelebung noch nicht die gesamte

Wirtschaft erfassen. Sie dürfte in Wirtschaftsbereichen, die vorwiegend Güter und Dienstleistungen für den Privaten Verbrauch anbieten, noch sehr verhalten ausfallen.

Auch die **Renditeaussichten**, Dreh- und Angelpunkt bei Investitionsentscheidungen (Ziffer 209 JG), haben sich im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung erheblich verbessert. Mit dem Ende der inversen Zinsstruktur sind Investitionen in langfristiges Kapital wieder lohnender als kurzfristige Geldanlagen. Zwar sind die Kapitalmarktzinsen ungewöhnlich früh und deutlich gestiegen. Solange die Sachkapitalrentabilität höher erscheint als die Zinsen, dürfte die Investitionsneigung dennoch positiv bleiben. Wenn die Lohnkostenbelastung in diesem Jahr gedämpft bleibt, wie dies in der Jahresprojektion unterstellt wird, werden sich die Renditeverhältnisse weiter zugunsten der Anlagen in Sachkapital verbessern. Davon werden vor allem kräftige Impulse auf die **Ausrüstungsinvestitionen** ausgehen, die für die Beschäftigungsentwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Sie könnten in *Westdeutschland* 1995 um 7 ½ bis 8 ½ % ansteigen.

Der Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen folgen im allgemeinen die **Investitionen im gewerblichen Bau**. Entscheidend für die Ausweitung der Unternehmensbauten sind die Erweiterungsinvestitionen, die – wie schon erwähnt – im Verlauf des Jahres 1995 zunehmendes Gewicht erhalten dürften. Für den **Wohnungsbau** ist dagegen mit einem erheblich abgeschwächten Zuwachs zu rechnen. Nachdem die starke Bautätigkeit im Vorjahr aufgrund spezieller Fördermaßnahmen, insbesondere die Steuerbegünstigung bei Eigennutzung, durch Vorzieheffekte geprägt war, dürfte vor allem die Neubautätigkeit in diesem Jahr gedämpft ausfallen, da zudem die Hypothekenzinsen deutlich gestiegen sind und das Einkommen sich sehr verhalten entwickelt. Die **Investitionen des Staates** werden in *Westdeutschland* aufgrund der Konsolidierungsbemühungen voraussichtlich weiter zurückgehen. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen hier mit 1 ½ bis 2 ½ % merklich weniger stark steigen als im Vorjahr. Zusammengenommen könnten sich die Bruttoanlageinvestitionen in den *alten Ländern*, nach einem Zuwachs von 1,3 % 1994, im laufenden Jahr um 4 bis 5 % erhöhen.

In den *neuen Ländern* kann davon ausgegangen werden, daß sich die große Dynamik der Investitionstätigkeit weiter fortsetzen wird. Umstrukturierungsprozesse und Nachholbedarf sind weiterhin ihre bestimmenden Triebkräfte. Darüber hinaus werden **gewerbliche Investitionen** durch die Fortführung der speziellen Fördermaßnahmen sowie den weiteren Abbau von Investitionshemmnissen unterstützt. Aber auch die Impulse aus der verbreiterten Produktionsbasis selbst, insbesondere im Industriebereich, wirken sich zunehmend investitionsfördernd aus und entfalten Selbstverstärkungskräfte. Für 1995 wird unterstellt, daß die Produktivität stärker steigt als die Pro-Kopf-Löhne und dadurch die nach wie vor zu hohen Lohnstückkosten sinken. Damit würde sich die Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen erhöhen. Diese ist auch notwendig, um Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die **Bauinvestitionen** werden

weiterhin beträchtlich wachsen und damit ihre führende Rolle im Aufbau- und Umstrukturierungsprozeß beibehalten. Im Unterschied zur Entwicklung in den alten Ländern dürfte hier der Wohnungsbau wieder am kräftigsten zulegen, nicht zuletzt durch die – über 1996 hinaus modifiziert zu verlängernden – Maßnahmen des Fördergebietsgesetzes im Mietwohnungsbereich. Bei den gewerblichen und öffentlichen Bauinvestitionen zeichnet sich nach den zum Teil stürmischen Zuwächsen der Vorjahre eine etwas langsamere Expansion auf dem erheblich erhöhten Niveau ab. Die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen dürfte sich dagegen noch einmal verstärken, da sie Impulse aus dem Strukturwandel einerseits und der konjunkturellen Entwicklung Westdeutschlands andererseits erhalten wird. Insgesamt könnten die Bruttoanlageinvestitionen real nahezu in der gleichen Größenordnung zunehmen wie im Vorjahr, nämlich zwischen 13 und 15 %.

In der Jahresprojektion wird demnach für Gesamtdeutschland

ein nominaler Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen von 8 bis 9 %

erwartet. Bei einer weiterhin gedämpften Preisentwicklung für Ausrüstungsgüter und Bauten von rund 2 % entspricht dies einem Zuwachs von 6 bis 7 % in realer Rechnung.

In der gegenwärtigen konjunkturellen Phase des Aufschwungs ist eine Zunahme der Vorratsbildung nicht ungewöhnlich; allerdings dürfte der Impuls aus der Lageraufstockung niedriger ausfallen als in früheren Zyklen, da die Rationalisierung in der Vorrathaltung zu einem deutlichen Absinken der Lagerquote geführt hat.

14. Der Private Verbrauch wird sich in nominaler Rechnung voraussichtlich in etwa parallel zur Ausweitung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte entwickeln, d. h. in der Jahresprojektion wird von einer gegenüber dem letzten Jahr unveränderten niedrigen Sparquote ausgegangen. Trotz des im Vergleich zum Vorjahr sich abzeichnenden schwächeren Anstiegs des Verbraucherpreisniveaus dürften die privaten Konsumausgaben in realer Rechnung – wie auch vom Sachverständigenrat unterstellt – nur geringfügig zunehmen. Abweichend von den konjunkturellen Verlaufsmustern der Vergangenheit wird die private Verbrauchsnachfrage aufgrund der ab Jahresbeginn neu hinzugekommenen fiskalischen Belastungen aller Voraussicht nach erst im späteren Verlaufe dieses Jahres etwas an Schwung gewinnen können.

Was die *alten Länder* anbelangt, so wird in der Jahresprojektion davon ausgegangen, daß die **Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer** im Durchschnitt dieses Jahres mit etwa 2½ % nur wenig stärker steigen wird als im Vorjahr; 1994 hatten die Effektivlöhne um 1,8 % zugenommen. Hierbei ist berücksichtigt, daß die Laufzeiten der moderaten Abschlüsse des Vorjahres in großen Bereichen noch z. T. weit in den Verlauf dieses Jahres hineinreichen und damit den Jahresdurchschnittlichen Lohnanstieg mitbestimmen. Im Bereich des öffentli-

chen Dienstes wird aufgrund der haushaltspolitisch gebotenen Ausgabenbegrenzung nur eine moderate Zunahme der Löhne und Gehälter je Beschäftigten angenommen, wobei die erst mit Verzögerung wirksam gewordene Besoldungsanpassung für Beamte zusätzlich dämpfend wirkt. Der Sachverständigenrat stellt die Notwendigkeit einer auch weiterhin zurückhaltenden Lohnpolitik heraus, die der Sicherung der Beschäftigung Priorität einräumt (Ziffer 229 JG). Unter dieser Voraussetzung könnte die **Beschäftigung** – bei einer deutlichen Beschleunigung im Verlaufe dieses Jahres – im Durchschnitt um etwa ½ % über dem Vorjahresniveau liegen.

Nach den Annahmen über die Effektivlohn- und Beschäftigungsentwicklung beläuft sich der Anstieg der **Bruttolohn- und -gehaltsumme** aller beschäftigten Arbeitnehmer mit Wohnsitz in den *alten Ländern* auf rund 3 %. Die Nettolohn- und -gehaltsumme dürfte dagegen nur zwischen 0 und ½ % zunehmen. Die im Vergleich zur Bruttogröße deutlich geringere Steigerungsrate ist in erster Linie auf die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags zurückzuführen. Die Sozialbeiträge dürften sich insgesamt nur wenig stärker als die Bruttolohn- und -gehaltsumme entwickeln. Dahinter steht die Annahme, daß die zusätzlichen Sozialbeitragszahlungen der Arbeitnehmer für die zu Beginn dieses Jahres eingeführte Pflegeversicherung weitgehend durch Beitragssatzsenkungen bei der Rentenversicherung und bei einigen gesetzlichen Krankenkassen kompensiert werden. Die vom Staat geleisteten Übertragungseinkommen werden aller Voraussicht nach mit etwa 3 bis 4 % nochmals merklich weniger stark expandieren als im Vorjahr, in dem vor allem die Begrenzung der sozialen Leistungen den Zuwachs gebremst hatte. Die neuerliche Verlangsamung resultiert hauptsächlich aus dem konjunkturell bedingten Rückgang der Zahl der Leistungsempfänger bei der Arbeitslosenversicherung sowie aus der im Vergleich zum Vorjahr geringeren gesetzlichen Rentenanpassung aufgrund des nur schwachen Anstiegs der durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter 1994. Es kommt allerdings zu Mehrausgaben der Sozialversicherungsträger aufgrund zusätzlicher Leistungen im Rahmen der Pflegeversicherung. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften dagegen überdurchschnittlich expandieren, worin die günstige Ertragsentwicklung der Unternehmen sowie die kräftig gestiegenen Kapitalmarktzinsen zum Ausdruck kommen. Auch bei diesen Einkünften macht sich jedoch die Einführung des Solidaritätszuschlags dämpfend bemerkbar.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in *Westdeutschland* könnte demnach nominal um 2½ bis 3 %, nach 2,2 % im Vorjahr, steigen. Vom Sparverhalten der privaten Haushalte hängt es ab, wieviel hiervon auf die Ausweitung der Verbrauchsausgaben entfällt. Angesichts der kräftig angestiegenen Kapitalmarktzinsen ist ein weiterer Rückgang der Sparquote eher unwahrscheinlich, zumal auch die Sparfähigkeit – definiert als reales verfügbares Einkommen je Kopf der Wohnbevölkerung – trotz der Entziehungseffekte des Solidaritätszuschlags im Gegensatz zur Entwicklung in den beiden Vorjahren 1995 eher wieder gering-

fällig zunehmen dürfte. Beide Wirkungen könnten im Jahresverlauf zu einer etwas höheren Ersparnisbildung beitragen, so daß im Jahresdurchschnitt von einer unveränderten Sparquote ausgegangen wird. Unter diesen Bedingungen könnte der Zuwachs des nominalen Privaten Verbrauchs 1995 bei 2 ½ bis 3 % liegen nach 3,5 % im Vorjahr. In realer Rechnung bedeutete dies ein Anstieg von ½ bis 1 %, der damit ähnlich wie 1994 ausfallen könnte, als die Zunahme 0,9 % betragen hatte.

In den *neuen Ländern* dürfte die **Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer** mit etwa 5 ½ % zwar deutlich schwächer als im Vorjahr ansteigen, allerdings wird sie wegen der in Stufentarifverträgen geregelten Angleichungsschritte an die Lohnniveaus in den alten Ländern immer noch erheblich über der gesamtdeutschen Steigerungsrate liegen. Damit dürfte das ostdeutsche Effektivlohnniveau rund 74 % des westdeutschen Vergleichswerts erreichen, nach 72 % im Vorjahr. Die seit dem Wendepunkt der Beschäftigungsentwicklung im Frühjahr letzten Jahres mit zunehmenden Raten gestiegene Zahl der Beschäftigten, die ihren Wohnsitz in den neuen Ländern haben, dürfte sich 1995 weiter erhöhen. Im Jahresdurchschnitt kann eine Ausweitung der Beschäftigtenzahl von rund 2 % erwartet werden.

In der Jahresprojektion wird somit von einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der **Bruttolohn- und -gehaltssumme** um rund 7 ½ % in den *neuen Ländern* ausgegangen. Die Zunahme der Nettolohn- und -gehaltssumme wird wie in Westdeutschland deutlich darunter liegen, da auch hier die Lohnabzüge – im wesentlichen bedingt durch die Lohnsteuerprogression sowie die Einführung des Solidaritätszuschlags – stark überproportional steigen werden. Die Transfer-einkommen dürften sich erstmals etwas schwächer als die Erwerbseinkommen entwickeln und damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich verlangsamt zunehmen. Dafür sprechen wie in den alten Ländern vor allem die zu erwartende Entlastung auf dem Arbeitsmarkt durch abnehmende Arbeitslosenzahlen sowie die Anpassung der Renten an die inzwischen geringer steigenden durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter. Unter diesen Annahmen dürften die **verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte** in *Ostdeutschland* im Durchschnitt dieses Jahres um etwa 4 bis 5 % über dem Vorjahreswert liegen. Umfragen zufolge werden die Konsumenten soweit möglich ihre Ausgaben künftig im wesentlichen an der Einkommensentwicklung ausrichten. Dies ist ein Hinweis darauf, daß auch in den neuen Ländern in diesem Jahr von einer gegenüber 1994 unveränderten **Sparquote** ausgegangen werden kann. Unter dieser Annahme dürfte der Private Verbrauch ebenfalls um nominal rund 4 bis 5 % zunehmen. Bei einem gegenüber dem Vorjahr nochmals gedämpften Anstieg der Verbraucherpreise würde der private Konsum in realer Rechnung mit etwa 2 bis 2 ½ % abermals weit stärker expandieren als in Westdeutschland.

Für ganz Deutschland ergibt sich nach den Annahmen der Jahresprojektion eine

nominale Zunahme des Privaten Verbrauchs um rund 3 %.

Real entspräche dies – bei nochmals sich abschwächenden Verbraucherpreissteigerungen – einem Anstieg des Ausgabenvolumens um rund 1 %, d. h. der Private Verbrauch würde ebenso verhalten wie im Vorjahr zunehmen.

15. Die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungsträger werden in diesem Jahr ihre Konsolidierungsbemühungen forciert fortsetzen. Bei den **Personalausgaben** sind bereits wichtige Weichenstellungen erfolgt. Auf der Ebene des Bundes ist vorgesehen, das Personal in den kommenden vier Jahren um jährlich 1 % zu reduzieren. In den neuen Ländern dürfte der schon seit längerem in Gang befindliche Abbau des hohen Personalbestands weiter vorankommen, weil der Druck zu Einsparungen aufgrund der schwierigen Finanzlage weiterhin groß ist. Für den gesamten öffentlichen Dienst wird mit einer Fortsetzung des sehr moderaten Anstiegs der Löhne und Gehälter gerechnet. Hier macht sich entlastend bemerkbar, daß die Besoldungsanpassung bei den Beamten entsprechend der letztjährigen Tarifvereinbarungen mit erheblicher Verzögerung und zum Teil erst in diesem Jahr erfolgte.

Trotz verhaltener Entwicklung bei den Gebietskörperschaften werden die laufenden **Sachausgaben** insgesamt aller Voraussicht nach überproportional zunehmen, da im Bereich der Sozialversicherungen die zu erwartenden Mehrausgaben für Sachleistungen im Zusammenhang mit der Einführung der Pflegeversicherung kräftig zu Buche schlagen.

Die Jahresprojektion geht demnach von einer

nominalen Zunahme des Staatsverbrauchs um 3 bis 4 %

aus, nach 2,7 % im Vorjahr. Real entspricht dies einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Steigerungsrate von rund 1 %.

16. Aus den Annahmen der Jahresprojektion für die Entwicklung von Auslands- und Binnennachfrage errechnet sich für die **volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage** ein nominaler Zuwachs von gut 5 ½ % nach 5,3 % 1994. Bei anhaltend mäßigem Preisauftrieb dürfte der reale Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage wie im Vorjahr rund 3 ½ % betragen.

Für die **Einfuhren** von Gütern und Dienstleistungen wird ein realer Zuwachs von 5 ½ bis 6 ½ % erwartet. Diesem Ansatz liegt eine im Vorjahresvergleich etwa unveränderte Einfuhrelastizität zugrunde, d. h. für die Zunahme der Gesamtnachfrage wird ähnlich wie zuletzt auf ausländische Anbieter zurückgegriffen.

Der gesamtdeutsche **Außenbeitrag** könnte nach den Annahmen der Jahresprojektion in nominaler Rechnung zwischen 24 und 28 Mrd. DM liegen, sich also gegenüber dem Vorjahr nochmals ausdehnen. Im wesentlichen spiegelt sich hierin eine abermalige Vergrößerung des Handelsbilanzüberschusses wider. In realer Rechnung dürften sich die außenwirtschaftlichen Überschüsse – bei sich geringfügig verschlechternden terms of trade – leicht stärker aktivieren und damit entsprechend positiv auf das reale Wirtschaftswachstum auswirken.

Aus den Annahmen zur Inlandsnachfrage und zum Außenbeitrag ergibt sich für Deutschland insgesamt ein

nominaler Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von rund 5 %,

der damit etwa ebenso hoch wie im Vorjahr ausfallen dürfte. Davon könnten rund 4 ½ % auf *Westdeutschland* und 10 bis 12 % auf *Ostdeutschland* entfallen. Der Anteil der neuen Länder am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt belief sich im laufenden Jahr unter diesen Annahmen auf knapp 11 %. Der ostdeutsche Beitrag zur gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung läge damit um etwa 3 ½ %-Punkte über dem Wert im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung.

17. Der Preisanstieg schwächt sich in ganz Deutschland weiter ab. Auf der Kostenseite wirkt die Lohnpolitik – wie in dieser Vorausschätzung unterstellt – weiterhin entlastend. Hinzu kommt, daß die Unternehmen im Verlaufe der konjunkturellen Schwächephase erhebliche Rationalisierungsanstrengungen unternommen haben. Unter den Annahmen der Jahresprojektion zur Lohn- und Produktivitätsentwicklung ist in Deutschland 1995 insgesamt von einer geringfügigen Zunahme der Lohnkosten je Produkteinheit um etwa ½ % auszugehen. Dieser gemäßigte Anstieg der wichtigsten inländischen Kostenkomponente kompensiert tendenziell die Risiken einer nicht auszuschließenden weiteren Erhöhung der Einfuhrpreise, die angesichts der dynamischen weltwirtschaftlichen Nachfrageentwicklung und den höheren Rohstoffnotierungen stärker als bisher steigen könnten. Von der Nachfrageseite her dürften die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen aufgrund der zu erwartenden verhaltenen Zunahme des Privaten Verbrauchs dennoch eher begrenzt sein. Ferner darf nicht übersehen werden, daß die deutsche Wirtschaft aufgrund ihres hohen internationalen Verflechtungsgrads einem starken Einfuhrwettbewerb ausgesetzt ist, der zusätzlich die Möglichkeiten zu Preiserhöhungen begrenzt. Die Preissteigerungen für staatliche Dienstleistungen dürften in diesem Jahr in ruhigeren Bahnen verlaufen, nachdem in den letzten Jahren die Gebühren u. a. für Müllabfuhr, Straßenreinigung und Abwasser deutlich heraufgesetzt worden waren. Unter Berücksichtigung der getroffenen Annahmen über die Entwicklung der für die Preisschätzung relevanten Einflußgrößen dürfte sich in ganz Deutschland der

Anstieg der Verbraucherpreise auf bis zu 2 % verringern

nach 2,7 % im Vorjahr.

Die Preisentwicklung in den alten und *neuen Ländern* verläuft mittlerweile nahezu parallel, da in Ostdeutschland die Anpassung an das westdeutsche Preissystem weit vorangeschritten ist. In den neuen Ländern wird der Verbraucherpreisanstieg vermutlich geringfügig über der gesamtdeutschen Steigerungsrate liegen, vor allem weil in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit der vorgesehenen stufenweisen Einführung des Vergleichsmietensystems die Mieten nochmals deutlich angehoben und damit den tatsächlichen Kosten angenähert werden dürften. Au-

ßerdem ist mit einer weiteren Angleichung von Verkehrstarifen und öffentlichen Gebühren an das Niveau in den alten Ländern zu rechnen. In *Westdeutschland* wird ein Preisniveauanstieg auf der Verbraucherstufe von rund 2 % erwartet, in den neuen Ländern könnte er bei ca. 2 ½ % liegen.

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der den durch inländische Faktoren hervorgerufenen gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg mißt, dürfte für ganz Deutschland wie bereits im Vorjahr ebenfalls um rund 2 % steigen. Nach West- und Ostdeutschland differenziert sind auch hier die Unterschiede nur marginal. Da allenfalls von einem moderaten Anstieg der Lohnstückkosten ausgegangen wird, impliziert diese Erwartung eine abermalige deutliche Gewinnspannenausdehnung, die eine wichtige Voraussetzung für die Anregung der Investitionstätigkeit und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze darstellt.

18. Aus diesen Annahmen über die nominale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seinen Preisanstieg ergibt sich im Jahresdurchschnitt 1995 für Gesamtdeutschland ein

reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von rund 3 % gegenüber dem Vorjahr;

es dürfte in den *alten Ländern* rund 2 ½ %, in den *neuen* ca. 8 bis 10 % betragen.

Für *Westdeutschland* bedeutet dies eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung mit einem ähnlichen zeitlichen Wachstumsprofil wie im Vorjahr. Überdurchschnittlich dürfte die Produktionsausweitung im Verarbeitenden Gewerbe ausfallen, hier schlägt die kräftige Auslands- sowie die wachsende inländische Investitionsnachfrage zu Buche. Ohne Schwung wird dagegen die Wertschöpfung in den verbrauchsnahe Wirtschaftsbereichen sowie aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen im öffentlichen Sektor verlaufen. Ähnliches gilt für die *neuen Länder*. Hier dürften die Zuwachsraten im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baubereich abermals im zweistelligen Bereich liegen. Im Umstrukturierungsprozeß hat die Industrie zunächst starke Einbußen erlitten. Nach der Projektion kann sie den inzwischen wieder gestiegenen Wertschöpfungsanteil weiter spürbar ausdehnen.

In der Jahresprojektion wird für die gesamtdeutsche **Arbeitsproduktivität**, d. h. das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, ein realer Anstieg um 2 bis 2 ½ %, nach 3,7 % im Vorjahr, erwartet. Das zunächst starke Anwachsen der Produktivität in der konjunkturellen Erholungsphase und die darauf folgende Normalisierung des Produktivitätsanstiegs bei Fortsetzung des Aufschwungs ist eine im Konjunkturverlauf übliche Erscheinung. Ursache dafür ist, daß der Aufbau von Arbeitsplätzen und die Einstellung von Arbeitnehmern der steigenden Produktion mit zeitlicher Verzögerung folgt. In *Westdeutschland* dürfte die Produktivität mit rund 2 % langsamer als im Vorjahr ansteigen, als die Zunahme 3,6 % betragen hatte. Für *Ostdeutschland* wird mit einem Produktivitätsanstieg um 6 bis 7 % gerechnet, nach 8 % im Vorjahr.

Die **Zahl der Erwerbstätigen** würde damit in *Gesamtdeutschland* erstmals seit der Wiedervereinigung im

Jahresdurchschnitt zunehmen, und zwar um gut $\frac{1}{2}$ bis 1 % oder bis zu 300 000 auf wieder über 35 Mio. Nachdem es in *Ostdeutschland* bereits im Vorjahr zu einem sich im Jahresverlauf beschleunigenden Beschäftigungsanstieg kam, wird für 1995 im Jahresdurchschnitt mit einem Zuwachs der Zahl der Erwerbstätigen nach dem Arbeitsortkonzept um rund $2\frac{1}{2}$ % oder ca. 150 000 gerechnet. Hierbei dürften nach Abschluß der Privatisierung von Unternehmen der Treuhandanstalt sowie durch die Schaffung wettbewerbsfähiger Produktionskapazitäten per Saldo auch neue Arbeitsplätze in der Industrie sowie in den vorgelagerten und komplementären Bereichen entstehen. Der überwiegende Teil des Beschäftigungszuwachses wird jedoch im Baugewerbe und im privaten Dienstleistungssektor erwartet, während sich die Reduzierung des Personalstandes im öffentlichen Bereich noch fortsetzen dürfte. Für die Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger wird weiterhin von einem überdurchschnittlichen Zuwachs ausgegangen; die Zahl der abhängig Beschäftigten würde also etwas schwächer als die der Erwerbstätigen ansteigen.

Aufgrund der günstigeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird die Erwerbstätigkeit auch in den *alten Ländern* 1995 – nach dem rezessionsbedingten starken Einbruch und den nachfolgenden Stabilisierungstendenzen – voraussichtlich wieder zunehmen. Im Verarbeitenden Gewerbe könnte der Personalabbau zum Stillstand kommen und die Beschäftigung im Verlauf langsam erneut wachsen. Die verbesserten Perspektiven dürften auch hier auf die komplementären Wirtschaftsbereiche ausstrahlen und ihre Arbeitskräftenachfrage erhöhen. In den Dienstleistungsbereichen wird der auch während der Rezession gestiegene Beschäftigungsstand wahrscheinlich beschleunigt ausgedehnt werden. Alles in allem könnte demnach in Westdeutschland die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um rund $\frac{1}{2}$ % oder ca. 150 000 ansteigen, was einen etwa doppelt so starken Zuwachs im Jahresverlauf bedeuten würde. Dabei könnte die Zahl abhängig Beschäftigter etwa im gleichen Umfang wie die gesamte Erwerbstätigkeit zunehmen. Der Sachverständigenrat geht hingegen für die alten Länder von einem nochmaligen, wenn auch nur geringfügigen Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt aus, was im Verlauf praktisch einem Stillstand auf dem Ende letzten Jahres verzeichneten Niveau gleich käme (Ziffer 239 JG). Alle anderen Beobachter gehen dagegen wie die Jahresprojektion der Bundesregierung von einer Zunahme der Beschäftigung aus.

Spiegelbildlich zur weiter ansteigenden Arbeitskräftenachfrage dürfte sich in den *alten Ländern* die seit dem vergangenen Sommer zu beobachtende Abnahme der registrierten **Arbeitslosigkeit** im Verlauf nunmehr verstärkt fortsetzen. Dabei wird angenommen, daß sich der schwächer gewordene Wanderungsdruck über die Außengrenzen fortsetzt und dämpfend auf das Erwerbspersonenangebot wirkt. Hinzu kommt, daß die deutsche Wohnbevölkerung im Erwerbsalter aufgrund der Altersstruktur künftig abnimmt. Die Zahl der Arbeitslosen könnte sich dementsprechend um ca. 150 000 im Jahresdurchschnitt verringern und beliefe sich dann auf rund 2,4 Mio. Dies entspräche einer Arbeitslosenquote von $7\frac{1}{2}$ bis

8 % aller Erwerbspersonen. In den *neuen Ländern* dürfte die Arbeitslosigkeit infolge des sich fortsetzenden Beschäftigungsanstiegs bei etwa unveränderter Erwerbsneigung ebenfalls um ca. 150 000 niedriger als 1994 ausfallen. Dabei wird u. a. von insgesamt geringer werdenden Entlastungseffekten des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums ausgegangen. Danach wäre mit einer jahresdurchschnittlichen Zahl registrierter Arbeitsloser von rund 1 Mio. und einer Arbeitslosenquote von 12 bis 13 % aller Erwerbspersonen zu rechnen.

Für *Gesamtdeutschland* ergäbe sich nach den Annahmen der Jahresprojektion zu den Angebots- und Nachfragebedingungen des Arbeitsmarktes ein zwar nach wie vor noch hohes Niveau von jahresdurchschnittlich rund 3,4 Mio. Arbeitslosen, gleichwohl bedeutet dies einen Rückgang um rund 300 000 Personen und eine Senkung der

Arbeitslosenquote auf knapp 9 % aller Erwerbspersonen

nach 9,6 % 1994. Im Jahresverlauf wird die Arbeitslosenzahl noch spürbar stärker zurückgehen. Die sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern bereits stark abgebaute Kurzarbeit dürfte sich nochmals etwas zurückbilden.

19. Die umfassendste volkswirtschaftliche Einkommensgröße, das **nominale Bruttosozialprodukt** – es umfaßt neben den im Inland erwirtschafteten Einkünften auch den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen gegenüber dem Ausland – könnte 1995 in *Deutschland* mit etwa 5 % in der gleichen Größenordnung wie das Bruttoinlandsprodukt wachsen. Dahinter steht für *Westdeutschland* ein Anstieg von rund $4\frac{1}{2}$ % und für *Ostdeutschland* ein Zuwachs von 10 bis 12 %. Das gesamtdeutsche **Volkseinkommen** dürfte dann um ebenfalls rund 5 % zunehmen. Bei der Schätzung der primären Einkommensverteilung ist wie erwähnt davon ausgegangen worden, daß sich die moderate Lohnentwicklung fortsetzt (vgl. Ziffer 14 der Anlage). Danach könnte die Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer im Inland bei rund 3 % liegen. Dem liegt für *Westdeutschland* ein Anstieg von rund $2\frac{1}{2}$ % und für *Ostdeutschland* – unter Berücksichtigung der tarifvertraglich geregelten Angleichungsschritte an westdeutsche Lohnniveaus – eine Zunahme von rund $5\frac{1}{2}$ % zugrunde. Da die Beschäftigung im Durchschnitt dieses Jahres das Vorjahresniveau insgesamt wie dargelegt um rund 1 % übertreffen wird und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber nahezu parallel zur Bruttolohn- und -gehaltsumme ansteigen dürften, ist in Deutschland eine

Zunahme des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit von $3\frac{1}{2}$ bis 4 %

zu erwarten (nach 2,1 % im Vorjahr). In *Westdeutschland* dürfte der Anstieg 3 bis $3\frac{1}{2}$ % und in *Ostdeutschland* $7\frac{1}{2}$ bis 8 % betragen. Damit ergäbe sich für das als Differenz zwischen dem Volkseinkommen und dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu errechnende

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen eine Zunahme von 7 bis 9 %

(nach 9,1 % im Vorjahr). Demnach würde der Anteil der Lohnneinkommen am Volkseinkommen wie bereits im Vorjahr zurückgehen, und zwar um knapp 1 Prozentpunkt. Die damit gleichbedeutende Verbesserung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist eine wesentliche Bedingung dafür, daß sich die Dynamik bei der Investitionstätigkeit weiter erhöht und der Beschäftigungsaufbau verstärkt. Die sich fortsetzende Verbesserung der Ertragslage gilt für die alten wie für die neuen Länder. In *Westdeutschland* liegt der Projektion eine Zunahme des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 6 bis 8 % zugrunde. Die Annahmen für das Wachstum und die Lohnentwicklung in *Ostdeutschland* laufen für diese Residualgröße auf einen Anstieg um 30 bis 40 % hinaus. Er ist allerdings mit besonderer Vorsicht zu interpretieren, da sich hierin alle Schätzabweichungen niederschlagen. Das ostdeutsche Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen würde 1995 erst etwa 7 bis 7 1/2 % des Volkseinkommens betragen, während der entsprechende Anteil in den alten Ländern rund 30 % erreichen dürfte. Trotz dieses kräftigen Anstiegs in Ostdeutschland ist die Gewinnsituation der Unternehmen also insgesamt nach wie vor ungünstig.

Die sich durch steigende Steuern und Sozialbeiträge immer weiter öffnende Schere zwischen der Kostengröße „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ einerseits und der Einkommensgröße „Nettolohn- und -gehaltsumme“ andererseits unterstreicht die Notwendigkeit, die hohe Abgabenquote künftig wieder zu senken. Hierfür sprechen sowohl Angebots- wie auch Nachfrageüberlegungen. 1995 dürfte die Nettolohn- und -gehaltsumme in *Westdeutschland* nur noch etwa 51 % des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit entsprechen, in den *neuen Ländern* dürfte sich diese Quote auf rund 56 % belaufen. Dagegen hatte dieser Anteil in den alten Ländern 1960 noch fast 73 %, 1970 rund 66 %, 1980 knapp 59 % und 1990 rund 56 1/2 % betragen.

20. Die gesamten **Ausgaben des Staates**, in denen erstmalig Zinsausgaben aus der Übernahme der Treuhandschulden und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft auf dem Erblastentilgungsfonds enthalten sind, dürften in diesem Jahr um rund 5 % zunehmen nach 4,7 % im Vorjahr. Weniger als die Hälfte der Mittel verwendet der Staat selbst als Endnachfrager für **Staatsverbrauch und Investitionen**. Diese Ausgabenkategorie dürfte mit 3 % unterproportional steigen. Der staatliche Aufwand für **Umverteilungsvorgänge**, der sich auf weit mehr als die Hälfte der Staatsausgaben beläuft und im wesentlichen soziale Leistungen, sonstige Übertragungen, Subventionen und Zinsen umfaßt, dürfte das Vorjahresniveau vor allem wegen stark steigender Zinsbelastungen um rund 6 bis 8 % übertreffen. Die Zunahme der gesamten Staatsausgaben entspräche damit etwa dem nominalen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Die Staatsausgabenquote – definiert als Staatsausgaben in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen – dürfte deshalb wie im Vorjahr bei 50 % liegen.

Auf der Ausgabeenseite wird sich auswirken, daß die öffentlichen Haushalte ihre Konsolidierungsbe-

mühungen fortsetzen werden. Der Zwang zu Einsparungen wird sich neben der begrenzten Zunahme des Staatsverbrauchs (vgl. Ziffer 15 dieser Anlage) auch bei den staatlichen Bruttoinvestitionen bemerkbar machen (vgl. Ziffer 13 dieser Anlage). In *Westdeutschland* werden die Ausgaben für öffentliche Investitionen voraussichtlich zurückgeführt werden. In *Ostdeutschland* dürften sie infolge der weiterhin bestehenden Aufbaufordernisse zwar weiter – allerdings im Vergleich zu den Vorjahren gedämpft – zunehmen. Weitere Haushaltsentlastungen sind zu erwarten, weil die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung und die weiteren Aufbaufortschritte in den neuen Ländern dazu führen werden, daß erheblich geringere Zahlungen für Arbeitslosengeld geleistet werden müssen. Außerdem schwächt sich der Anstieg der Rentenausgaben aufgrund der Anpassung an den stark verminderten Nettolohnanstieg im vergangenen Jahr ab. Der dennoch erheblich überdurchschnittlich hohe Anstieg der staatlichen Einkommens- und Vermögensübertragungen ist im wesentlichen Reflex erhöhter Zinslasten des Bundes wegen der Schuldenübernahme der ostdeutschen Wohnungswirtschaft und der Treuhandanstalt.

Der Anstieg der **Steuereinnahmen** dürfte aufgrund der Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags, der Steuererhöhungen auf Versicherungen und Vermögen sowie der Fristverkürzung bei der Zahlung der Mineralölsteuer mit 8 bis 9 % deutlich über die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts hinausgehen. Die Abgabenquote erreicht damit einen neuen Höchststand. Da das Einkommen an **Sozialbeiträgen** in diesem Jahr den Lohnsummenzuwachs nur wenig übersteigen wird (vgl. Ziffer 14 dieser Anlage) und die sonstigen Einnahmen des Staates vermutlich geringer ausfallen werden als 1994, u. a. aufgrund eines wahrscheinlich niedrigeren Bundesbankgewinns, wird insgesamt mit einem Einnahmenanstieg von 5 bis 6 % gerechnet.

Aus den Annahmen über die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung ergibt sich, daß der staatliche **Finanzierungsbedarf** – ohne Berücksichtigung der Schuldenübernahme der ostdeutschen Wohnungswirtschaft und der Treuhandanstalt als einmalige Vermögensübertragung – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 80 bis 90 Mrd. DM betragen dürfte (nach 90,3 Mrd. DM im Vorjahr). Das entspräche knapp 2 1/2 % des Bruttoinlandsprodukts. 1994 hatte diese Quote 2,7 % betragen. Dahinter steht ein geringer werdender Überschuß bei den Sozialversicherungen und ein dem Betrage nach deutlich darüber hinausgehender Defizitabbau bei den Gebietskörperschaften.

21. Dem sinkenden Finanzierungsbedarf des Staates steht jedoch eine konjunkturbedingt steigende Kapitalnachfrage der Unternehmen gegenüber. Bei nur wenig zunehmender Vermögensbildung der privaten Haushalte muß der Finanzierungsbedarf des Inlands daher weiterhin auch durch ausländische Mittel gedeckt werden. Die in der Jahresprojektion erwartete Verminderung des **Leistungsbilanzdefizits** bedeutet allerdings, daß der Nettokapitalimport geringer wird.

Tabelle 5

Eckwerte der Jahresprojektion 1995 in der Bundesrepublik Deutschland

	alte	neue	insgesamt	alte	neue	insgesamt
	Länder			Länder		
	1994 ⁴⁾			1995 ⁵⁾		
	- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -					
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts						
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (BIP)	2,3	8,9	2,8	rd. 2 ½	8 bis 10	rd. 3
Erwerbstätige	-1,2	0,8	-0,9	rd. ½	rd. 2 ½	½ bis 1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,2	-0,4	0,1	rd. 0	.	.
BIP je Erwerbstätigen	3,6	8,0	3,7	rd. 2	6 bis 7	2 bis 2 ½
BIP je Erwerbstätigenstunde	3,4	8,5	3,6	rd. 2	.	.
nachrichtlich:						
Arbeitslosenquote in % ¹⁾	(8,2)	(15,2)	(9,6)	(7 ½ bis 8)	(12 bis 13)	(knapp 9)
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	3,5	7,5	4,1	2 ½ bis 3	4 bis 5	rd. 3
Staatsverbrauch	2,3	4,5	2,7	3 bis 4	rd. 3	3 bis 4
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	18,4	5,8	rd. 6	26 bis 18	8 bis 9
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(10,1)	(3,5)	(13,6)	(22 bis 26)	(6 bis 8)	(28 bis 34)
Inlandsnachfrage	3,9	9,8	4,8	rd. 4	rd. 9	rd. 5
Außenbeitrag (Mrd. DM) ²⁾	(239,6)	(-221,8)	(17,8)	(258 bis 262)	(-232 bis -236)	(24 bis 28)
(in % des BIP)	(8,0)	(-65,1)	(0,5)	(rd. 8 ½)	(rd. -60)	(rd. ½)
Bruttoinlandsprodukt In Preisen von 1991	4,4	11,5	5,1	rd. 4 ½	10 bis 12	rd. 5
Privater Verbrauch	0,9	4,4	1,3	½ bis 1	2 bis 2 ½	rd. 1
Staatsverbrauch	1,1	1,8	1,2	rd. 1	rd. ½	rd. 1
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	15,6	4,3	4 bis 5	13 bis 15	6 bis 7
Ausrüstungen	-2,5	7,8	-0,6	7 ½ bis 8 ½	11 bis 13	rd. 9
Bauten	3,9	20,0	7,4	1 ½ bis 2 ½	14 bis 16	5 bis 5 ½
Inlandsnachfrage	1,9	7,5	2,7	rd. 2	6 bis 7	rd. 3
Ausfuhren ³⁾	7,4	22,6	6,8	rd. 7 ½	22 bis 24	7 bis 8
Einfuhren ³⁾	7,2	9,4	6,2	rd. 7 ½	rd. 7	5 ½ bis 6 ½
Außenbeitrag (in % des BIP) ²⁾	(7,0)	(-82,4)	(-0,7)	(rd. 7 ½)	(rd. -77)	(rd. - ½)
Bruttoinlandsprodukt nachrichtlich:	2,3	8,9	2,8	rd. 2 ½	8 bis 10	rd. 3
Bruttosozialprodukt	1,6	8,1	2,1	rd. 2 ½	8 bis 10	rd. 3
Preisentwicklung (1991 = 100)						
Privater Verbrauch	2,6	3,0	2,7	rd. 2	rd. 2 ½	rd. 2
Inlandsnachfrage	2,0	2,2	2,1	rd. 2	rd. 2 ½	rd. 2
Bruttoinlandsprodukt	2,1	2,4	2,2	rd. 2	rd. 2	rd. 2
Verteilung des Bruttosozialprodukts						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,1	8,7	2,1	3 bis 3 ½	7 ½ bis 8	3 ½ bis 4
Bruttoeinkommen aus Unternehmerr- tätigkeit und Vermögen	9,1	9,2	9,1	6 bis 8	30 bis 40	7 bis 9
Volkseinkommen	3,3	8,7	3,9	rd. 4 ½	8 bis 10	rd. 5
Bruttosozialprodukt	3,7	10,9	4,4	rd. 4 ½	10 bis 12	rd. 5
nachrichtlich:						
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer (Inländer) .	1,8	7,6	2,5	rd. 2 ½	rd. 5 ½	rd. 3
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	-1,4	0,4	-1,0	rd. ½	rd. 2	rd. 1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	2,2	5,0	2,5	2 ½ bis 3	4 bis 5	rd. 3
Sparquote in %	(11,1)	(10,3)	(11,0)	(rd. 11)	(rd. 10)	(rd. 11)

¹⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen²⁾ Ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1995⁵⁾ Jahresprojektion

61/95

Tabelle 6

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

Bundesrepublik Deutschland – insgesamt –

	1992 ¹⁾	1993 ¹⁾	1994 ²⁾	1995 ³⁾
	–Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –			
Einnahmen				
Steuern	+ 9,5	+ 2,2	+ 4,6	+ 8 bis + 9
Sozialbeiträge ⁴⁾	+ 9,4	+ 6,2	+ 7,2	+ 4 bis + 5
Sonstige Einnahmen	+22,3	+ 0,2	+ 8,8	– 8½ bis – 9½
Einnahmen insgesamt	+10,4	+ 3,6	+ 6,0	+ 5 bis + 6
Ausgaben				
Staatsverbrauch	+10,6	+ 1,7	+ 2,7	+ 3 bis + 4
Einkommens- und Vermögens- übertragungen ⁵⁾	+ 8,1	+ 6,8	+ 6,3	+ 6 bis + 8
Investitionen	+16,0	+ 0,5	+ 2,3	– ½ bis – 1½
Ausgaben insgesamt	+ 9,5	+ 4,4	+ 4,7	+ rd. 5
Finanzierungssaldo				
Mrd. DM	–90,4	–105,1	–90,3	–80 bis –90
(in % des BIP)	(– 2,9)	(– 3,3)	(– 2,7)	(– rd. 2½)

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

²⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1995

³⁾ Jahresprojektion

⁴⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

⁵⁾ Einschließlich Zinsen; ohne Berücksichtigung der Schuldenübernahme der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft durch den Bund als einmalige Vermögensübertragung

10.03.95**Beschluß**
des Bundesrates

Jahreswirtschaftsbericht 1995 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 681. Sitzung am 10. März 1995 beschlossen, zu dem Jahreswirtschaftsbericht 1995 wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Bundesrat teilt die Auffassung des Sachverständigenrates und der Bundesregierung (Ziffer 58 ff JG, Ziffer 127 JWB), daß die positive konjunkturelle Entwicklung in Deutschland vor allem auf eine parallele Verbesserung des internationalen Umfeldes und der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter mit der Folge steigender Exporte zurückzuführen ist. Er betont in diesem Zusammenhang die verantwortungsvolle Rolle der Tarifpartner, die in 1994 mit äußerst zurückhaltenden Lohnabschlüssen zu einer Reduktion der Lohnstückkosten beigetragen haben, die sich - einmalig in der Nachkriegsgeschichte - trotz steigender Lohnnebenkosten in der westdeutschen Industrie 1994 auf 5 bis 6 % belief. Der Bundesrat erkennt dabei auch an, daß die Unternehmen ihre Produktivität durch einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen erheblich steigern konnten. Er weist aber zugleich auf den ambivalenten und häufig kurzfristigen Charakter vieler betrieblicher Kostensenkungsprogramme mit Personalabbau und Kürzungen im Bereich von Ausbildung, Forschung und Entwicklung hin (vgl. u.a. Ziffern 9, 57 JWB). Der Bundesrat schließt sich dem Appell der Bundesregierung an die Wirtschaft an, "im eigenen Interesse ihrer Verantwortung für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot wieder intensiver nachzukommen" (Ziffer 57 JWB).

Der Bundesrat stellt fest, daß von den vier stabilitätspolitischen Zielen bislang nur die Wachstumsrate und die Preisentwicklung eine ausreichende "Performance" aufweisen. Er nimmt zudem zur Kenntnis, daß auch die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht die bekannten konjunkturellen Risiken und retardierenden Einflüsse benennt (Ziffer 126 ff JWB). Der Bundesrat verweist dabei nachdrücklich auf die Gefahr, daß durch eine schwache Binnennachfrage Kraft und Breite des Wirtschaftswachstums Schaden nehmen könnten. Die bloße Hoffnung auf das für Westdeutschland in der Vergangenheit typische konjunkturelle Wachstumsmuster greift zu kurz. Der Bundesrat verweist dabei auch auf die Einschätzung von Sachverständigenrat und Bundesregierung, daß das "derzeitige Investitionsniveau (...)" bei weitem nicht aus (-reicht), um ein mittelfristig angemessenes Wirtschaftswachstum und einen höheren Beschäftigungsstand zu sichern" (Ziffer 128 JWB, vgl. Ziffer 7 JG). Er gibt aber auch zu bedenken, daß nicht zuletzt aufgrund der fiskalischen Belastungen zugunsten des Bundes vom privaten Konsum als größtem Nachfrageaggregat nur geringe Impulse mit einschneidenden Folgen für die konsumnahen Branchen und den Einzelhandel ausgehen dürften. Im übrigen teilt der Bundesrat mit Blick auf den internationalen Standortwettbewerb und Strukturwandel die Einschätzung der Bundesregierung, daß vor allem "die in Ost und West nach wie vor viel zu hohe Arbeitslosigkeit (..) eine permanente Ermahnung (ist), die wirtschaftlichen Probleme nicht bereits mit Überwindung der Konjunkturkrise für gelöst zu halten" (Ziffer 8 JWB).

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß vor dem Hintergrund der konjunkturellen Risiken, der standortpolitischen Herausforderungen und der ungelösten Beschäftigungsprobleme eine verantwortungsbewußte Zusammenarbeit der relevanten Akteure notwendig ist. Er gibt dabei seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Tarifpartner in 1995 zu Abschlüssen kommen, die - nicht zuletzt durch einen weiteren Ausbau flexibler Arbeitszeitregelungen - die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sichern und die Einkommenssituation der Arbeitnehmer ebenso wie die Lage am Arbeitsmarkt berücksichtigen. In Anerkennung der Interdependenzen auf den internationalen Finanzmärkten bittet der Bundesrat die Bundesbank, angesichts der weitgehend stabilitätskonformen Entwicklung des Preisauftriebs und der Geldmenge zu prüfen, inwieweit in der derzeitigen Konjunkturphase eine Ausnutzung zinspolitischer Handlungsspielräume machbar und sinnvoll ist.

Der Bundesrat fordert vor allem die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum und mehr Arbeitsplätze in Deutschland zu verbessern. Notwendig ist derzeit ein wirtschafts- und finanzpolitischer Strategiemix, der unter Berücksichtigung quantitativer Konsolidierungsziele und qualitativer haushaltspolitischer Handlungsspielräume zur Stabilisierung der Konjunktur beiträgt und die soziale Gerechtigkeit und Innovationsfähigkeit als zentrale Standortfaktoren sichert. Der Bundesrat begrüßt deshalb entsprechende Maßnahmen auf Bundesebene wie z.B. die Bereitstellung von Beteiligungskapital für technologieorientierte Unternehmensgründungen. Er fordert die Bundesregierung auf, weitere entsprechende Vorschläge, die zum großen Teil auf Initiativen der Länder zurückgehen, verlässlich und konsequenter als bisher umzusetzen. Der Bundesrat ist im übrigen der Auffassung, daß die im Jahreswirtschaftsbericht aufgeführten, primär angebotspolitisch orientierten Leitlinien zu kurz greifen und hinter die im Fortschrittsbericht der Bundesregierung (BR-Drs. 670/94) erkennbaren Ansätze einer pragmatischen und differenzierten Standortpolitik zurückfallen.

Der notwendige Strategiemix für mehr Wachstum und Beschäftigung sollte nach Meinung des Bundesrates vor allem die folgenden wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Elemente umfassen:

- Eine marktwirtschaftliche Industriepolitik, die trotz unterschiedlicher Kompetenzen und Verantwortlichkeiten auf Dialog, Koordination und Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik setzt. Der Bundesrat begrüßt deshalb die Absicht des Bundesministers für Wirtschaft, die längst erforderlichen Branchendialoge aufzunehmen und fordert ihn auf, auf Seiten des Bundes die erforderlichen Voraussetzungen für deren erfolgreiche Gestaltung zu schaffen.
- Dazu gehört auch die entgegen den "Leitlinien" des Bundes nicht erkennbare Umschichtung des Bundeshaushaltes in Richtung Zukunftsinvestitionen. Der Bundesrat schließt sich hier der Kritik und den Forderungen der Finanzministerkonferenz und des Wissenschaftsrates an. Der Anteil des Forschungshaushaltes am Bundeshaushalt ist von 2,7 % Mitte der 80er-Jahre

auf unter 2 % gesunken, der Anteil von Bildung und Wissenschaft von 1,8 % 1982 auf jetzt nur noch 1,3 %. Die offiziell verlaubliche Steigerung des Forschungshaushaltes in 1995 läßt sich nur nachvollziehen, wenn die globale Minderausgabe des Vorjahres berücksichtigt wird. Vor diesem Hintergrund wird auch die Kritik des Bundes an den Kürzungsmaßnahmen der Wirtschaft im Bereich von Forschung und Entwicklung unglaublich.

- Als Beitrag zur weiteren Reduktion der betrieblichen Kosten und zur Stabilisierung der Arbeitnehmereinkommen eine Entlastung des Faktors Arbeit von gesamtstaatlichen Aufgaben der aktiven Arbeitsmarktpolitik und des Strukturwandels in den neuen Bundesländern. Der Bundesrat verweist dabei auch auf entsprechende Vorschläge der Wirtschaft und des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung.
- Eine transparente und mittelstandsfreundliche Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftsförderung, die durch einen effektiven und effizienten Mitteleinsatz in Ost und West auch dazu beitragen muß, im Hinblick auf die notwendigen Transfers für die neuen Bundesländer die Akzeptanz der Steuerzahler zu erhalten.
- Eine pragmatische Privatisierungs- und Deregulierungsstrategie. Der Bundesrat wiederholt dabei seine Auffassung, daß Privatisierung kein (kurzfristig wirksamer!) fiskalischer Selbstzweck sein kann, sondern struktur-, verbraucher- und wettbewerbspolitische Aspekte berücksichtigen muß, während eine intelligente und schlanke Regulierung Innovationssprünge induzieren kann. Bei Infrastrukturprojekten sollte zudem stärker als bisher auf die in den Ländern bewährten Public-Private-Partnerships zurückgegriffen werden.
- Ein stärkeres Engagement des Bundes in der Außenwirtschaftspolitik, insbesondere für die von den Ländern initiierten, mittelstandsorientierten Infrastrukturprojekte (Deutsche Häuser, DIHZ Singapur etc.) zur Erschließung der Wachstumsmärkte in der Triade.
- Eine aktive Arbeitsmarktpolitik zur Flankierung des Strukturwandels, die Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ohne diskriminierende Maßnahmen Brücken zum ersten Arbeitsmarkt baut. Der Bundesrat begrüßt dabei die Bereitschaft des Bundes, sich wie z.B. im Fall der gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung an entsprechend innovativen Maßnahmen der Länder und der Tarifpartner zu beteiligen.

- Der Bundesrat fordert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang aber noch einmal auf, die offenbar nach wie vor existierenden Pläne zur Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf Kosten der Arbeitslosen und der kommunalen Konsolidierung bzw. Investitionskraft aufzugeben. Der Bundesrat verweist dabei auf die erneute Feststellung des Sachverständigenrates, "daß es der Sache nicht dienen kann, wenn der Bund seine Ausgaben kürzt (beispielsweise der Arbeitslosenhilfe) und damit den Kommunen zusätzliche Ausgaben (bei der Sozialhilfe) entstehen" (Ziffer 290 JG).

Der Bundesrat begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Ausgaben für Forschung und Technologie zu erhöhen, die Grundlagenforschung zu fördern und durch geeignete Programme die Innovationskraft mittelständischer Unternehmen zu steigern. Er warnt aber vor der Vorstellung, die Konzentration auf zukunftsorientierte Technologien und Innovationen sichere der Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb neue wachstumsstarke Märkte, die einen substantiellen Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit leisten könnten. Die Förderung von Forschung, Technologie und Innovation für die Sicherung eines an der internationalen Konkurrenzfähigkeit orientierten strukturellen Wandels und damit für den Erhalt bestehender Arbeitsplätze ist unverzichtbar. Sie ist aber kein Weg aus der Arbeitsmarktkrise.

Die Aussagen des Jahreswirtschaftsberichts zur Arbeitsmarktpolitik sind völlig ungenügend. Abgesehen davon, daß diesem Politikfeld nur ein marginaler Teil des Jahreswirtschaftsberichts gewidmet ist, muß festgestellt werden, daß die Bundesregierung leider nicht die Gelegenheit wahrgenommen hat, an der positiv zu bewertenden differenzierten Arbeitsmarktanalyse des Sachverständigenrates in dessen jüngstem Jahresgutachten anzuknüpfen und diese weiterzuentwickeln.

So hilfreich einzelne der im Jahreswirtschaftsbericht erwähnten Projekte für die Eingliederung von Arbeitslosen auch sein mögen - so wenig läßt sich daraus eine ernsthafte Strategie zur Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit ablesen. Dies gilt

insbesondere dann, wenn man sich die seit Jahren geübte Praxis der Leistungskürzungen und Streichung von Förderprogrammen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik vergegenwärtigt.

Angesichts andauernder Massenarbeitslosigkeit, zunehmender sozialer Verwerfungen und Ausgrenzung wachsender Teile der Bevölkerung fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, den arbeitsmarktpolitischen Realitäten zu entsprechen und weiterführende Strategien zu entwickeln.

Frauenpolitische Belange werden im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung kaum angesprochen. Zwar weist die Bundesregierung auf die steigende Erwerbsneigung von Frauen und die überdurchschnittliche Beteiligung von Frauen an der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern hin. Der Bundesrat vermißt jedoch die daraus zu ziehenden Konsequenzen seitens der Bundesregierung, Ziele und Problemlösungen zu formulieren, die auf diese Besonderheiten und auf Aspekte der Frauenerwerbsarbeit generell eingehen.

Die Formulierung "Sicherung vorhandener und Schaffung neuer rentabler Arbeitsplätze" (Ziff. A II 9 des JWB) ist als generelle Formulierung weder hilfreich noch schafft sie Klarheit.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht fehlen Aussagen z.B. über qualitative Aspekte des zu schaffenden Arbeitsplatzangebots oder Anreize zur (Wieder-) Einstellung von Frauen und Mädchen bzw. Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Ferner fehlt im Jahreswirtschaftsbericht die Erwähnung von Frauen unter den am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen. Im Bereich Wirtschafts- und Strukturpolitik blendet die Bundesregierung frauenpolitische Belange vollständig aus.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA)" (Ziff. 81-83) problemorientiert und zielgruppengerecht den frauenpolitischen Belangen wie vorgesehen Rechnung zu tragen.

Der Bundesrat begrüßt die von der Bundesregierung vorgesehene stärkere wettbewerbliche Ausgestaltung des Energierechts. Er weist jedoch darauf hin, daß es im Interesse einer sicheren, preiswürdigen und umweltverträglichen Energieversorgung Regelungen zu finden gilt, die nicht zu einem unerwünschten Konzentrationsprozeß führen und die keine Anhebung der Energiepreise für diejenigen Verbraucher zur Folge haben, die aus technisch-wirtschaftlichen Gründen weiterhin im Monopol versorgt werden.

Mit Sorge betrachtet der Bundesrat die anhaltende Konzentration im Handel. Im Gegensatz zur Bundesregierung hält er eine wirkungsvollere Ausgestaltung der Zusammenschlußkontrolle für erforderlich, um stärker die mittel- und langfristigen Folgen des Konzentrationsprozesses zu berücksichtigen und rechtzeitig vorausschauende Maßnahmen zur Gewährleistung von Freiheit und Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs ergreifen zu können.

Der Bundesrat begrüßt die Entschlossenheit der Bundesregierung, die wirtschaftliche Integration Europas weiter zu vertiefen. Er ersucht die Bundesregierung, sich für eine zügige Verwirklichung der angekündigten, zum Teil auch bereits im Weißbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" der Europäischen Kommission vorgesehenen Maßnahmen einzusetzen. Der Bundesrat betont auch seine Bereitschaft, die Bundesregierung bei ihrem Bemühen zu unterstützen, zum 1.1.97 den Übergang zur endgültigen Umsatzsteuerregelung nach dem Ursprungslandprinzip in der Europäischen Union zu erreichen.

In verstärkten Konvergenzanstrengungen der Mitgliedstaaten sieht der Bundesrat die Grundvoraussetzungen für eine tragfähige Verwirklichung der Verträge von Maastricht zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Er teilt die Position der Bundesregierung, daß bei der Entscheidung über den Beginn und die Teilnehmer der Währungsunion allein die Erfüllung der Konvergenzkriterien den Ausschlag geben darf.

Auch nach Auffassung des Bundesrates muß der Reformprozeß in Mittel- und Osteuropa nach Kräften gefördert und die Annäherung dieser Staaten an die Europäische Union unterstützt werden. In der Regierungskonferenz 1996 ist die

Europäische Union institutionell und verfahrensmäßig so zu reformieren, daß ein künftiger Beitritt der MOE-Staaten möglich sein wird.

Das Finanzierungssystem der Europäischen Union muß sich nach Auffassung des Bundesrates stärker an der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten orientieren und darf deren auf Konsolidierung der Staatsfinanzen ausgerichteten Finanzpolitik nicht entgegenwirken. Sichergestellt werden muß darüber hinaus, daß die Förderung aus Struktur- und Kohäsionsfonds nicht zu einem Einstieg in einen allgemeinen Finanztransfer führt.